Schwerpunkt: Aller Lasten Anfang – Aspekte der Arbeitsgesellschaft ▶

Außerdem: ▶ Feierndes Indien ▶ Verdächtige Fremde ▶ Müde Guerilleros ▶ Beherrschte Musliminnen ▶ Verkaterte NGOs ▶ Hybride Postkoloniale ▶ Innerstaatliche Kriege ...

iz3w
▶ blätter des informationszentrums 3. welt

▶ blätter des informationszentrums 3. welt

Nach der Arbeit...

»Acht Stunden sind kein Tag« hieß eine Anfang der siebziger Jahre ausgestrahlte Fernsehserie von Rainer Werner Faßbinder über den kleinen Mann und die kleine Frau in ihrem täglichen Leben am Arbeitsplatz und darüberhinaus. In ihr konnte man lernen, warum es nicht reicht, wenn Arbeiter durchsetzen, daß »einer von ihnen« Abteilungsleiter wird, und der Fernsehzuschauer wurde darüber aufgeklärt, wie der Mehrwert zustande kommt.

Acht Stunden waren zwar vor allem deshalb kein Tag, weil die Maloche so war, wie sie war, doch der Titel der Serie sollte wohl auch in Erinnerung rufen, daß es ein Leben jenseits der Arbeit geben müsse. Aber in einer Gesellschaft, die sich durch Kapital und Arbeit konstituiert und in der der Arbeits-Ethos das gemeinsame Band von Manager und Gabelstapler-Fahrer ist, gibt es kein Entrinnen. Ob die sympathischen Serienhelden abends in der Kneipe über das diskutierten, was Soziologen »entfremdete Arbeit« nennen, oder ob versucht wurde, die »acht Stunden« durch den Männer-Tratsch über Fußball zu vergessen: Die Einheit von Arbeit und Freizeit blieb bestehen, denn ohne Arbeit gibt es auch keine Freizeit.

Mit dem Urlaub verhält es sich wie mit der Freizeit, auch er steht unter dem Gesetz der Arbeit. »Dem Kinde, das aus den Ferien heimkommt«, berichtet uns Adorno, »liegt die Wohnung neu, frisch, festlich da. Aber nichts hat darin sich geändert, seit es sie verließ. Nur daß die Pflicht vergessen ward, an die jedes Möbel, jedes Fenster, jede Lampe sonst mahnt.« Und für Minuten ist man in Zimmern, Kammern und Korridor zu Hause, »wie es ein Leben lang nur die Lüge behauptet«. Urlaub ist vor allem eine zeitlich begrenzte Flucht vor dem Alltag, ein Durchatmen und Auftanken, bevor wieder in die Hände gespuckt wird. Das ist so banal wie wahr und bildet seit jeher einen Pfeiler der Tourismus-Kritik.

Dienen Ausspannen oder Action in Kuba und Kitzbühel, Harz und Himalaya in erster Linie der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft, so war und ist der Tourismus gleichzeitig immer mit ökologischen Zerstörungen und mit der Kolonisierung von anderen Lebenswelten verbunden. Auch darauf hat die Kritik am Reisefieber hingewiesen, wie sie klassisch im immer noch begehrten Buch **Klar, schön war's, aber...** (**iz3w** 1986) entwickelt wurde. Sie blieb nicht ungehört.

Die Reisebranche hat in den letzten Jahren den 'sanften', d.h. umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu einem Markenzeichen gemacht. Die Kritik am Pauschaltourismus wies letztlich auf eine Marktlücke hin, und das politisch korrekte Reisen stellte sich als prima Geschäft heraus. Auf der Konsumentenseite ist das Unbehagen an der touristischen Durchdringung der Welt mittlerweile so massenhaft geworden wie das Reisen selbst. Konventioneller Tourismus stößt deshalb mehr und mehr auf Ablehnung. Viele der heutigen Urlauber wollen Touristen sein, ohne Touristen zu sein, und am Alltag der Bereisten teilhaben. Das Bedürfnis nach Ursprünglichem und Gewachsenem, die als Gegenteil der Zivilisation und ihrer Entfremdungseffekte angenommen wird, paart sich hier mit der Abscheu vor den bewußtseins- und gewissenlosen »Neckermännern«.

Trekking im Hochland, Techno-Partys auf Tropeninseln, Begegnungsreisen in Entwicklungsprojekten: Der Tourismus in Länder der Dritten Welt hat vielfältige Formen angenommen. Öko-Tourismus, interkulturelle Begegnung und andere alternative Tourismusformen sollen Millionen Individualisten jenseits des Alltags etwas Besonderes bieten. Jedem nach seinen (materiellen) Fähigkeiten, jeder nach ihren Bedürfnissen – die Tourismusindustrie verspricht paradiesische Zustände im Jahresurlaub. Doch es gibt **Trouble in Paradise**. Das jedenfalls kündigt ein neues Buch an, das das **iz3w** in Kürze auf den Markt bringen wird. Es wird von Christian Stock herausgegeben, kostet 29,80 DM und kann im Buchhandel oder direkt bei uns bestellt werden. Wenn wir nicht im Urlaub sind.

Ein Heft über Arbeit, ein Buch über Tourismus – so sind auch bei uns Arbeit und Urlaub nur zwei Seiten der selben Münze. Nach der Arbeit ist vor der Arbeit.

die redaktion

Luft auf Pump

50 Jahre unabhängiges Indien (Teil I)

von **Eberhard Weber** und **Susanne van Dillen**

Seit 50 Jahren ist das nach China bevölkerungsreichste Land der Erde jetzt unabhängig. Ein Rückblick auf diese Zeitspanne ist gleichzeitig ein Streifzug durch die Geschichte der Entwicklungsstrategien – in Indien wurde alles ausprobiert. Der Rückblick zeigt auch, daß die Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft nie die Abhängigkeit von regionalen und internationalen Machtverhältnissen beendete, und daß wesentliche Elemente der vielzitierten Globalisierung älter sind als ihr Ruf.

▶ Als Indien im August 1947 seine nationale Unabhängigkeit errang, war sein industrieller Sektor unbedeutend. Die Landwirtschaft war größtenteils von feudalistischen Strukturen geprägt und produzierte auf extrem niedrigem Niveau. Heute weist das Land eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur auf, die Industrie deckt nahezu alle Branchen bis hin zur Weltraum- und Computerindustrie ab. Die Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft kompensierten nicht nur das Bevölkerungswachstum, sondern machten Indien inzwischen vom Importeur zum Exporteur von Nahrungsmitteln. Trotz Wirtschaftswachstum ist es aber nie gelungen, das Problem der Armut, Unter- und Mangelernährung eines großen Teils der Bevölkerung zu lösen.

Die indische Wirtschaftsordnung ist eine »gemischte Wirtschaft«, die sowohl privat- als auch planwirtschaftliche Elemente enthält. Sie war eine »Erfindung« der wenigen Großindustriellen zur Zeit der Unabhängigkeit. Bereits 1944 legten die Mitglieder mächtiger Familienunternehmen einen Fünfzehnjahresplan vor, dessen Kernstück die rasche Industrialisierung des Landes war. Die Investitionen in der Schwerindustrie sollten vom Staat, die in der Konsumgüterindustrie von Privatunternehmen vorgenommen werden. Der landwirtschaftliche Sektor sollte das Wachstum der Industrie unterstützen. Die von der Privatindustrie erhofften schnellen Gewinne ließen sich jedoch aufgrund des gewaltigen Investitionsbedarfs und der geringen Kaufkraft großer Bevölkerungsteile nicht realisieren. Nur durch die Investitionen des Staates konnte sich die private Industrie entfalten.

So, wie Indien in seiner Wirtschaftsordnung sozialistische und kapitalistische Elemente verknüpfte, hat es auch in seinen Außenbeziehungen nie feste Position auf einer Seite der beiden rivalisierenden Weltmächte bezogen. Ohne ausländisches Kapital und Technologie war der wirtschaftliche Aufbau aber kaum möglich, und man wandte sich zuerst dem Ostblock zu. Den kapitalistischen Staaten war dies im Zeichen des Kalten Krieges ein Dorn im Auge. Das wußte auch die politische Führung in Neu Delhi. Nehru unterhielt freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, war aber von westlicher Wissenschaft und Technologie beeindruckt. Ihm schwebte ein technologisch hoch entwickeltes, westliches Indien vor, das die negativen Folgen des Kapitalismus durch seinen Weg des Sozialismus überwinden sollte. Als Führer der Blockfreien machte er Indien für beide Supermächte interessant, aber gleichzeitig unnahbar.

Doch Indien blieb arm. Der Masse der Bevölkerung fehlte das Geld zum Erwerb von Konsumgütern über die Grundbedürfnisbefriedigung hinaus. Und Indien blieb abhängig. Der Aufbau der Wirtschaft kostete Geld, das geliehen werden mußte. In der Folge sollten Kredite vor allem in Krisenzeiten immer wieder zur Vergrößerung des westlichen Einflusses in Indien dienen. So suchte die indische Regierung zusammen mit der Weltbank und der Ford Foundation Konzepte gegen Unterernährung und Abhängigkeit von ausländischer Nahrungsmittelhilfe. Nicht mehr die Umverteilung von Land an Landlose, sondern die technologische Modernisierung der Landwirtschaft rückte jetzt in den Mittelpunkt der Agrarpolitik. Von außen wurde der Wandel gefördert und gefordert. Der Mitte der 60er Jahre beantragte Weltbank-

kredit wurde mit dem Hinweis gewährt, die Regierung solle die Landreform zu den Akten legen, endlich mit der Modernisierung beginnen und die private Industrie vom Dickicht eines undurchschaubaren Lizensierungssystems befreien. Zudem müsse die indische Rupie deutlich abgewertet werden. Unter dem Druck explodierender Nahrungsmittelpreise infolge der Dürre 1966/67, der erneut erforderlichen teuren Weizenimporte und der Kritik ländlicher Eliten beschloß die Regierung dann die Modernisierung der indischen Landwirtschaft (Grüne Revolution).

Autoritäre Herrschaft und Deregulierung

▶ Gleichzeitig verstärkte sich Mitte/Ende der 60er Jahre noch die Armut. Dennoch konnte die Congress-Partei unter Indira Gandhi in den Wahlen von 1971 mit dem Versprechen, die Armut zu beseitigen, ihre Machtposition stabilisieren. In den folgenden Jahren mußte sie allerdings vermehrt zu repressiven Mitteln greifen, um die wachsende Unzufriedenheit unter Kontrolle zu halten. Schlechte Ernteergebnisse, der dritte Indo-Pakistanische Krieg 1971 sowie die infolge populistischer Maßnahmen zum einen und dem Ausbau der Polizeikräfte zum anderen erhöhten Staatsausgaben verschärften die Inflation. Zudem stellten die USA nach dem Krieg ihre Wirtschaftshilfe ein und durch die Ölpreiskrise 1973/74 erhöhte sich das Zahlungsbilanzdefizit erheblich. Eine weitere Finanzspritze sollte die Wirtschaft kurieren und das Investitionsklima für ausländische Unternehmen verbessern.

Die indische Regierung stellte ihre Entschlossenheit, die Erwartungen der Geldgeber zu erfüllen, bald unter Beweis. Im Mai 1974 schlug sie einen Streik der Eisenbahnergewerkschaft nieder und steckte 50.000 Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre in die Gefängnisse. Im Juli wurden die Löhne der staatlich Bediensteten eingefroren, eine verschärfte Geldpolitik beschlossen, Importbeschränkungen für viele Produkte verringert und das Lizenzierungsverfahren vereinfacht. Trotz Stagnation des Wirtschaftswachstums konnten die großen Unternehmen ihre Umsätze und Profite deutlich erhöhen. Die sozialen Gegensätze verschärften sich immer mehr. Bereits 1973 war es in vielen Städten zu gewalttätigen Ausschreitungen von Studenten, Unberührbaren und Landarbeitern gekommen. 1974 konnten einige Unruhen und Aufstände nur mit Hilfe der Armee »bewältigt« werden. Unter Führung des angesehenen Gandhianers Jayaprakash Narayan forderten nun viele eine an den Grundbedürfnissen orientierte Politik, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung von Korruption, den Rücktritt von Indira Gandhi und die Dezentralisierung des politischen Systems.

Kurz vor einer weiteren Protestwelle rief Indira Gandhi 1975 den Nationalen Notstand aus. Zwischen 175.000 und 200.000 Oppositionelle verschwanden ohne Gerichtsverfahren hinter Gefängnismauern, und Gandhi verfolgte weiter die Interessen der privaten Industrie und der indischen Mittel- und Oberschicht. Ihr Maßnahmenkatalog liest sich heute wie ein Auszug aus dem Handbuch zur Deregulierung durch autoritäre Regime im Zeichen der Globalisierung: Sie setzte ein generelles Streikverbot durch, senkte die Löhne der Industriearbeiter und verlängerte die Arbeitszeit. Der privaten Wirtschaft wurden Steuererleichterungen, Investitionsanreize und Importerleichterungen zugestanden, Lizenzbestimmungen wurden aufgehoben und Importzölle gesenkt. Auch ausländische Unternehmen erhielten Steuererleichterungen. Der Einkommenssteuerhöchstsatz wurde von 77 auf 66 Prozent gesenkt, ebenso die Vermögenssteuer und die Steuer auf Luxusartikel wie Kühlschränke, Fernsehgeräte und PKWs.

Noch unter der Regierungszeit von Indira Gandhi konnte so die Rezession überwunden werden. Während jedoch die Wirtschaft florierte, saßen hunderttausende Oppositionelle in den Gefängnissen, war die Pressefreiheit aufgehoben, wurden Streiks von Polizei und Militär blutig niedergeschlagen, hunderttausende Slumbewohner in Bombay, Neu Delhi, Kalkutta und anderen Städten gewaltsam aus ihren Behausungen vertrieben und unzählige Männer und Frauen von der Polizei zu Zwangssterilisationen abgeführt. Arbeitslosigkeit und Armut waren so stark verbreitet wie selten zuvor.

Der stärkste Ernterückgang seit der Unabhängigkeit im Jahr 1979, erhöhte Rüstungsausgaben infolge des Rüstungswettlaufes zwischen Indien und Pakistan nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan sowie die Ölpreissteigerungen[1] und ein steigender Schuldendienst erhöhten allerdings das Zahlungsbilanzdefizit weiter. Wieder war die westliche Welt bereit, der indischen Regierung und Wirtschaft Luft zu verschaffen und mit Krediten einzuspringen, zumal sie nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und den Veränderungen im Iran verstärktes Interesse an der Region zeigte. Den Trend zu Wirtschaftsreformen hat der IWF-Kredit von 1981 beschleunigt. Er hat ihn jedoch keineswegs ausgelöst, denn bereits zu diesem Zeitpunkt waren indische Interessengruppen stark genug, um selbst die Liberalisierung voranzutreiben. An die Kreditvergabe knüpften sich erneut Bedingungen zur Zurückdrängung der staatlichen Industrie und zur Aufwertung ausländischer Unternehmen in Indien.[2]

Die in den 80er Jahren erwachsene Mittelschicht will Kühlschränke und Klimaanlagen

Deren Zusammenarbeit mit der privaten indischen Großindustrie stieg nun stetig an. Innerhalb von fünf Jahren nahm die Summe der jährlichen Investitionen ausländischer Firmen um mehr als das vierzehnfache zu. Anstelle der staatlichen Schwer- und Investitionsgüterindustrie wurden die private Chemie- und die Konsumgüterindustrie in den 80er Jahren zu den wichtigsten Wachstumsbranchen. Die Produktion von Kühlschränken, Klimaanlagen, Radio- und Fernsehgeräten sowie von Motorrädern und -rollern nahm um bis zu 30 Prozent jährlich zu. Ermöglicht wurde dies durch die in den 80er Jahren schnell gewachsene Mittelschicht, die hochwertige Konsumgüter kaufen wollte. Diese Mittelschicht war aber nicht das Ergebnis von Umverteilungen, sondern des starken Einkommensanstieges bei den Staatsangestellten. Bezeichnend ist, daß sich die hohen Wachstumsraten kaum auf die Zahl der in der Industrie Beschäftigten niederschlugen.

Nach der Ermordung Indira Gandhis setzte ihr Sohn Rajiv die Liberalisierungspolitik fort. Zusätzlich wurde jetzt auf Profite aus Exportgeschäften ein Steuerrabatt von 50 Prozent gewährt, nach 1988 blieben sie ganz steuerfrei. Um die Inlandsnachfrage anzuregen, wurde der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer von 62 auf 40 Prozent gesenkt. Die Zahl der einkommenssteuerpflichtigen InderInnen verringerte sich durch Senkung der anderen Steuersätze von vier auf drei Millionen. Um die Steuerausfälle auszugleichen, wurde eine Reihe von Verbrauchssteuern angehoben.

Ganz anders im Agrarsektor: Zwar hatte auch die landwirtschaftliche Produktion zwischen 1970 und 1984 um über 40 Prozent zugenommen, das Einkommen der Produzenten aber war um nichteinmal acht Prozent gewachsen. Die ländliche Elite fühlte sich von Privilegien und Wohlstand ausgegrenzt. 1987 wurde unter der Führung des Großbauern M.S.Tikait der gesamtindische Bauernverband (BKU) zu einer mächtigen Interessenvertretung der Großbauern. Er erwarb auch die Unterstützung der Kleinbauern und Landarbeiter, indem Maßnahmen wie die Anhebung der Mindestlöhne und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für Landarbeiter, die Abschaffung der Mitgift, die Bekämpfung der Korruption u.a. in den Forderungskatalog aufgenommen wurden. Auf diese Weise gelang es erneut, die Klassengegensätze auf dem Land dadurch zu verschleiern, daß die Hauptkonfliktlinie zwischen der Landwirtschaft und der Industrie gezogen wurden.

Bei den Wahlen 1989 konnte die ländliche Elite mit Unterstützung der Klein- und Marginalbauern sowie der Landlosen der Congress-Partei eine Niederlage beibringen. Die neue Janata Dal-Regierung war eine Minderheitsregierung, die nur durch die Unterstützung der Kommunisten und der hinduistisch-nationalistischen BJP regieren konnte. Premierminister V.P. Singh war Finanzminister unter Rajiv Gandhi und Architekt seiner Wirtschaftsreformen gewesen. Er stand aber einer Regierung vor, die sich im Wahlkampf stark

Nehru unberührbar

für die Belange des ländlichen Indiens ausgesprochen hatte. Sein Stellvertreter war Devi Lal, Großgrundbesitzer und politischer Führer der nordindischen Bauernschaft. Der Konflikt zwischen 'Bharat', dem ländlichen Indien und 'India', dem städtischen, an industrieller Entwicklung orientierten Indien, fand damit auch personell Ausdruck.

Am Rande des Bürgerkriegs...

► Von der neuen Regierung wurden wirtschaftspolitische Initiativen gegen die Folgen der Deregulierung erwartet. Stattdessen wurden mit der Anhebung des steuerfreien Nettoeinkommens auf jährlich 22.000 Rupien abermals Hunderttausende von der Einkommenssteuer befreit. Als Ausgleich wurden die indirekten Steuern für eine Reihe von Luxuskonsumgütern erhöht, aber auch die Zölle für Rohölimporte und die Preise für Benzin und Diesel. Das Wahlversprechen, die Ausgaben für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung auszuweiten, wurde kaum umgesetzt. So wurde der Janata Dal wie zuvor der Congress-Partei vorgeworfen, viel von der Beseitigung der Armut zu reden, aber eine Politik zu verfolgen, die die Reichen begünstige.

Die unveränderte Situation von Massenarmut brachte Indien 1990 an den Rand eines Bürgerkrieges. Die Unruhen begannen, als Premierminister Singh erklärte, seine Regierung werde 27 Prozent der Arbeitsstellen im Staatsdienst für benachteiligte Kasten reservieren.[3] Da zum Zeitpunkt der Ankündigung von Singh bereits 22,5 Prozent der staatlichen Arbeitsplätze für Unberührbare und Stammesbevölkerung reserviert waren, wären nunmehr die Hälfte aller Staatsstellen nach Gruppenmerkmalen vergeben worden. Vor allem in den ländlichen Gebieten Nordindiens führte die Ankündigung zu schweren Auseinandersetzungen, denn hier bringen die Angehörigen höherer Kasten, soweit sie nicht verarmt sind, gute Voraussetzungen für den staatlichen Sektor mit. Da die Verdienstmöglichkeiten in der Landwirtschaft weit hinter der Entwicklung im industriellen Sektor herhinken, sehen viele Mittel- und Großbauern im staatlichen Sektor ihre einzigen Aufstiegsmöglichkeiten. Sie investieren in die Ausbildung ihrer Söhne, deren Chancen aber durch die Reservierungspolitik erheblich geringer werden. So fühlten sich gerade die Gruppen, die Singh wenige Monate zuvor ins Amt geholfen hatten, verraten und verkauft. Bahnhöfe und Züge gingen in Flammen auf, Polizeifahrzeuge wurden zerstört, und für mehrere Wochen kam das öffentliche Leben fast vollkommen zum Stillstand.

...funkelt das goldene Zeitalter

► Träger dieser Proteste war nichtzuletzt die hinduistisch-nationalistische BJP, deren Anhängerschaft zum größten Teil aus den sich bedroht fühlenden ländlichen, aber auch städtischen Mittelschichten stammt. Die BJP hatte bei den Wahlen 1989 die Erfahrung gemacht, daß mit einer religiös angehauchten Politik inzwischen viele Wählerstimmen zu gewinnen waren. Ihre Ideologie beruht darauf, der indischen Bevölkerung die Führungsmacht eines hinduistischen Selbstbewußtseins vorzuführen (vgl. iz3w, Nr. 215). Gegen die reale soziale, politische und nationale Zersplitterung soll die Erinnerung an ein »Goldenes hinduistisches Zeitalter« an die Sehnsüchte einer entwurzelten Generation appellieren. Eine solche Ideologie hat keinen Platz für Klassen- und Kastengegensätze, sondern versucht, eine Hindusolidarität wachzurufen, die nur durch die Beschwörung einer existentiellen Gefahr bestehen kann: den andersgläubigen Moslems und auch Christen.

Unmittelbar nach Singhs Reservierungs-Ankündigung entschloß sich die BJP ihrerseits zu einer massenwirksamen Aktion. Eine Prozession durch Indien sollte in der Stadt Ayodhya, der angeblichen Geburtsstätte des legendären Hindu-Königs Rama, eine 1528 vom Mogulenherrscher Babur errichtete Moschee zerstören und an gleicher Stelle einen Hindu-Tempel errichten. Den zu erwartenden Gewalttätigkeiten versuchte Singh zuvorzukommen. Zusammen mit führenden Politikern der BJP und anderen hinduistischen Gruppen wurden etwa 200.000 ihrer Anhänger verhaftet. Daraufhin entzog die BJP Singh die Unterstützung in der Koalition. Unter dem neuen Premierminister Chandra Shekhar setzte sich die Krise fort. Die politischen Unruhen hatten die angeschlagene Wirtschaft weiter geschwächt, und mit dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuweit im August 1990 geriet sie zusätzlich unter Druck. Die steigenden Kosten für Rohölimporte erhöhten das Handelsdefizit und die Inflation. Durch ausbleibende Überweisungen der in Kuweit und dem Irak arbeitenden InderInnen gingen Deviseneinnahmen im Wert von etwa 8 Mrd. Rs verloren. Eine großangelegte Evakuierungsaktion von InderInnen aus Kuweit und dem Irak belasteten den Staatshaushalt zusätzlich. Das Land stand kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Die Devisenreserven reichten gerade aus, um die Importe für zwei Wochen bezahlen zu können, obwohl Indien erst im Januar 1991 vom IWF einen Kredit in Höhe von 1,8 Mrd. US-$ erhalten hatte. Mit dem Nachtragshaushalt vom März 1991 begann, ohne daß die Bedingungen, die die Regierung gegenüber dem IWF eingegangen war, im Parlament debattiert und der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden, in Indien das Strukturanpassungsprogramm, durch das in den folgenden Jahren die indische Wirtschaftsordnung ihren bedeutendsten Wandel seit der Unabhängigkeit erleben sollte. (Forts. im nächsten Heft)

Anmerkungen:

1 Während Indien 1970 für Ölimporte etwa neun Prozent seiner Exporteinnahmen ausgab, reichten 1981 die gesamten Exporteinnahmen gerade aus, um die Ölrechnung zu bezahlen.

2 So wurde die Liste der Produkte, die ohne Lizenz importiert werden können, stark erweitert. Unternehmen, die ausschließlich für den Export produzierten, durften ihre Rohstoffe und Investitionsgüter nun vollständig aus dem Ausland beziehen. Ausländische Unternehmen konnten ihre Kapitalbeteiligung in Indien erhöhen und in Bereichen mit hohen Exportpotentialen und modernen Technologien wurden sogar ausländische Alleinbeteiligungen zugelassen.

3 Diese populistische Maßnahme steht vor dem Hintergrund, daß die soziale Ungleichheit in Indien bis heute weitgehend in der Kastenzugehörigkeit ihren Ausdruck findet. Die Reservierungspolitik ändert natürlich nichts an der Arbeitslosigkeit, denn es werden nur bereits bestehende Arbeitsplätze neu verteilt – und die 200.000 im staatlichen Bereich pro Jahr neu zu besetzende Stellen fallen bei derzeit über 350 Millionen Menschen, die einer Beschäftigung nachgehen, nicht ins Gewicht. Zudem scheiden die Angehörigen der ärmsten gesellschaftlichen Gruppen wegen ihrer geringen Schulbildung für die Arbeitsplatzreservierung im staatlichen Sektor aus. So profitieren meist nur die Eliten der unterprivilegierten Gruppen von der Reservierungspolitik.

► **Susanne van Dillen und Eberhard Weber** sind Geographen. Von E. Weber ist gerade im Selbstverlag erschienen: **Globalisierung und Politische Ökonomie der Armut in Indien** (Bezug über **iz3w**).

Foto: R. Maro/version

Schleier der Macht

Kolonialherren, Staatsgründer und Patriarchen im 'Kampf um die Frauen'

von **Renate Kreile**

Von Algier bis Teheran, von Kairo bis Kabul prägen heute Kontroversen über Stellung und 'Moral' der Frauen gesellschaftliche Diskurse, definieren politische Zugehörigkeiten und markieren ideologische Grenzlinien nach innen wie nach außen. Die besondere Bedeutung und Reichweite der 'Frauenfrage' hat ihre Wurzeln in einer langen und widerspruchsvollen Geschichte. Am Beispiel von Algerien, der Türkei und dem Iran zeigt der Beitrag, wie sich die Intentionen, Gebahren, und Maßnahmen einstiger »Geschlechterpolitik« in den aktuellen Auseinandersetzungen in der Region um die Stellung der Frau auswirken.

► Insbesondere seit dem Anbruch der Moderne erweisen sich Körper und Sexualität der Frauen, symbolisch manifestiert in der Schleierfrage, als Terrain vielschichtiger sozialer und politischer Auseinandersetzungen, mit denen Themen wie Authentizität und Verwestlichung, Religion, Tradition und Moderne, Gemeinschaft und Individuum, Differenz und Gleichheit verwoben sind. Die Ausgestaltung der Geschlechterverhältnisse ist in wechselvollen Interaktionen zwischen staatlichen Herrschaftsinteressen einerseits und den Macht- und Autonomiebestrebungen der primären Solidareinheiten wie Familienverbänden, tribalen und religiösen Gemeinschaften andererseits erfolgt. Der Geschlechterpolitik, dem 'Kampf um die Frauen', kommt eine Schlüsselfunktion im Bemühen des Staates zu, seinen Herrschaftsanspruch über die Gesellschaft durchzusetzen. Indem der Staat durch eine einheitliche Reglementierung der Geschlechterverhältnisse in Bereiche eingreift, die vormals der ausschließlichen Kontrolle durch die primären Gemeinschaften unterworfen waren, versucht er die weithin als soziopolitische Konkurrenzorganisationen agierenden primären Solidareinheiten zu schwächen und zu unterwerfen. Für die primären Gemeinschaften kann demgegenüber die Kontrolle über 'ihre' Frauen, die traditionell Identität und Integrität der Gemeinschaften symbolisieren, zum zentralen Ausdruck des Widerstandes gegenüber einem als 'fremd' und autoritär wahrgenommenen Staat werden.

Im Mittelpunkt der folgenden Skizze[1] stehen zwei historische Entwicklungsphasen, für die die knapp umrissenen theoretischen Überlegungen exemplarisch anschaulich gemacht werden können: die Epoche des Kolonialismus und die Periode der Herausbildung des Nationalstaates. In diesen beiden Phasen wurden zudem ideologisch-kulturelle und soziopolitisch-strukturelle Bedingungsfaktoren und Hypotheken geschaffen, die die geschlechterpolitischen Diskurse und Handlungsspielräume heutiger Akteurinnen und Akteure in der Region fortdauernd beeinflussen.

Zunächst soll am Beispiel der algerischen Entwicklung gezeigt werden, wie die 'Frauenfrage' im Interesse der kolonialen Unterwerfungspolitik instrumentalisiert und der Gedanke der 'Frauenbefreiung' durch den externen gewaltsamen Zugriff des Kolonialismus dauerhaft diskreditiert worden ist. Anschließend wird am Beispiel der Türkei und des Iran skizziert, wie im Zuge von internen nation-building Prozessen der staatliche Versuch, die Geschlechterverhältnisse einheitlich rechtlich zu reglementieren und die Frauen im Interesse des Staatsaufbaus der Verfügungsmacht der familiären und religiösen Patriarchen zu entreißen, auf den Widerstand der primären Gemeinschaften gestoßen ist, für die die Unantastbarkeit ihrer Frauen die Integrität und Autonomie der

Gemeinschaften gegenüber einem als äusserlich und repressiv empfundenen Staat verkörperte.

Der Bock als Gärtner

► Kolonialismus und Weltmarktintegration führten in den Gesellschaften des Vorderen Orients im 19. Jahrhundert zu dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen und zu einer nie gekannten Politisierung der Geschlechterverhältnisse. Der Geschlechterdiskurs erhielt nicht nur eine Schlüsselrolle in der direkten Konfrontation mit dem Kolonialismus, sondern wurde auch zum zentralen Medium in den sich entfaltenden innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen, durch das die verschiedenen sozialen und politischen Akteure ihre unterschiedlichen Haltungen zu westlicher Einflußnahme und den damit verbundenen Transformationsprozessen zum Ausdruck bringen konnten. Für die Kolonialmächte wurde die Frauenfrage zu einem wichtigen ideologischen Instrument, ihre Unterwerfungspolitik als 'zivilisatorische Mission' zu legitimieren, die angeblich 'die orientalische Frau' aus ihrem düsteren Gefängnis von Unterdrückung und Rückständigkeit befreien sollte. In dreister Doppelzüngigkeit forderte der britische Generalkonsul in Ägypten, Lord Cromer, der sich in seiner englischen Heimat als entschiedener Gegner der Frauenrechtsbewegung hervortat, die »islamische Degradierung der Frauen zu beenden« und den Schleier abzuschaffen, da er dem »Fortschritt« und der »Zivilisierung« der muslimischen Gesellschaften entgegenstünde.

Während die direkten Eingriffe der britischen Kolonialmacht in die traditionellen Strukturen der Kolonialgesellschaft relativ oberflächlich waren, zerstörte die französische Kolonialadministration insbesondere in Algerien mit einer brutalen Assimilierungspolitik weitgehend die vorgefundenen sozialen und kulturellen Strukturen. Neben der ökonomischen Enteignung durch eine systematische Landraubpolitik erfolgten seit Beginn der Eroberung 1830 systematische Attacken auf die islamischen Institutionen und die algerische Familie. Die religiösen Stiftungen wurden konfisziert, viele Moscheen in Kasernen und Bars umgewandelt und die meisten Koranschulen geschlossen. Durch administrative Maßnahmen versuchte die Kolonialmacht, den sozialen Zusammenhalt der Stämme zu schwächen, indem das vorherrschende Prinzip der verwandtschaftlichen Zusammengehörigkeit durch lokale Zuordnungen nach Maßgabe des europäischen Dorfes ersetzt werden sollte. Die Zerschlagung der primären Gemeinschaften, der religiösen Institutionen und traditionellen Stammesstrukturen sollte die Widerstandsbastionen ausschalten, von denen aus über mehrere Jahrzehnte ein erbitterter Abwehrkampf gegen die Eindringlinge geführt wurde.

Männerrunde als Gegenwurf

Ein Kernstück der französischen Unterwerfungspolitik stellte der kolonialistische Diskurs über die Stellung der algerischen Frau dar, der im Einklang stand mit den in Europa vorherrschenden kollektiven Phantasien und Projektionen über 'die unterdrückte, durch Harem und Schleier eingeschlossene und unsichtbar gemachte orientalische Frau'. Die Forderung nach Befreiung der 'Orientalin' aus angeblicher Erniedrigung und Rückständigkeit sollte nicht nur die Kolonialpolitik als zivilisatorischen Akt legitimieren, sondern zielte auch ab auf die Zerstörung der Struktur und des Zusammenhaltes der algerischen Familie. Zur bescheidenen materiellen 'Unterfütterung' der ideologischen Kampagne wurden koloniale Hilfsorganisationen aktiv: »Nicht etwa mit weiblichen Arbeitsplätzen, sondern lediglich mit ein paar Kilo Hartweizenmehl versuchten die Wohlfahrtsvereine der Französinnen, die Frauen in den Araberquartieren zum Ausstieg aus der mittelalterlichen Unterdrückung ihrer Männer zu bewegen, deren äußerliches Zeichen der Schleier sei. Entschleierte Prostituierte und Hauhaltshilfen wurden an Feiertagen für ein paar Sous auf die Straße geschickt, um als moderne, befreite arabische Frauen lautstark ein 'Algérie française' zu fordern.«[2]

Unter dem Schah wurden Frauen noch zwangsentschleiert

Die Kampagne der Kolonialfranzosen zur 'Emanzipation' und Entschleierung der algerischen Frauen beinhaltete Maßnahmen wie das Verbot der Verstoßung, die Heraufsetzung des Mindestheiratsalters für Mädchen auf 15 Jahre, Schulangebote auch für Mädchen und Radiosendungen über 'Frauenrechte'. Derartige 'an sich' frauenfreundliche Maßnahmen entsprangen jedoch keinesfalls ernsthaften emanzipatorischen Zielsetzungen, die im Kontext der Kolonialunterdrückung ohnehin paradox gewesen wären; deutlich wird dies bespielsweise daran, daß die französische Kolonialmacht nicht im mindesten Hemmungen hatte, gleichzeitig den Alkoholkonsum und die lokale Prostitution zu propagieren. Als weitere Maßnahme zur Assimilierung und zur Aufbrechung der autochthonen religiösen und familialen Strukturen wurde im April 1919 von der französischen Regierung eine Reform beschlossen, die vorsah, daß Algerier französische Staatsbürger werden konnten, wenn sie sich nicht weiterhin dem islamischen Personenstandsrecht unterstellten. In der algerischen Bevölkerung fand dieses Angebot wenig Anklang, denn auch in der französisch ausgebildeten algerischen Elite betrachteten viele den Islam und die muslimische Familie als letzte Zufluchtsstätte vor dem französi-

Foto: G. Huber/schwarz-weiss-verlag

schen Kulturimperialismus. So erklärte die algerische Schriftstellerin Assia Djebar in einem Interview kurz nach der Unabhängigkeit: »Der algerische Mann wurde in dieser Zeit auf der Straße kolonisiert, bei seiner Arbeit, verpflichtet, draußen eine Sprache zu sprechen, die nicht seine eigene war; er fand sein wirkliches Leben zuhause, in seinem Haus, mit seiner Frau: Das Haus war immer noch der geheiligte Ort, wo der Fremde niemals eintrat.« [3]

Während sich also die französische Kolonialmacht über die Einbindung der Frauen in ihr Assimilationsprojekt zweckrational eine Spaltung der patriarchalischen algerischen Familie und einen entscheidenden Zugriff auf die algerische Gesellschaft erhoffte, übernahm der antikoloniale Widerstand den Geschlechterdiskurs als zentrales Terrain der kulturell-ideologischen Auseinandersetzung mit der Kolonialmacht. Die Frau in ihrer traditionellen Rolle wurde zur Hüterin und Garantin »arabo-islamischer Werte« ernannt, zum Symbol der autochthonen religiösen und kulturellen Identität und Integrität, und die patriarchalische algerische Familie wurde zur Antithese zum französischen Kulturimperialismus erhoben. Während die Kolonialmacht den Schleier als Metapher für die traditionellen Familien- und Sozialstrukturen abschaffen wollte, wurde der Schleier im antikolonialen Diskurs zum Widerstandssymbol. Für viele algerische Männer verkörperte die unverschleierte Frau eine Kapitulation gegenüber den Europäern und ihrer Kultur. In ihren Augen symbolisierte der Schleier die letzte Spur von Macht, die die Algerier in der Kolonialgesellschaft besaßen.

Angesichts derart weitreichender symbolischer Bedeutungszuschreibungen für weibliches Verhalten wurden die autonomen Handlungsspielräume von Frauen zwangsläufig enorm eingeengt. Der Wunsch etwa, den Schleier abzulegen, wurde in diesem Bedeutungskontext weithin als Verrat an der eigenen Kultur interpretiert. Auch viele algerische Frauen trugen den antikolonialen Geschlechterdiskurs mit, dessen Ambivalenz und Problematik sie noch heute hautnah erfahren. Die totalitäre Kolonialherrschaft brachte einen autoritären politisch-kulturellen Gegenentwurf hervor: den muslimischen nationalen patriarchalischen Konsens. Seine Prinzipien waren der Vorrang der algerischen Nation und des Islam gegenüber anderen konkurrierenden Loyalitäten, die Betonung der arabischen Sprache und das Festhalten an der patriarchalischen Familie. Frauen, die diesen Konsens durchbrechen wollten, setzten sich zwischen alle Stühle. So beschrieb die algerische Soziologin Hélie-Lucas, die aktiv am Unabhängigkeitskampf teilgenommen hat, 1987 in einem Vortrag rückblickend und selbstkritisch das Dilemma der Frauen angesichts ihrer doppelten Unterdrückung: »Auch wir hatten Angst, die Revolution und die Nation zu verraten. An keinem Punkt sahen wir, daß auf unserer geistigen Verwirrung eine Machtstruktur errichtet wurde, die sich auf die Kontrolle des Privatlebens und der Frauen stützte. ... Wir sind in der Klemme zwischen zwei legitimen Bedürfnissen: zu unserem Volk zu gehören und uns mit anderen Frauen zu identifizieren.« [4]

Paternalistische Staatsfeministen

▶ Nicht nur für den Kolonialstaat und den anti-kolonialen Widerstand stellte die Geschlechterpolitik eine zentrale Komponente zur Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruchs bzw. Gegenentwurfes dar. In verschiedenen Staaten des Vorderen Orients gewann die staatliche Politik hinsichtlich der Frauenfrage auch im internen Prozeß des nation-building eine weitreichende Bedeutung.

Am weitesten reichten die Veränderungen des rechtlichen Status der Frauen in der Türkei, wo mit der Gründung der Republik (1923) unter Mustafa Kemal Atatürk »eine Art Staatsfeminismus« [5] entstand, der die Forderungen aus der vorangegangenen Reformphase übernahm und innerhalb von zehn Jahren den Frauen zu einer im Vergleich zur osmanischen Gesellschaft deutlich besseren Stellung verhalf. Bereits in der Phase des Übergangs von dem multi-ethnischen, sich religiös legitimierenden Osmanischen Reich zu einem säkularen anatolischen Nationalstaat war es zu einem neuen nationalistischen Diskurs über die Rolle der Frau gekommen, der nun eine gleichberechtigte Stellung zugeschrieben wurde. Mit der ideologischen Neubestimmung der Stellung der Frau im Rahmen des nationalistischen Projektes sollte nicht nur das dem Osmanischen Reich zugrunde liegende ideologische Konzept der islamischen umma (Gemeinschaft der Gläubigen) geschwächt, sondern auch die staatliche Kontrolle in den privaten Bereich der Familie ausgedehnt werden. Die Intervention des Staates in den Bereich der Familie stellte gleichzeitig einen Versuch dar, die religiösen Autoritäten zu schwächen, denen bislang das Personen- und Familienstandsrecht unterstellt war.

Nach ersten bescheidenen Säkularisierungsbemühungen und einer geringfügigen Besserstellung der Frauen im Familienrecht von 1917, das einen Kompromiß zwischen den staatlichen Machtinteressen und denen der Geistlichkeit darstellte, kam es durch Mustafa Kemals 'Revolution von oben' zu einer völligen Säkularisierung und Brechung der Macht der religiösen Institutionen. Im Frühjahr 1924 wurde per Gesetz das Kalifat abgeschafft, die Schulen wurden säkularisiert, die religiösen Stiftungen staatlicher Kontrolle unterstellt. Ein wichtiges Element im Bestreben des Staates, die religiösen und gemeinschaftlichen Kräfte unter die staatliche Kontrolle zu zwingen und politisch zu unterwerfen, stellte die Neuregelung des Familienrechts dar. Das neue Türkische Zivilrecht von 1926 brach radikal mit den traditionellen Bestimmungen: die Polygynie wurde verboten, Ehepartner erhielten gleiche Rechte bezüglich Scheidung und Vormundschaft für die Kinder. Das Tragen des Schleiers wurde nicht gesetzlich verboten, aber in einer Propagandakampagne ideologisch attackiert. Bis 1934 erhielten die Frauen das Wahlrecht auf lokaler und nationaler Ebene. Allerdings ließ das neue Zivilrecht die Stellung des Mannes als Oberhaupt der Familie unangetastet.

Bemerkenswerterweise meldeten sich die Frauen selbst in den Auseinandersetzungen um das Familienrecht kaum zu Wort. Möglicherweise spiegelt dies den Umstand wider, daß die neue türkische Gesetzgebung nicht primär Ergebnis veränderter sozioökonomischer Realitäten war und von den Frauen nicht selbst erkämpft wurde, sondern von einem benevolenten Staat paternalistisch gewährt wurde, ohne daß die sozialen und familialen Bedingungen vorhanden waren, die es den Frauen im breiteren Umfang ermöglicht hätten, die neuen Optionen wahrzunehmen. Daß die kemalistische Strategie wesentlich darauf abzielte, mittels Frauen- und Familienpolitik die Kontrolle des Staates über die Gesellschaft auszuweiten, zeigt sich nicht zuletzt darin, daß autonome politische Initiativen von Frauen zunehmend unterbunden wurden. Gleichermaßen ausgeschaltet wurden auch die Aktivitäten von Arbeitervereinigungen und Kulturclubs. Nach dem

Verbot der religiösen Orden wurden somit nun auch die säkularen organisatorischen Kerne möglicher partikularer, nicht-staatlicher oder anti-staatlicher Loyalitäten politisch eliminiert. Die kemalistische Frauenpolitik ordnete sich demnach ein in die autoritär-korporatistische Politik des neuen Nationalstaates, der die 'neue Frau' benötigte, um die theokratischen Überreste des Osmanischen Reiches zu liquidieren und eine republikanische Idee von Staatsbürgerschaft zu etablieren.

Jenseits der Beschränkungen, die der 'Staatsfeminismus' den Frauen auferlegte, boten die vom Staat paternalistisch gewährten Verbesserungen der rechtlichen Stellung der Frau und das neue Konzept von Weiblichkeit hauptsächlich für Frauen aus den Mittel- und Oberschichten erweiterte Rollendefinitionen und Handlungsspielräume.

Farahs Mann: Ein Held der Frauen?

► Auch im Iran machte der 1926 durch einen Militärcoup an die Macht gelangte Reza Schah die Frauenfrage zu einem Instrument für die Bildung eines als modern konzipierten Staates nach türkischem Vorbild. Allerdings fand der iranische Prozeß des nation-building unter anderen Rahmenbedingungen statt als der türkische, was nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die Geschlechterpolitik hatte. Die Kontrollkapazitäten des Staates waren erheblich geringer als in der Türkei. So verfügte Reza Khan über keine effiziente Staatsbürokratie; er stand einer machtpolitisch dezentralisierten Gesellschaft gegenüber, in der es starke autonome Kräfte gab und das Ansehen der Geistlichkeit in der Bevölkerung ungebrochen war. Mit brutalen Mitteln machte sich Reza Schah zunächst daran, die Autonomie der Stämme zu beseitigen, partikulare Loyalitäten auszuschalten und das Gewaltmonopol der Zentralmacht durchzusetzen. Desweiteren konzentrierte sich die staatliche Politik darauf, den gesellschaftlichen Einfluß und die Autonomie der Geistlichkeit zu schwächen. Bildungs- und Rechtswesen wurden säkularisiert, die religiösen Stiftungen sowie das Jura- und Theologiestudium staatlicher Kontrolle unterworfen.

Ein wichtiges Element staatlicher Interventions- und Zentralisierungspolitik war das Verbot des Schleiers 1935. Die Polizei war angewiesen, Frauen in der Öffentlichkeit gegebenenfalls gewaltsam zu entschleiern. Mit dieser Maßnahme demonstrierte der neue Staat seine Macht- und Kontrollkapazitäten gegenüber den religiösen Autoritäten, den lokalen Gemeinschaften und der Gesellschaft insgesamt. Während der vormoderne autokratische Staat nur einen Teil der Bevölkerung wirksam zu kontrollieren vermocht hatte, versuchte er jetzt in einem Bereich zu intervenieren, der bislang der Kontrolle der religiösen und lokalen Gemeinschaften und Familienverbände unterstanden hatte, nämlich die 'Moral' der Frauen. Die familiären und religiösen Patriarchen wollten den staatlichen Eingriff in die Verfügungsrechte über 'ihre' Frauen und den Angriff auf die Macht und Autonomie der Gemeinschaften nicht widerstandslos hinnehmen. Die Geistlichkeit organisierte Protestveranstaltungen gegen die Herausforderung durch Reza Khan und die »brutale Vergewaltigung des Islam«, die von der Zentralmacht blutig unterdrückt wurden.

Die Frauen reagierten je nach Klassenlage unterschiedlich. Viele gebildete Frauen aus der kleinen Ober- und Mittelschicht, die ihre Bildungs- und Beschäftigungsinteressen vom neuen Staat gefördert sahen, begrüßten das Schleierverbot als Befreiung und »Wendepunkt im Leben der iranischen Frauen«. Für die überwiegende Mehrheit der iranischen Frauen waren neue Lebensperspektiven nicht in Sicht. Für sie bedeutete die Zwangsentschleierung eine psychische Traumatisierung und eine Einengung ihrer Bewegungsmöglichkeiten. In ihren Augen gewährleistete der Schleier Moral und Anstand sowie Schutz vor den als bedrohlich empfundenen Blicken fremder Männer. Viele Frauen trauten sich infolge des Schleierverbots nicht mehr aus dem Haus. Die im Vergleich zur Türkei anders gearteten gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen sowie die stärkere Stellung und ungebrochene Legitimität der schiitischen Geistlichkeit, die als 'Stimme des Volkes' betrachtet wurde, hinderten den iranischen Staat daran, die Säkularisierung des Rechtssystems vollständig durchzusetzen. Die Zivilgesetzgebung inklusive Familienrecht und Erbrecht blieb religiös verankert. Der Verzicht Reza Khans auf die Säkularisierung des Familienrechts mag das Kräfteverhältnis widerspiegeln zwischen dem modernen autokratischen Staat, der nur über eine schmale gesellschaftliche Basis verfügte und sich wesentlich auf die Armee stützte, und dem traditionalen religiösen und familiären Patriarchat. Zwar war es dem Schah gelungen, die Macht der Geistlichkeit zu schwächen und mit dem Schleierverbot in die traditionalen patriarchalischen Strukturen einzugreifen; eine Änderung des Familienrechts wäre aber angesichts der fortdauernden Stärke des traditionalen Sektors vermutlich nicht durchsetzbar gewesen.

Die untersuchten Beispiele haben deutlich gemacht, welche zentrale Rolle die Geschlechterpolitik im Vorderen Orient sowohl in der Unterwerfungsstrategie der Kolonialmacht gespielt hat, wie auch im Bestreben des modernen autochthonen Staates, die Strukturen primärer Vergemeinschaftung zu brechen und die Hegemonie der Zentralmacht über die Gesellschaft durchzusetzen. Die Bedrohung von außen verfestigte die traditionellen patriarchalischen Geschlechterverhältnisse, verhinderte oder verzerrte deren interne Dynamisierung und Transformierung. Die geschlechterpolitischen Maßnahmen des Staates, die im Interesse des nation-building erfolgten, waren durch die Art ihrer Durchsetzung vielfach diskreditiert, kamen nur einer kleinen Minderheit von Frauen zugute und mündeten nicht selten in einen Kompromiß zwischen traditionalem und modernisierten Patriarchat, der auf dem Rücken der Frauen ausbalanciert wurde.

Requisiten von gestern – Akteure von heute

► Die Schatten der Vergangenheit berühren nicht unwesentlich die aktuellen Geschlechterdiskurse und -politiken in der Region. Dabei werden auf der zeitgenössischen Bühne vielfach die Requisiten von gestern verwendet, teils um alte Vorrechte zu zementieren, teils um neue Machtinteressen durchzusetzen. Die Stellung und 'Moral' der Frauen wird angesichts externer Einflußnahme und umfassender westlicher Dominanz und der damit verbundenen dramatischen internen gesellschaftlichen Umbrüche einmal mehr hochgradig politisiert und unterschiedlich instrumentalisiert. Für die Handlungsspielräume von Frauen scheint dies eher von Nachteil zu sein, wie die geschichtlichen Erfahrungen gezeigt haben. Wo die Rolle und das Verhalten der Frauen symbolisch aufgeladen werden, verringern sich tendenziell weibliche Selbstbestimmungsrechte und autonome Gestaltungsmöglichkeiten. Verglichen mit der Situation in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts sind jedoch heute Frauen ungleich zahlreicher und stärker als Akteurinnen im öffentlichen Raum und auf der politischen Bühne präsent. Viele suchen zwischen widersprüchlichen Weiblichkeitsdiskursen und Rollenbildern Wege, die weder in westliche Emanzipations- und Lebensmodelle münden, noch auf 'authentische' Traditions-Reservate beschränkt sind.

Anmerkungen:

1 Der vorliegende Artikel basiert auf einschlägigen Passagen meiner Habilitationsschrift über »Politische Herrschaft, Geschlechterpolitik und Frauenmacht im Vorderen Orient«, Pfaffenweiler 1997.

2 Kebir, Sabine: Dialektik des Schleiers. Das Beispiel Algerien. In: Laudowicz, Edith (Hg.): Fatimas Töchter. Frauen im Islam, Köln 1992, 162-180

3 Gordon, David D.: North Africa's French Legacy, Cambridge, Mass. 1962, S.47

4 Hélie-Lucas, Marie-Aimée: Frauen, Nationalismus und Religion im algerischen Unabhängigkeitskrieg. In: Badran, Margot/Cooke, Miriam (Hg.): Rowohlt Lesebuch der 'Neuen Frau'. Araberinnen über sich selbst. Reinbek b. Hamburg 1992, 84-98; S.88

5 Tekeli, Sirin: Frauen in der Türkei der 80er Jahre, in: Neusel/Ayla/Tekeli/Sirin/Akkent/Meral (Hg.): Aufstand im Haus der Frauen. Frauenforschung aus der Türkei, Berlin 1991, 27-46, S.40

► **Renate Kreile** ist Privatdozentin für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen.

Brothers in Arms
Ökonomische Zirkulation im Umfeld gegenwärtiger Kriege

von **Peter Lock**

Wurden die meisten Kriege der Vergangenheit zwischen ressourcenstarken Staaten ausgetragen, überwiegt gegenwärtig der Typus des innerstaatlichen Konflikts. Infolge dieses Wandels haben sich auch die Wege, Kriegsmaterial zu beschaffen, geändert. Der internationale private Waffenhandel bedient staatliche wie nicht-staatliche Akteure und hat sich zu einem riesigen illegalen Wirtschaftssektor verselbständigt, der sich unter anderem auch durch die Umleitung ausländischer Hilfe am Leben erhält.

▶ Die nach dem Ende des Kalten Krieges aufgehobene Integration innerstaatlicher Konflikte in die Systemauseinandersetzung macht eine Analyse der Dynamik kriegerischen Geschehens im Zusammenhang mit den regional verfügbaren Ressourcen nötig. Von Ausnahmen abgesehen können auch die staatlichen Kriegsparteien nicht auf gefüllte Arsenale zurückgreifen.[1] Der eingeschränkte ökonomische Rahmen der Logistik dieser Kriege bestimmt ihren Verlauf und die Formen der Austragung.

Während die internationale Diplomatie sich um die Erweiterung und Verbesserung des unzureichenden UN-Waffentransferregisters bemüht, das auf freiwilliger Basis nur größere Waffensysteme erfaßt, spielen Großwaffen in den gegenwärtigen Kriegen eher eine nachgeordnete Rolle. Kleinwaffen, die mit dem Ende des Kalten Krieges in riesigen Mengen freigesetzt wurden, bestimmen das Kriegsgeschehen der Gegenwart. Der innerstaatliche Charakter heutiger Kriege ist durch die Beteiligung eines oder mehrerer nichtstaatlicher Akteure gekennzeichnet, die per definitionem ihr Kriegsgerät nicht direkt aus der Sphäre legaler zwischenstaatlicher Transfers beziehen. Ein bereits im Kalten Krieg operierendes Netzwerk des privaten Waffenhandels, das der verdeckten Belieferung jeweiliger Kriegsklientel der beiden Blöcke diente, hat sich kommerziell transformiert und ist mit den internationalen Netzwerken des Drogenhandels verflochten. Ob staatlicher oder nicht-staatlicher Akteur, wer zahlungsfähig ist und verdeckte Belieferung sucht, hat kein Problem, sich mit Kriegsgerät zu versorgen.

Dieser Zustand wirft zwei Fragen auf. Erstens, was sind die Funktionsbedingungen für einen leistungsfähigen illegalen internationalen Markt, der die Versorgungslogistik gegenwärtiger Kriege bereitstellt? Zweitens, welche ökonomischen Zirkulationssphären in gegenwärtigen Kriegen generieren die not-

Das große Angebot auf dem Waffenmarkt sucht und findet Abnehmer

wendigen Überschüsse, die diesen Waffenhandel und damit erst die Fortsetzung der Kriege ermöglichen? Für die Beantwortung der ersten Frage müssen die strukturellen Rahmenbedingungen für die Existenz eines sehr großen illegalen Segmentes der Weltwirtschaft beleuchtet werden. Wichtig sind dabei die Zonen, in denen sich legale und illegale Zirkulationssphären vermischen und Geld- und Warentransaktionen realisieren. Denn der Transfer der Gewinne in die legale Ökonomie ist die Triebfeder des illegalen Sektors.

Die zweite Frage kann im Rahmen dieses Artikels nicht umfassend untersucht werden. Zwei Zirkulationssphären, die im Zusammenhang mit internationaler Intervention in das Kriegsgeschehen entstanden sind, sollen jedoch beispielhaft diskutiert werden. Zum einen gibt es Anzeichen, daß humanitäre Hilfe in vielen Fällen in die Logistik des Kriegsgeschehens umgeleitet wird, und zum anderen haben internationale Embargomaßnahmen häufig unvorhergesehene Auswirkungen und verstetigen das Kriegsgeschehen.

Illegale Ökonomie als globales Netzwerk

► Der kriminelle Sektor in der globalen Ökonomie setzt etwa 1 000 Mrd. US Dollar um. Dieses »BKP«(Bruttokriminalprodukt) übersteigt das Bruttosozialprodukt Schwarzafrikas um ein Vielfaches. Nach der jüngsten Schätzung der UN entfallen davon 400 Mrd. US Dollar auf das illegale Drogengeschäft, was in etwa 8 % des gesamten Welthandels entspricht. Der illegale Waffenhandel ist ein weiterer Teil dieses Sektors.

Während der formale Sektor der Weltökonomie im wesentlichen marktreguliert fungiert und Regeln und Rechte in diesem Markt von den beteiligten Staaten garantiert werden, funktioniert der illegale Sektor nur im Hinblick auf seine Abhängigkeit von der Nachfrage marktähnlich. In seiner Struktur ist er letztlich gewaltreguliert; der Wettbewerb äußert sich in Korruption, Androhung von Gewalt sowie Terror und Mord. Die »Unternehmenshierarchien« sind durch hohe Konzentration und Internationalisierung gekennzeichnet. Schließlich zeichnen sich die illegalen Akteure durch eine extreme Flexibilität aus, weil die physische Produktion nur einen minimalen Raum einnimmt[2] und an Ersatzlieferanten kein Mangel besteht.

Für die erstaunliche Leistungsfähigkeit der illegalen Ökonomie bei der Belieferung von Kriegsparteien mit Waffen und Kriegsgerät lassen sich zwei Voraussetzungen benennen, die die gegenwärtige Weltwirtschaft kennzeichnen. Da ist zunächst die weltweit wachsende Reservearmee der ökonomisch Marginalisierten, die ein unerschöpfliches Potential risikobereiter Akteure für die Transaktionen des illegalen Sektors bilden. Der zunehmende Ausschluß von der Teilnahme in der formalen Ökonomie, vor allem unter den nachwachsenden Generationen bei gleichzeitiger Auflösung traditionaler Strukturen, befördert eine subkulturelle Apartheid, in der sich herrschende soziale Normen nicht mehr reproduzieren. Gleich ob es um die Verteilung von Drogen geht oder um andere kriminelle Dienstleistungen, Rekrutierungsprobleme hat dieser Sektor nicht, selbst wenn es Tätigkeiten sind, die mit Gewaltausübung verbunden sind.

Die Schwächung und der partielle Zusammenbruch von Staatlichkeit bilden einen nahezu globalen Trend. Die neoliberalen Rezepturen, die der IWF seit mindestens zehn Jahren verabreicht, haben in vielen Fällen dazu beigetragen. In einigen Fällen ist die Auflösung so weit vorangeschritten, daß von physischem Gewaltmonopol und rechtlichen Garantien für ökonomische Transaktionen als zentralen Funktionen des Staates nicht viel übrig geblieben ist. In vielen Staaten ist es zur Regel geworden, daß das Staatspersonal, einschließlich der Streitkräfte und der Polizei, sehr niedrige Gehälter erhält. Die Betroffenen müssen anderweitige Einkommen erzielen. Zumindest in den oberen Stufen der bürokratischen Hierarchien bieten die amtlichen Kompetenzen ein reiches Feld für passive Bestechung. Das Personal der unteren Stufen, vor allem bei der Polizei, ist darauf verwiesen, seine Befugnisse zu Diebstahl, Erpressung und Raubkriminalität zu nutzen. Entsprechend wird die Polizei in vielen Staaten von den wehrlosen, armen Bevölkerungsschichten als Bedrohung wahrgenommen.

Betrachtet man nun genauer die Rüstungsindustrien und Streitkräfte in geschwächten Staaten, so wird deutlich, daß die illegalen Waffenhändler ein relativ leichtes Spiel haben. Es herrscht ein großer Angebotsdruck auf dem illegalen Waffenmarkt, was sich in niedrigen Preisen, häufig unter den Produktionskosten, niederschlägt. Die Gleichzeitigkeit von weltweitem Rückgang der Rüstungsnachfrage und einer Schwemme von Surpluswaffen bedeutet das Aus für viele Unternehmen. Verzweifelte Versuche, als Rüstungsproduzent zu überleben, setzen kriminelle Energien frei. Je schwächer die staatlichen Strukturen sind, desto wahrscheinlicher, daß Waffen von den Fließbändern in der Illegalität versickern.

Noch umfangreicher aber scheinen die Abflüsse von Armeebeständen in die Kanäle des illegalen Waffenmarktes zu sein. Der Zusammenbruch der staatlichen Strukturen erfaßt auch die Streitkräfte, Soldzahlungen sind selten und minimal. Mundraub und Raubkriminalität sind vielerorts zur Existenzbedingung für Angehörige der Streitkräfte geworden. Die Uniform wird zur Lizenz für illegale Aneignung. Legale und illegale wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb von Streitkräften sind jedoch keine neue Erscheinung. Wenig beachtet von der Öffentlichkeit haben sich viele Armeen ökonomisch vom Staatshaushalt verselbständigt und verfügen über eigene Industrie- und Finanzimperien.[3] Korruption bei großen Waffenkäufen ist die Regel und gehört zum Besitzstand des Offizierskorps. Mit dem Ende der Aufrüstung und der allgegenwärtigen Fiskalkrise suchen Armeen verstärkt nach Ersatz für die entgangenen Einnahmen. Häufig werden aus dieser Suche illegale Geschäfte unterschiedlichster Art, nicht selten in enger Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen. Die Waffenhändler brauchen nur noch mit dem Dollarbündel vor der Kaserne vorzufahren und mit Korruption ihre Exportlogistik zu sichern. Das geht soweit, daß während laufender Kriege Waffen der Streitkräfte gegen Dollars die Seite wechseln. Im Falle des Tschetschenienkrieges ist dies vielfältig dokumentiert.

Schließlich gehört zu den Funktionsbedingungen des weltweiten illegalen Waffenhandels eine geographisch gut verteilte Anzahl absolut korrupter Staaten, die es erlaubt, die »Kunden« sicher per Luftfracht zu beliefern. Dubiose Fluggesellschaften, immer häufiger mit Personal und Fluggerät aus der ehemaligen Sowjetunion, erledigen die letzte Etappe. Zaire und Kenia waren bzw. sind wichtige Umschlagplätze für das Kriegsgeschehen in Afrika.

Auch wenn die meisten gegenwärtigen Kriege auf niedrigem Niveau geführt wer-

den, so erstrecken sie sich doch über lange Zeiträume. Kriegsgerät und Munition werden teilweise in erheblichem Umfang vernutzt und müssen ersetzt werden. Die Reproduktionsmechanismen, die eine Fortdauer kriegerischen Geschehens erst ermöglichen, reichen von Raub und Plünderung über Schutzgeld, Erpressung, Entführungen, illegalem Export von Rohstoffen (trop. Hölzer, Öl, Gold, Diamanten, Elfenbein usw.), Drogenanbau und -handel, Menschenhandel, Waffenhandel, Falschgeldherstellung, Zwangsabgaben, Aneignung humanitärer Hilfsgüter u.a.m. bis hin zur häufig sehr wichtigen Instrumentalisierung religiöser oder ethnischer Diaspora. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, daß die ökonomischen Treibriemen des Kriegsgeschehens ihren Antrieb jeweils aus weitgehend illegalen Zirkulationssphären erhalten, in denen es viel zu verdienen gibt. Häufig zeigt sich, daß nicht wenige an der Kriegswirtschaft so gut verdienen, daß ihnen ein Ende der Kriegshandlungen als Bedrohung erscheinen muß.

Humanitäre Hilfe als Treibstoff

► Humanitäre Hilfe in Kriegssituationen war lange im wesentlichen auf das Internationale Rote Kreuz/Roter Halbmond beschränkt. Inzwischen haben sich Hunderte von Nichtregierungsorganisationen entwickelt, die sich humanitärer Hilfe verschrieben haben. Diese haben einerseits gezielt die im Kalten Krieg gültige Doktrin der Nichteinmischung unterlaufen. Zum anderen bot die Entstaatlichung der Nord-Süd-Kooperation, die im neoliberalen Zeitalter forciert und als zentrale Strategie zur Förderung demokratischer Zivilgesellschaften propagiert wurde, einen idealen Nährboden für die humanitäre Hilfeindustrie (vgl iz3w 222, »Hilfe, die Helfer kommen«). Die Regierungen tendieren dazu, ihre Hilfeleistungen an sie zu delegieren. Quantitativ kann man bereits von einem eigenständigen Wirtschaftssektor sprechen, der von Konkurrenz geprägt ist und sich vor allem über Medienecho reproduzieren muß.

Dieser Zwang hat zu einer wahren Invasion humanitärer Organisationen z. B. in Ostzaire geführt, als es galt, den Flüchtlingen aus Ruanda ein Überleben in Lagern zu ermöglichen. Dort nicht präsent zu sein, schien unverzichtbar für die institutionelle Reproduktion, da die mediale Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Flüchtlingslager gerichtet war. Im Ergebnis befanden sich über 100 Organisationen vor Ort in einem subtilen Wettbewerb und produzierten teilweise chaotische Zustände. Diese Situation ermöglichte es den Initiatoren des Völkermordes in Ruanda, sich in den Flüchtlingslagern ungehindert zu reorganisieren und die Lager als Basis für militärische Aktionen in Ruanda zu nutzen. Verkaufserlöse von Hilfsgütern wurden für den Kauf von Kriegsgeräten verwendet.

Die mißbräuchliche Verwendung von Hilfsgütern ist keinesfalls auf diesen einen Fall beschränkt. Vielmehr hat die Zweckentfremdung von humanitären Hilfsgütern in zahlreichen bewaffneten Konflikten eine nicht zu unterschätzende, kriegsstabilisierende Rolle gespielt.[4] In der Literatur wird am häufigsten der Krieg im Süden des Sudan genannt, wo das Anwerben humanitärer Hilfe integraler Bestandteil der Kriegsstrategie ist. Die zynische Inszenierung humanitärer Notlagen wird durch den konkurrierenden Existenzkampf in der Hilfsindustrie erleichtert. Wichtiger aber ist die indirekte Einmischung der USA in der Region mit dem Ziel, die gegenwärtige Regierung des Sudan zu isolieren. Sie ist der Nährboden für die humanitären Ressourcenzuflüsse, die sich in Korruption und Waffenkäufe transformieren und Entlohnung der Kämpfenden und ihrer Familien erst ermöglichen. Der Süden des Landes ist voller »humanitärer« Landepisten, auf denen aber auch Kriegsmaterial herangeschafft wird. Auf der Grundlage ausschließlich lokaler Ressourcen wäre der Krieg bereits erloschen.

Die Begriffe Politik und Mafia vermischen sich.

Während in der Vergangenheit humanitäre Hilfe meist auf Versorgung von Flüchtlingen am Rande oder außerhalb der Konfliktregion beschränkt war, haben sich die humanitären Aktivitäten seit Ende der achtziger Jahre in das Zentrum der Konflikte verlängert. An die Stelle von peripheren Flüchtlingssanktuarien sind Sicherheitskorridore und Versorgungsleistungen inmitten von Konfliktzonen getreten. Das erfordert das Aushandeln von Bedingungen mit den kämpfenden Parteien oder die Entwicklung eines unausgesprochenen Kodex gegenseitigen Verhaltens. In jedem Falle gewinnen die Kriegsparteien Verhandlungsmacht im Hinblick auf humanitäre Hilfe. Um überhaupt Hilfe leisten zu können, muß man sich mit den »warlords« arrangieren. So wird der Krieg u. U. ein Mittel der Bereicherung in einem bereits ausgeplünderten Land.

Kriminalisierung der Kriegswirtschaft

► Ein weiteres Mittel internationaler Intervention in bewaffnete Konflikte ist das Embargo. In seiner klassischen Form traf ein Embargo eine handlungsfähige Regierung, die daraufhin eine Rationierung administrativ in die Wege leitete und außerdem Möglichkeiten der Substitution förderte. In der Gegenwart zielen Embargos auf bereits geschwächte Staaten, die nicht in der Lage sind, planwirtschaftlich auf ein Embargo zu reagieren. Der einsetzende ökonomische Mechanismus befördert in sehr kurzer Zeit Polit-Unternehmer und kriminelle Akteure an die Spitze des Geschehens. Die Verteilung knapper Güter erfolgt nicht durch regulierte Rationierung, vielmehr bemächtigen sich einzelne Politiker – eventuell in Kooperation mit Unternehmern – monopolistisch der Verteilung. Normale, notwendige Produktion bricht zusammen, weil die Kosten schneller steigen als die Preise, die mit den Produkten erlöst werden können. Spekulative Preissteigerungen, Hyperinflation und rasante Kontraktion der Volkswirtschaft sind die Folge.

Das kriminelle Milieu, das in der Lage ist, das jeweilige Embargo zu unterlaufen, wird zum Geschäftspartner der Polit-Unternehmer. Die realisierten Gewinne werden im Ausland gesichert, was wiederum nur auf illegalem Wege möglich ist. Politisch fatal daran ist, daß der ökonomische Niedergang die Hefe ist, in der diese polit-kriminelle Führungsschicht aufgeht. Die Begriffe Politik und Mafia vermischen sich. Die durch ein Embargo ausgelöste korrupte Akkumulation hat notwendigerweise eine regionale Ausstrahlung, denn der Embargobruch bedarf krimineller Geschäftspartner. Anschaulich wird dies in Kurdistan vorgeführt. Die rivalisierenden Clans (Barzani's KPD und Talibani's PUK) im irakischen Kurdistan erwirtschaften hohe Wegezölle beim Embargobruch im kleinen Grenzverkehr mit der Türkei und dem Iran, den die Alliierten aus politischer Opportunität dulden. Außerdem bringen dutzende Hilfsorganisationen in der sog. Schutzzone jedes Jahr Millionen Dollars in die lokale Wirtschaft und bieten die Möglichkeit klientelistischer Plazierung der eigenen Gefolgsleute in diesen Projekten. Daher war der Krieg zwischen den Clans im vergangenen Jahr vor allem ein Krieg um Zoll- und Steuerterritorium (vgl. iz3w 217 »Der Feind ist ein Freund ist ein Feind«). Ein Embargo fördert mit hoher Wahrscheinlichkeit eine regionale Destabilisierung, was die Befürworter dieser scheinbar friedlichen Reaktion auf Kriegsgeschehen zumeist übersehen.

Anmerkungen:

1 Der Krieg in Bosnien war insofern untypisch, als vor allem die serbische Seite sich auf die umfangreichen Waffenarsenale der jugoslawischen Territorialverteidigung stützen konnte.

2 Die Herstellung von Drogen jeder Art gehört zu den wenigen Aktivitäten direkter Produktion.

3 Türkei, Kuba, Thailand, China sind nur einige gut belegte Beispiele. U.a. in Chile, Ecuador und Indonesien fließen Exportsteuern direkt und ohne parlamentarische Kontrolle den Streitkräften zu. In Wladiwostok können Touristen für harte Dollar schießen, Argentiniens Marine betreibt mit Kriegsschiffen touristische Exkursionen

4 Man braucht nicht nach Afrika zu schauen, um die Verwandlung humanitärer Hilfe in Kriegsfinanzierung zu beobachten. Auch von Flüchtlingen in Deutschland werden Kriegssteuern erpreßt.

► **Peter Lock** ist Mitarbeiter bei EART (European Association for Research on Transformation).

Tatort Europa

Mit dem Schengener Abkommen gegen Flüchtlinge und Räuber

von **Katina Schubert**

»Freizügigkeit an den Binnengrenzen darf nicht 'freie Fahrt' für Straftäter bedeuten«, so umreißt Manfred Kanther die Philosophie, die hinter dem Schengener Abkommen steht. Vermeintliche Straftäter, insbesondere aber Flüchtlinge und MigrantInnen, gelten als Bedrohung der inneren Sicherheit der Schengen-Staaten. Zweieinhalb Jahre nach Inkrafttreten der Vereinbarung ist der deutsche Innenminister zufrieden mit seiner Umsetzung.

► Das Schengener Abkommen wurde 1985 zwischen Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten geschlossen. Sie vereinbarten, die Kontrollen an den Binnengrenzen mit Einführung des europäischen Binnenmarkts abzubauen. Fünf Jahre später einigten sich die fünf im »Schengener Durchführungsübereinkommen« (SDÜ) auf sicherheitspolitische und -technische »Ausgleichsmaßnahmen«, die im unmittelbaren Grenzraum die bürgerlichen Rechte von Menschen massiv einzuschränken vermögen.

Als Legitimation für die »Ausgleichsmaßnahmen« dienen die von Sicherheitspolitikern derzeit als Hauptbedrohungen der Inneren Sicherheit beschworene illegale Einwanderung, die »Organisierte Kriminalität« und der Drogenhandel. Bei Bedarf wird wie in den 70er und 80er Jahren auch wieder ein Bedrohungsszenario durch Terrorismus als Vorwand für weitere grundrechtsbeschneidende Maßnahmen herangezogen. Diesen vermeintlichen Gefahren begegnen die Schengen-Staaten mit einem Bündel von Maßnahmen. Dazu zählen eine verschärfte Absicherung und strikte Kontrolle von Personenbewegungen entlang der Außengrenzen, die Einreisebegrenzung durch eine rigide Visavergabepraxis, gemeinsame Asylzuständigkeits- und Anerkennungsregelungen und eine enge grenzüberschreitende Polizeikooperation. Die strikten Visaregelungen führen dazu, daß nur sehr begrenzt Menschen aus anderen Teilen der Welt in das Schengener Vertragsgebiet einreisen können.

Gemeinsam ist auch der Standard der Außengrenzkontrollen. Vorreiter dabei ist die BRD. Ihre Außengrenzen, insbesondere die deutsch-polnische und die deutsch-tschechische Grenze, werden mit einem massiven Einsatz von Bundesgrenzschutz, bayerischer Polizei, Zoll und moderner Technik gesichert. Über 10.000 PolizistInnen und Zollbeamte stehen an den deutschen Ostgrenzen. »Eine höhere Polizeidichte besteht an keiner anderen Grenze in Europa«, erklärte Kanther stolz. An den offiziellen Grenzübergängen und auf den Flughäfen werden die Reisenden sortiert in BürgerInnen der EU und Drittstaaten. Letztere werden peinlich genau kontrolliert. Stichproben werden jedoch auch bei den EU-Staatsangehörigen gemacht. Da trifft es insbesondere Menschen, die nicht dem Aussehen mitteleuropäischer DurchschnittsbürgerInnen entsprechen, und die deshalb grundsätzlich verdächtig sind, illegal einwandern zu wollen, mit Drogen zu dealen oder sonstige Missetaten aus dem Katalog der organisierten Kriminalität zu planen. Genauso rassistisch ist die vom Bundesgrenzschutz und den Länderpolizeien vorgenommene Auswahl der Kontrollierten innerhalb des 30 Kilometer tiefen Binnengrenzraums im Westen der BRD, in den die Überwachung der Grenzen in Form eines »Sicherheitssschleiers« nach dem Abbau der Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Gebiets verlagert wurde.

Ähnlich rigide ist das Grenzregime an der französisch-italienischen und der französisch-schweizerischen Grenze. An diesen Abschnitten haben die Schengen-Staaten in ihrem Jahresbericht 1995 den größten »illegalen Einwanderungsdruck« vornehmlich aus dem ehemaligen Jugoslawien, Osteuropa, Asien, Afrika und Südamerika festgestellt. Gegen Transportunternehmen, die Menschen ohne gültige Einreisepapiere befördern, werden Sanktionen verhängt. Insbesondere Fluggesellschaften sind deshalb gerne bereit, bereits vor dem Abflug aus einem Nicht-Schengenland Paßkontrollen, sogenannte pre-boarding-Kontrollen, zuzulassen. So verlagern die Schengen-Länder ihre Außengrenzen in Nichtmitgliedsstaaten.

One chance only

► Das Schengener Abkommen ist das erste multilaterale Abkommen, das die Zusammenarbeit im Polizeibereich regelt und den Mitgliedsstaaten dabei Einschränkungen eigener nationaler Souveränitätsrechte abverlangt. So erlaubt es, daß mutmaßliche StraftäterInnen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg beobachtet werden dürfen. Auch ist es den Polizeibeamten der Schengen-Staaten gestattet, die Binnengrenzen des Schengen-Raums zu überschreiten, während sie verdächtige Personen verfolgen. Der Radius dieser »polizeilichen Nacheile« und die Befugnisse der PolizistInnen auf dem Hoheitsgebiet der benachbarten Schengenländer regeln zusätzliche bilaterale Polizeiabkommen. Die BRD hat bereits entsprechende Vereinbarungen mit Frankreich (7.12.1995), Luxemburg (24.10.1995) und den Niederlanden (17.4.1996) getroffen. Das Abkommen mit Belgien steht vor der Fertigstellung.

Die Polizeikooperation macht vor den Außengrenzen der Mitgliedsländer nicht halt. Die BRD hat mit Polen im April 1995 ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Polizei- und der Grenzschutzbehörden abgeschlossen, eine entsprechende Vereinbarung mit der Tschechischen Republik ist in Vorbereitung. Und auch mit der Schweiz führt die BRD Verhandlungen über die Errichtung eines kooperativen Sicherheitssystems an den gemeinsamen Grenzen. Die Standards der Schengen-Zusammenarbeit werden damit weit über das eigentliche Vertragsgebiet hinaus ausgeweitet, ohne daß die kooperierenden Staaten die Möglichkeit hätten, Einfluß auf die Gestaltung dieser Parameter zu nehmen.

Der asylrechtliche Teil des SDÜ ist deckungsgleich mit dem Dubliner Übereinkommen auf EU-Ebene und gilt solange, bis das Dubliner Abkommen (vgl. iz3w 212, »Illegalisierung der Unerwünschten«) in Kraft getreten ist. In beiden Vereinbarungen gilt das »One-Chance-Only-Prinzip«, jeder Flüchtling kann nur in einem Schengen- bzw. später EU-Staat einen Asyl-Antrag stellen, die anderen Mitgliedsstaaten erkennen die Entscheidung des verfahrensabwickelnden Staates an. Verbindungsbeamte der Schengen-Staaten regeln untereinander die Zuständigkeiten in strittigen Fällen. Die Mitgliedsländer haben sich überdies darauf geeinigt, daß das Schengener Abkommen Vorrang vor bilateralen Rückübernahmeabkommen und der nationalen Anwendung des Konzepts sicherer Drittstaaten hat. Damit ist jedem Flüchtling im Gegensatz zum Sicheren-Dritt-Staaten-Konzept nach Auffassung von asylkundigen RechtsberaterInnen zumindest ein minimales Anhörungsverfahren

Grenzenloses Sicherheitsbedürfnis

zu seiner individuellen Situation sicher. Allerdings gewährt das SDÜ den Mitgliedsstaaten auch die Möglichkeit, nationale Regelungen, mithin die Drittstaatenregelung anzuwenden, sofern der betreffende Flüchtling zustimmt. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) geht regelmäßig davon aus, daß mit der Asylantragsstellung auch der Anwendung der nationalen Regelungen zugestimmt wird. Die Flüchtlinge haben gar nicht die Chance, die minimalen Vorteile des Schengener Abkommens für sich zu nutzen. Die Bundesregierung ist nach eigenen Angaben »zufrieden« mit der Asylzusammenarbeit im Rahmen des Schengener Abkommens.

Flüchtlingsabwehr online

▶ Rückgrat des Schengener Abkommens ist das »Schengener Informationssystem« (SIS), ein Personen- und Sachfahndungssystem. Die SIS-Verbindungsstelle eines jeden Mitgliedslandes – in der BRD das Bundeskriminalamt (BKA) – speist über ihr nationales SIS die Daten verdächtiger Straftäter, abgelehnter AsylbeweberInnen oder zur Einreiseverweigerung ausgeschriebene AusländerInnen (schwarze Liste) in den Zentralrechner in Straßburg ein. Auch gesuchte Gegenstände wie Waffen, Kraftfahrzeuge, Banknoten, Identitäts- und Blankopapiere werden hier registriert. Das zentrale SIS leitet diese Daten dann an alle nationalen SIS weiter, die wiederum dafür Sorge tragen, daß sie in den mehr als 30.000 Computerterminals an den Außengrenzen von Schengen-Land online, mithin direkt verfügbar sind. Alleine 9000 dieser Geräte stehen in Deutschland. Im März 1997 enthielt das SIS nach einem Bericht des Bundesinnenministeriums 4,6 Millionen Datensätze gegenüber vier Millionen 1995. Davon hat alleine die BRD 2,6 Millionen geladen, rund 56,5 Prozent. Im Jahr davor betrug der Anteil der von der Bundesrepublik eingespeisten Datensätze noch 62,5 Prozent. Den steigenden Nutzungsgrad des SIS durch die anderen Schengen-Staaten benotet Kanther deshalb mit »zufriedenstellend«, während er sich 1996 noch etwas unzufrieden mit seinen Kollegen zeigte. 1996 wurden nach Angaben Kanthers 8.793 »Treffer« aufgrund deutscher Ausschreibungen im Ausland und 1557 in Deutschland aufgrund von SIS-Meldungen von anderen Schengen-Ländern erzielt. Die zum Zugriff auf den SIS-Datenbestand berechtigten deutschen Behörden fragen den Datenbestand alleine vier Millionen mal monatlich ab.

SIS ist ein entscheidendes Instrument der Schengen-Staaten in ihrem gemeinsamen Bemühen um die Abwehr von Flüchtlingen und MigrantInnen. Denn im wesentlichen richten sich die Ausschreibungen im SIS gegen Staatsangehörige aus Drittstaaten, darunter viele Asylsuchende, die in den Schengen-Ländern unerwünscht und deshalb zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben sind. Zwischen dem Inkrafttreten von Schengen und dem 1.1.1996 wurde rund 18.500 AusländerInnen aufgrund von »Treffern« im SIS die Einreise in ein Schengenland verweigert, oder sie wurden ausgewiesen. Knapp 10.000 Gegenstände wurden wiedergefunden, 1700 Personen und Fahrzeuge wurden mittels SIS verdeckt kontrolliert und registriert. Das dem SIS unterlegte SIRENE-Netz enthält wichtige Zusatzinformationen über die im SIS gespeicherten harten Fahndungsdaten. Erzielt zum Beispiel ein spanischer Grenzer einen »Treffer«, sprich er hält an der Grenze einen von der BRD zur Einreiseverweigerung ausgeschriebenen unerwünschten Ausländer fest, so kann er beim nationalen SIRENE-Büro in der BRD um Informationen nachsuchen, warum die betreffende Person nicht ins Schengen-Gebiet einreisen soll.

Die Bundesregierung feierte das SIS ob seiner – freilich in ihren Augen zu steigernden – Effizienz zum ersten Jahrestag des Schengener Abkommens als das Pilotprojekt für die weitere europäische Zusammenarbeit in der Inneren Sicherheit. Weitere Da-

tenverarbeitungs- und elektronische Überwachungssysteme werden innerhalb der gesamten EU hinzukommen. Das europäische Fingerabdruckidentifizierungssystem Eurodac zur Identifizierung von AsylbewerberInnen befindet sich in Vorbereitung. Ein Übereinkommensentwurf des Rats vom 14. März 1996 sieht vor, daß die EU-Mitgliedsstaaten »jedem ausländischen Asylbewerber« die Fingerabdrücke abnehmen und sie der »Eurodac«-Sammlung übermitteln. Diese vergleicht sie mit den Fingerabdrücken in der zentralen Datenbank und teilt dem anfragenden Mitgliedsstaat mit, ob bereits identische Fingerabdrücke gespeichert sind und ob die betreffende Person anderswo in der EU oder unter einem anderen Namen Asyl beantragt hat. Dem One-Chance-Only-Prinzip soll so zur Durchsetzung verholfen werden. In der BRD ist eine entsprechende Datenbank, das »Automatische Fingerabdruckidentifizierungssystem (AFIS)«, beim BKA angesiedelt. Sie enthält nicht nur die Fingerabdruckblätter von AsylbewerberInnen, sondern auch von Straftatverdächtigen. Ein das SIS im Umfang noch übersteigendes »Europäisches Informationssystem (EIS)« in allen EU-Ländern ist in der Planung.

Fahrplan der Abschottung

► Das Schengener Abkommen ist das Modellprojekt für die innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit in Europa. Es ist auf Betreiben der deutschen und der französischen Regierung geschlossen worden, und beide Regierungen geben weiter Richtung und Takt der Entwicklung vor, ohne daß die nationalen Parlamente, die europäische Volksvertretung oder gar die Öffentlichkeiten in den Mitgliedsstaaten informiert oder beteiligt werden. Bislang ist das Abkommen nur in den fünf Gründungsstaaten sowie Spanien und Portugal in Kraft getreten.

In Italien, Griechenland und Österreich sind die technischen und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung der »Ausgleichsmaßnahmen« nach Meinung der Gründungsmitglieder zwar noch nicht gegeben. Doch Italien und Österreich werden, nachdem ihre Regierungschefs mit Verzögerungen im weiteren Integrationsprozeß der EU gedroht hatten, noch in diesem Jahr zu Vollmitgliedern. In Italien tritt das Abkommen am 26. Oktober 1997 in Kraft, in Österreich am 1. Dezember. Dann werden auch die Grenzkontrollen an den Flughäfen nach Schengen-Standard durchgeführt. Die Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen zu Lande werden aber in beiden Staaten erst im April 1998 fallen. Bis dahin müssen Italien und Österreich unter den Augen eines trilateralen Kontrollgremiums mit Beteiligung der Deutschen ihre Außengrenzen nach Osten und Richtung Albanien weiter, insbesondere gegen Flüchtlinge, abdichten. Dabei helfen in beiden Ländern mililtärische Einheiten aus. Rund 250 Millionen Mark hat Österreich für die Grenzsicherung bereits ausgegeben. Bis zum Jahr 2000 werden es mindestens 430 Millionen werden. Schon ab dem 1. Juli 1997 dürfen die beiden Länder und Griechenland ihre Fahndungsdaten ins SIS einspeisen.

Online erfaßter Outsider Foto: A. Fikentscher

Die drei skandinavischen Länder sind erst im Dezember 1996 Mitglieder von Schengen geworden, dürfen es aber noch nicht umsetzen. Sie mußten sich einem harten Diktat der Schengen-Staaten, allen voran der BRD unterwerfen. Denn sie haben keinen Einfluß auf die Formulierung und Auslegung der Schengen-Regeln. Sie sind gezwungen zu akzeptieren und umzusetzen, was die Gründungsmitglieder von Schengen beschlossen haben. Das gleiche gilt für die assoziierten Länder Norwegen und Island. Der Kotau vor den Schengen-Gründern war für die fünf skandinavischen Länder die einzige Möglichkeit, einerseits am Schengener Abkommen und damit am grenzkontrollfreien Raum mit all seinen Vorteilen für den Warenverkehr teilzunehmen und gleichzeitig die traditionelle kontrollfreie nordische Paßunion zu erhalten. Ansonsten wäre die Außengrenze des Schengener Abkommens weiter mitten durch die Europäische Union verlaufen, zum Nachteil derer, die draußen stehen.

Schengen ist der Prototyp für Schäubles Kerneuropa

Schengen gilt damit als der Prototyp für ein »Kerneuropa«, wie es der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble bereits 1994 gefordert hatte. Die wirtschaftlich mächtigen Staaten geben die Geschwindigkeit und Richtung der Integration vor, die anderen haben nur die Möglichkeit, hinterherzuhecheln oder sie werden abgehängt und das zu ihrem Nachteil. Auf dem letzten Gipfel der Europäischen Union in Amsterdam im Juni 1997 haben die Regierungschefs vereinbart, das Schengener Abkommen in die EU zu überführen und zu integrieren. Schließlich war Schengen ursprünglich lediglich als Zwischenschritt zu einer gemeinsamen Inneren Sicherheitspolitik in der gesamten Europäischen Union verstanden worden. Deshalb steht das Übereinkommen nur Mitgliedern der EU offen.

Allerdings werden bei der Integration Schengens nicht die oft schwerfälligen Entscheidungsfindungsregelungen der Dritten Säule, der innen- und rechtspolitischen Zusammenarbeit der EU, gelten. Nach wie vor bestimmt der Kern des Abkommens, welche Staaten in vollem Umfang an Schengen teilnehmen dürfen. Nachzügler müssen die Schengen-Regeln unverändert übernehmen. Eine parlamentarische oder gar öffentliche Kontrolle der Schengen-Zusammenarbeit findet nicht statt. Gerade die deutsche Regierung hat massiv darauf hingewirkt, daß Flexibilisierungs- und Teilausstiegs-Klauseln geschaffen werden, damit die Effizienz des Abkommens nicht beeinträchtigt wird. So werden auch Großbritannien und Irland, die als einzige EU-Staaten dem Schengener Abkommen nicht beigetreten sind, weil sie als Inseln ihre Grenzkontrollen auch im Binnenverkehr mit den EU-Partnerländern nicht abbauen wollten, der Zugriff auf das Schengener Informationssystem ermöglicht. Der Fahndungs- und Flüchtlingsabwehrraum Europa wächst zusammen und perfektioniert sich. Die in Deutschland so tief verankerte Staatssicherheitsphilosophie, derzufolge jede Person wegen irgend etwas verdächtig ist, wird zum europäischen Standard. »Der Mensch wird zum Sicherheitsrisiko, die staatliche Sicherheit zum Supergrundrecht« (Rolf Gössner).

► **Katina Schubert** ist Beauftragte für Migrations- und Asylpolitik der PDS-Bundestagsgruppe

Wie auch immer die kapitalistische Gesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird, ob sie als Postmoderne, Dienstleistungsgesellschaft, Mediengesellschaft, Freizeitgesellschaft, Zivilgesellschaft firmiert, Arbeit bleibt nach wie vor eine, wenn nicht die zentrale Kategorie sowohl der materiellen Reproduktion als auch der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung und links-alternativer Politikansätze. Seit Arbeit während der Phase der historischen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise von den Philosophen zum Medium der »Selbstverwirklichung des Menschen« und Bewegungsprinzip der Geschichte erklärt wurde, hat sie ihren festen Platz im moralischen und politischen Denken sowohl der Rechten wie auch der Linken. Während Arbeitsethos und Arbeitsideologie den einen als Legitimation von Ausbeutung unbezahlter Mehrarbeit dient, prangern die anderen entfremdete Arbeit an und suchen nach Möglichkeiten selbstbestimmter, nicht-entfremdeter Arbeit, sowohl innerhalb der bestehenden Verhältnisse als auch – doch das ist schon eine Weile her – in einer nach-kapitalistischen Gesellschaft. Gerade an der leidvollen Geschichte der Arbeiterbewegung ließen sich die fatalen Konsequenzen einer politischen Praxis aufzeigen, die in emanzipatorischer Absicht Arbeit zum Fetisch verklärt.

Die arbeitspolitische Debatte in der BRD wird von linker Seite heutzutage geprägt durch Positionen, die die Arbeitsplatzlücke von sieben bis acht Millionen Arbeitsplätzen durch öffentlich verantwortete Beschäftigung im Bereich der Kultur, Bildung, Pflege, ökologischer Aufräumarbeiten etc., finanziert aus einer Ökosteuer, schließen wollen. Arbeit für das Gemeinwohl also, wie sie auch von konservativer Seite unter dem Motto »Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen« gefordert und durchgesetzt wird. Auch oder gerade wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht (wie viele meinen), scheint alles seinen gewohnten Gang zu gehen: Linke Begleitmusik zu rechten Krisenbewältigungsstrategien.

Diese Normalität schlägt jenen entgegen, die das gesamtgesellschaftliche 'Bündnis für Arbeit' durch ein ebensolches gegen Arbeit zu kritisieren versuchen. Schnell wird das Argument ausgespielt, wer angesichts der herrschenden Arbeitslosenzahlen das Prinzip Arbeit kritisiere, sei zynisch, weil die Bedürfnisse derjenigen ignorierend, die nicht an der Arbeit, sondern an deren Ermangelung leiden. Zynisch jedoch ist die Gesellschaft, die Wert oder Unwert der Menschen an deren Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt mißt und jene als überflüssig ausmustert, die das Kriterium 'fit für Profit' nicht erfüllen.

Ihren theoretischen Niederschlag findet diese Normalität im »Kommunitarismus«, einer gerade in den Ohren Linker harmlos und positiv klingenden Gemeinschaftsideologie. Auch wenn ein einsamer Rufer namens Micha Brumlik letztens auf dem Perspektivenkongreß der Bündnisgrünen und somit in aller Öffentlichkeit sich fragte, ob »wir heute also weniger über Kommunitarismus denn allen Ernstes über Kommunismus nachzudenken hätten?«, steht die Überwindung der Arbeitsgesellschaft – das heißt die Abschaffung der Arbeit als determinierendes gesellschaftliches Prinzip – nicht auf der Tagesordnung. Weil also Arbeit weiterhin nicht nur Mehrwert produzieren, sondern das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen bestimmen wird, fragen wir im folgenden Themenschwerpunkt einerseits danach, wie sich Arbeit, Arbeitsteilung und Arbeitsmarkt unter neoliberalen Bedingungen verändert haben. Andererseits jedoch wollen wir einige Selbstverständlichkeiten hinterfragen, wie z.B. die auch heute noch unreflektiert propagierte Idee der Emanzipation durch Arbeit.

die redaktion

Arbeit Automation Armut

Der Wandel der Arbeitsgesellschaft

von **Iris Nowak**

Der Arbeitsgesellschaft geht (angeblich) die Arbeit aus. Die Einführung von Mikroelektronik und Automation zerstört Arbeitsplätze. Aufgrund dieser Veränderungen kommen einige Theoretiker auf die Idee, Arbeit sei nicht mehr das identitätsstiftende Element unseres Lebens. Andere sprechen wegen der zentralen Stellung der neuen Kommunikationstechnologien von der Entstofflichung der Ökonomie. Beide Ansichten vergessen, daß die Art und Weise, wie lebensnotwendige materielle und kulturelle Güter produziert werden, elementare Grundlage für unsere Gestaltungsmöglichkeiten im alltäglichen Leben sind.

► Ich möchte der Frage nachgehen, inwieweit die weltweite Ausbreitung der neuen Technologien unter neoliberalen Regulationsformen und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsgesellschaft von uns in unserem Alltag widersprüchlich erfahren werden. Einerseits sorgt diese Kombination weltweit für krasse Massenarmut. Andererseits stecken in den aktuellen Entwicklungen aber auch für jene, die jung, stark, leistungs- und lernfähig sind, im Vergleich zu den vorangegangenen Verhältnissen neue individuelle Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Die Zustimmung zu neu strukturierten Ungerechtigkeiten und zum Reichtum des oberen Fünftel der Gesellschaft wird uns schmackhaft gemacht durch neue reale oder vorgetäuschte Freiheiten und Chancen, selbst dazu zu gehören. Die von mir aufgezeigte Zweiteilung der Gesellschaft findet sich vom Prinzip her in allen Ländern. In ihrer konkreten Auswirkung hinsichtlich Armut und Handlungsmöglichkeiten sind die Unterschiede zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern allerdings groß. Ich gehe im folgenden vor allem auf die Entwicklungen in Deutschland ein, da ich aufzeigen möchte, wie wir selbst die Veränderungen der weltweiten wirtschaftlichen Regulationsform in unserem Alltag erfahren.

Fordistische Massenproduktion

► Um die Auswirkungen der Ausbreitung der Automation[1] unter neoliberalen Bedingungen zu begreifen, muß man zunächst einen Blick auf die vorangegangenen Arbeits- und Lebensformen werfen: Bis zum Beginn der 70er Jahre war innerhalb der Industrieländer der Fordismus die vorherrschende Produktionsweise, die Anfang dieses Jahrhunderts als Massenproduktion einsetzte. Im Lohnarbeitsalltag entstanden extrem monotone Tätigkeiten, die bis ins letzte Detail von den Vorgesetzten geplant und kontrolliert wurden und im Extremfall auf eine einzige Handbewegung reduziert waren. Arbeitsvor- und nachbereitung dehnten sich ebenso wie jene Bereiche, die nur zur Kontrolle der Produzierenden existierten, stark aus. Die durchschnittliche Produktivität des einzelnen wurde dadurch enorm gesteigert. Die Arbeiter wiesen hierfür im Idealfall autoritäre Wertvorstellungen auf und waren stark sicherheitsmotiviert. Die Aufgaben erforderten schlicht Pflichtbewußtsein und Zuverlässigkeit und strenge Hierarchien. Zentral für das gute Arbeiten der männlichen Arbeiter trotz dieser extremen Fremdbestimmumg und Monotonie war die Existenz eines Großteils der Frauen als Nur-Hausfrauen, die auch für den emotionalen Ausgleich und die sozialen Kontakte in der Freizeit sorgten.

Diese Veränderung der Tätigkeiten ging einher mit einer fast kontinuierlichen Steigerung der Löhne. Schließlich konnten die Unternehmen mit dem Aufkommen der Massenproduktion erst dann ihre Gewinne steigern, wenn die produzierten Waren von den Arbeitern auch konsumiert wurden. Eng mit der fordistischen Produktionsweise verknüpft ist der keynesianische Wohlfahrtstaat zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Motivation der Massen. Er beinhaltete kollektive Sozialversicherungen ebenso wie das Aushandeln von flächendeckenden Tarifverträgen durch Gewerkschaften und Arbeitnehmer.

Automation und Mikroelektronik

► Mit der Ausbreitung von Automation und mikroelektronischen Kommunikationstechnologien in allen Lebensbereichen Anfang der 70er Jahre entstand ein neuer Zusammenhang zwischen dem Bedarf, den Unternehmen an lohnarbeitenden Menschen haben, den allgemeinen Lebensweisen und der Art und Weise, wie wirtschaftliche Gewinne erzielt werden. Während die alten arbeitsintensiven Produktionsweisen erhalten blieben und zunehmend in Billiglohnländer ausgelagert wurden, entstand gleichzeitig eine neue Form der Massenproduktion.

Die konkreten Anforderungen an die Arbeitenden innerhalb des automatisierten Produktionsprozesses veränderten sich grundlegend: Die menschlichen Tätigkeiten beschränken sich auf Störungsregulation, Verbesserung der Prozesse und Präzisierung und Planung der Ziele. Wissenschaft und industrielle Produktion werden zunehmend ineinander verzahnt. Ehemals sichere Arbeitsplätze von Facharbeitern und Angestellten verschwinden nahezu vollständig aus der Produktion. Die Arbeitenden müssen die Fähigkeiten haben, selbständig und schnell über den richtigen Eingriff in den Produktionsablauf zu entscheiden. Geschehen diese Eingriffe z.B. bei Störfällen nicht, weil auf eine Anweisung von oben gewartet wird oder weil die Arbeitenden inkompetent sind, wird eventuell die ganze Produktion zerstört. Dabei ist die Art der Störung, in die eingegriffen werden muß, nicht vorhersehbar und verändert sich dauernd. Eingriffe müssen kollektiv geschehen, weil ein breites Fachwissen erforderlich ist.

Auch im Sinne einer profitorientierten Produktion, in der die Arbeitenden nicht selbst über die Ziele der Produktion entscheiden sollen, muß daher das Wissensgefälle zwischen Vorgesetzten und Arbeiten-

Mit wenig Arbeit hohe Produktivität — Foto: I. C. Hendel

den flacher werden und die Kooperationsfähigkeit der Arbeitenden steigen. Während die Fähigkeit und das Bedürfnis, Neues zu lernen, im Fordismus im krassen Widerspruch zu den monotonen Anforderungen des Arbeitsalltags standen, sind sie heute unerlässliche Grundlage für die meisten Tätigkeiten innerhalb der automatisierten Produktion. Solange die Arbeitenden mit den Unternehmenszielen übereinstimmen, haben sie bessere Möglichkeiten, ihre Persönlichkeiten zu entfalten. Lernfähigkeit, Kreativität, selbständiges Engagement und Kooperationsfähigkeit werden von Unternehmen gefördert und eingefordert. Für die Motivation der Arbeitenden muß erreicht werden, daß sie trotz dieser Fähigkeiten die Fremdbestimmung nicht erkennen oder akzeptieren.

Es ist wichtig, sich diese qualitativen Veränderungen innerhalb der Lohnarbeitsprozesse in der Produktion deutlich zu machen. Nur so wird deutlich, daß die Ausbeutung unter kapitalistischen Verhältnissen heute qualitativ anders funktioniert als vor 30 Jahren: Im Fordismus sollten die Arbeitenden innerhalb der Lohn- und Hausarbeit möglichst keine eigenen Ziele benennen. Alle emotionalen und sozialen Bedürfnisse, die über die extrem einseitige Belastung innerhalb fordistischer Produktion hinausgingen, wurden in den Privatbereich verbannt. Ihre Befriedigung innerhalb der Lohnarbeitsstrukturen einzufordern, schien damals den gesamten Kapitalismus infragezustellen. Heute werden selbst unsere selbstgesteckten Ziele, die wir mit viel Engagement verfolgen, und unser Bedürfnis nach Selbstverwirklichung so beeinflußt oder sollen es zumindest, daß sie mit den Zielen der Unternehmen übereinstimmen. Zugleich verstärkt sich auch für die subjektive Lage der einzelnen der Druck im Konkurrenzkampf, da die Arbeitsplätze knapper und soziale, kollektive Sicherungen abgebaut werden. In diesen erbitterten Konkurrenzkampf bringen sich die Arbeitenden nicht mehr nur mit einem klar abgegrenzten Teil ihrer Fähigkeiten, dem in einer Ausbildung erworbenen Fachwissen, sondern mit allen Ebenen ihrer Persönlichkeit ein.

Drinnen und Draußen

► Auch die makroökonomischen Zusammenhänge ändern sich: In automatisierten Prozessen wird sehr viel weniger menschliche Arbeitskraft für eine größere Produktion benötigt, und Arbeits- und Lohnverhältnisse werden »stark fragmentiert«. Die bislang als »Normalarbeitsverhältnis« bezeichnete lebenslange Vollzeittätigkeit verschwindet zunehmend. In Deutschland arbeiteten beispielsweise 1995 nur noch 17 % der erwerbstätigen Bevölkerung in solchen Jobs. Unter der herrschenden Politik spaltet sich die Gesellschaft in ein Drinnen und ein Draußen: Einige wenige arbeiten in relativ gut bezahlten und qualifizierten Jobs. Die überflüssigen Arbeitskräfte werden einerseits als Arbeitslose aus der Gesellschaft ausgegrenzt oder andererseits durch sogenannte »bad jobs« mit reduziertem Einkommensniveau und unter schlechten Bedingungen auf unterster Stufe in die Gesellschaft eingegliedert.

Für die Geschlechterverhältnisse bedeutet diese neue Spaltung der Gesellschaft, daß einige Frauen die Möglichkeit haben, Karriere zu machen, die ganz und gar herrschenden Normen entspricht. Dabei beruht die Befreiung dieser Frauen von den alten Weiblichkeitsbildern darauf, daß sie die Hausarbeit, wann immer sie wollen, in Form von bezahlten Dienstleistungen an andere delegieren können. Der komfortable Lebensstandard der wenigen gut Verdienenden wird erst dadurch ermöglicht, daß andere, meist Frauen, mit »bad-jobs« ihr Leben unter massiv einengenden ökonomischen Bedingungen leben müssen. Das Gros der Frauen dient weltweit auch innerhalb der Produktion immer noch als billige, gewerkschaftlich schlecht organisierte und daher ideale Arbeitskraft.

»Schlanke« Unternehmen haben unsichere Arbeitsverhältnisse zur Folge

Wenn im Rahmen der aktuellen Veränderungen von einer globalen »Dienstleistungsgesellschaft« die Rede ist, so hat dies verschiedene Hintergründe: Wesentlicher Wettbewerbsfaktor innerhalb der Produktionsprozesse ist die permanente Verbesserung der Verfahrens- und Steuerungsprozesse sowohl in der Produktion selbst als auch in der Verwaltung. Ebenso wie diese Dienstleistungen werden auch Arbeitsergebnisse anderer Branchen durch die neuen Kommunikationstechnologien weltweit ohne große Kosten transportierbar: Beispielsweise Produkt- und Architekturdesign, Medienproduktion, Finanzdienstleistungen, aber auch Datenverarbeitung. Während es bei uns Nacht ist, können in Asien vor allem Frauen die Buchungen von Kreditkartenfirmen, Banken und Fluglinien eintippen und meist Männer in Brasilien in wissenschaftlichen Labors die neuen Modelltypen von VW, die wenige Stunden zuvor noch in Deutschland bearbeitet wurden, weiterentwickeln.

Unternehmenspolitische Grundlage für die Zweiteilung ist das Konzept der »lean-production«: Die Fabriken und Unternehmen werden reduziert auf sogenannte Kernbereiche, d.h. möglichst viele Unternehmens- bzw. Produktionsbereiche werden entweder in inländische Zulieferbetriebe oder ins Ausland verlagert. Dabei finden sich auch diese Kernfabriken zunehmend in sogenannten Entwicklungsländern.[2] Die aus den »schlanken« Unternehmen ausgelagerten Arbeitsplätze sind extrem unsichere Arbeitsverhältnisse: Sie sind schlecht bezahlt, lediglich am wechselnden Bedarf der Unternehmen orientiert, weder arbeitsrechtlich noch sozial abgesichert. Meist reichen diese Jobs auch bei Vollzeit nicht aus, um den vollen Lebensunterhalt zu verdienen. Insbesondere Frauen mit Kindern sind trotzdem oft auf sie angewiesen.

Diese Auslagerung ist auch Grundlage für das neue Phänomen der massenhaften Selbständigkeit, die staatlich gefördert wird. Die Situation dieser neuen Selbständigen ist widersprüchlich: Meist sind sie abhängig von ihrem Kreditgeber. Sie müssen sich vollständig auf eigene Kosten kranken- und rentenversichern, haben im Krankheitsfall oder bei schlechter Auftragslage oder steigender Konkurrenz unplanbare Einkommensverluste. Trotz dieser Nachteile ist es verständlich, wenn viele Menschen in dieser Art der Lohnarbeit eine Chance zur Weiterentwicklung sehen: Oft können sie damit eine Tätigkeit ausüben und zumindest teilweise zum Verdienst ihres Lebensunterhalts nutzen, die ihnen Spaß bringt. Zudem sind sie frei von den Vorschriften von Vorgesetzten und anderen Arbeitsanweisungen und können sich ihre Tätigkeit wesentlich freier gestalten als jene, die in Betrieben arbeiten.

Neue reale Freiheiten, partielle Selbstverwirklichung und gutes Einkommen innerhalb der Lohnarbeit zu finden, gehen eine enge Verbindung ein mit der Ideologie, wir könnten doch alle, wenn wir nur richtig wollten, ganz oben sein. Armut wird infolgedessen meist als individuelles Versagen verarbeitet und auch bei anderen so betrachtet. Linke Theorie und Praxis muß aufzeigen, daß trotz größerer individueller Chancen einiger weniger die gesamte Struktur darauf angelegt ist, daß der Großteil der Menschen in Armut lebt. Für einen widerständigen Eingriff in die gesellschaftlichen Veränderungen bedarf es einer Solidarität zwischen allen Arbeitenden und Arbeitslosen.

Anmerkungen:

Ich bedanke mich bei Susanne Wiese und Kirsten Wendt für die Mitarbeit an diesem Artikel.

1 Unter Automation verstehe ich hier die möglichst weitgehende Ersetzung menschlicher geistiger Tätigkeiten durch Maschinen.

2 Ausschlaggebend für die Standortwahl auch dieser Kernfabriken sind solche Faktoren, die durch entsprechende Politik herstellbar sind: Wissenschaft und Forschung, materielle und immaterielle Infrastruktur, aber auch gute Netzwerke zwischen Industrie, Politik, Wissenschaft und anderen Institutionen. Ideale Standorte sind zwar immer noch vorrangig in den Industriestaaten zu finden, nehmen aber auch in sogenannten Entwicklungsländern zu.

► **Iris Nowak** ist Diplom-Sozialwirtin und Studentin der Sozialökonomie. Ihr Themenschwerpunkt ist Neoliberalismus und seine Auswirkungen auf den Alltag, insbesondere auch auf lesbische Subkulturen.

Nichts ist unmöglich

Der informelle Sektor und die Renaissance der Ungesichertheit im Zeitalter der Globalisierung

Foto: I. C. Hendel

von **Christof Parnreiter**

Der informelle Sektor galt lange Zeit als Synonym der Unterentwicklung und wurde vor allem in den großen Städten Lateinamerikas und Afrikas ausgemacht. Seine Entstehung wird als Folge ungenügender Industrialisierung und als Antwort der Armen auf den Mangel an Jobs interpretiert. Folglich wurde die 'Wirtschaft der Marginalisierten' als eigener Bereich angesehen, der mit der formellen Wirtschaft kaum verbunden ist. Allerdings verkennt diese Sicht der Dinge, daß zwischen dem formellen und informellen Sektor enge und strukturelle Verbindungen bestehen. Und dies nicht nur in der Peripherie, sondern auch in den entwickelten Industriestaaten.

► Der informelle Sektor kann als jener Bereich der Wirtschaft definiert werden, in dem an sich legale wirtschaftliche Aktivitäten gesellschaftlich nicht reguliert werden, obwohl vergleichbare Tätigkeiten gewöhnlich geregelt sind. 'Informell' bezeichnet damit eine bestimmte Form der Nutzung von Arbeitskraft, und zwar jene, die durch das Fehlen staatlich abgesicherter Standards bezüglich Sozialleistungen, Löhnen, Arbeitsrecht und- verpflichtungen etc. charakterisiert ist.

Mit der Verallgemeinerung der Lohnarbeit kam es während des 'Fordismus' zu einer deutlichen Zurückdrängung informeller Kapital-Arbeit-Beziehungen. In den Zentren der Weltwirtschaft setzten sich geregelte Arbeitsverhältnisse und Sozialleistungen durch, und selbst in der Semiperipherie und der Peripherie konnten Teile der Arbeitskraft in formalisierte Arbeitsbeziehungen aufsteigen. Diese Entwicklung ist nicht nur den sozialen und politischen Kämpfen der Arbeiterbewegung geschuldet, sondern war in der Zeit des 'Fordismus' für das kapitalistische System insgesamt von Nutzen. Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, daß un- und unterbezahlte sowie ungesicherte Arbeitsverhältnisse keineswegs eliminiert wurden. Unbezahlte Hausarbeit, Subsistenzwirtschaft, kleine Warenproduktion und unregulierte Lohnarbeit blieben nicht nur immer bestehen, sie bildeten weltweit immer auch die Mehrheit aller Arbeitsverhältnisse.

Der Trend zur Formalisierung war weder umfassend noch immerwährend. Schon in den 70er Jahren setzte eine Gegenbewegung ein, die bis heute zu einer Zunahme irregulärer Beschäftigungsverhältnisse und der Expansion des informellen Sektors auch in den Zentren sorgte. Der Hintergrund für diesen backlash ist in der Krise des 'fordistischen' Akkumulationsmodells zu suchen. Arbeit war in den Zentren zu teuer und zu unflexibel für die neuen Anforderungen geworden. Als Antwort auf die Profitkrise begannen Unternehmen und dann Staaten, eine umfassende Reorganisation der Produktion und eine Neugestaltung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit einzuleiten. Dazu werden erstens transnationale Produktions-, Beschaffungs- und Vermarktungsstrukturen aufgebaut. Ist die Internationalisierung von wirtschaftlichen Aktivitäten historisch auch keineswegs neu, so liegt das Spezifikum der aktuellen Globalisierung darin, daß die mächtigsten wirtschaftlichen Akteure tatsächlich transnational (und nicht multinational) geworden sind. Zweitens begannen Unternehmen in den USA und Westeuropa, die japanischen Zugewinne an Produktivität durch eine Umorganisation des Produktionsablaufs und den

Einsatz neuer Technologien nachzuvollziehen. Die standardisierte Massenerzeugung wird abgelöst durch ein neues industrielles Paradigma, das Flexibilität und Dezentralisierung forciert, ohne den Output zu verringern. Eine dritte Strategie der Kapitaleigner, mit der Krise der Verwertung umzugehen, war es, neue, nicht-industrielle Investitionsfelder zu finden. Die Finanzmärkte expandierten explosionsartig und wurden zugleich global integriert.

Die Zunahme informeller Arbeitsverhältnisse stellt eine Facette der globalen Umbrüche dar. Sie steht im Zusammenhang mit der Modernisierung des kapitalistischen Systems. Das Ziel von Unternehmen und Staaten lautet nun, die Flexibilität und Kontrollierbarkeit der Produktion zu erhöhen und gleichzeitig ihre Kosten zu senken. Im Mittelpunkt der gegenwärtigen ökonomischen und sozialpolitischen Transformation steht die Neugestaltung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit. Nach Jahrzehnten der Regulierung dieser Beziehung ist nun der »Abschied vom Proletariat« (Gorz) angesagt, um in den Zentren der entwickelten Länder wieder verstärkt Zugriff auf periphere und informelle Arbeitsmärkte, also auf ungeschützte und unterbezahlte Arbeitskräfte, zu bekommen. In der Folge sollen drei Entwicklungen, denen ein besonderer Anteil am Wachstum des informellen Sektors zukommt, beschrieben werden: die Expansion der Dienstleistungen, die globale Integration von Produktionsstandorten und die Herausbildung eines neuen industriellen Paradigmas.

Dienstleistungen und Informalitäten

► Der sogenannte 'tertiäre Sektor' gilt weltweit als der Wachstumssektor schlechthin. Sowohl die Zunahme 'traditioneller' Dienstleistungen als auch der Boom der produktionsbezogenen Dienste (finanz- und versicherungswirtschaftliche, Immobilien, juristische, administrative, Kommunikations-, Management-, Entwicklungs-, Personal-, Lagerhaltungs-, Planungs- und Werbungsdienste) tragen zur Expansion des informellen Sektors bei.

Erstens bieten sich Selbständigen im Bereich der Finanz-, Versicherungs- und Wirtschaftsdienste oder der Immobilienbranche besondere Möglichkeiten, ihre Aktivitäten an staatlichen Regulierungen vorbei durchzuführen. Steuerhinterziehung etwa stellt einen wichtigen Aspekt von Informalität dar, auch wenn die Berufsgruppen, die besonders dazu neigen, nicht dem klassischen Bild des informellen Sektors entsprechen.

Zweitens trägt die Expansion des Dienstleistungssektors zur Ausweitung des informellen Sektors bei, weil vor allem die 'niederen Dienste' (Handel, Reinigung, Gastronomie) arbeits- und damit (potentiell) lohnintensiv, aber nicht in Niedriglohnregionen auslagerbar sind. Zudem verlangen sie eine hohe Zeitflexibilität und oft auch Nacht- oder Wochenendarbeit, was im Rahmen 'fordistischer' Regulierungen zusätzlich teuer käme.

Drittens fördern produktionsbezogene Dienstleistungen die Zunahme des informellen Sektors über ihre Einbettung in eine zunehmend polarisierte (urbane) Sozialstruktur. Die wirtschaftlichen Veränderungen führen zu einer immer ungleicher werdenden Einkommensverteilung, weil die Dienstleistungsökonomie relativ wenige durchschnittliche Löhne, aber sehr viele unterdurchschnittliche und ziemlich viele überdurchschnittliche bezahlt. In New York etwa kann ein Drittel der Bevölkerung zur Oberschicht gezählt werden, die nicht mehr auf standardisierte und relativ billige Güter reflektiert, sondern auf Luxus wert legt. Diese neue Konsumkultur kann oft nur über Niedriglohnjobs ermöglicht und befriedigt werden, die zwar nicht informell sein müssen, es aber in vielen Fällen sind.

Globale Produktionsnetze und Informalisierung

► Im Bereich der industriellen Produktion lagern immer mehr Unternehmen Teile der Produktion in den informellen Sektor aus bzw. ersetzen sie durch Zulieferungen von dort. Im ersten Fall werden informelle Arbeitskräfte direkt beschäftigt, im zweiten vermitteln Subunternehmer zwischen der Firma im formellen und den Arbeitskräften im informellen Sektor. Angestrebt wird, die Stammbelegschaften auf ein Minimum zu reduzieren und darum herum einen Kranz instabiler, irregulärer, diskontinuierlicher, flexibler und billiger Beschäftigungsverhältnisse aufzubauen.

Eine intensive Inanspruchnahme ungeschützter Arbeitsverhältnisse im informellen Sektor durch Unternehmen der formellen Ökonomie ist vor allem für Lateinamerika dokumentiert worden. Dieses Phänomen ist aber keineswegs auf die Peripherie beschränkt. Wenn etwa in den Slums von Santo Domingo Schmuck für die Touristenmärkte hergestellt wird, dann reicht die Kette des Wertetransfers bis in die Zentren. Internationale Produktionsketten, die im informellen Sektor ihren Ausgang nehmen, wurden auch in der Schuhindustrie, in der Erzeugung von Elektrogeräten und in der Bekleidungsindustrie nachgewiesen.

Schließlich ist Informalisierung auch in den Industriestaaten selbst anzutreffen. Um wieder New York als Beispiel zu bemühen: In der dortigen Bekleidungsindustrie geschehen 80% der Produktion informell, das Geschäft der Innenausstatter ist vollständig informalisiert, und Computerläden im Herzen Manhattens beziehen ihre Ersatzteile zu 70% aus dem informellen Sektor. Informalisierung bietet in den Zentren der Weltwirtschaft eine Alternative bzw. eine Ergänzung zur Auslagerung arbeits- und lohnintensiver Produktionsbereiche in die Peripherie. Vor allem in Branchen, die flexibel auf Marktentwicklungen reagieren müssen, ermöglicht das Zurückgreifen auf den informellen Sektor, Arbeitskosten und Preise niedrig zu halten und doch unmittelbar auf Marktsignale reagieren zu können. Modetrends etwa entwickeln sich gerade in großen Städten sehr schnell und sehr mannigfaltig, was Präsenz zu einem entscheidenden Standortvorteil macht. »You can't describe a color over the phone«, begründet ein New Yorker Bekleidungsproduzent seine Standortwahl.

You can't describe a color over the phone

Informalisierung und das neue industrielle Paradigma

► Das Anwachsen ungeregelter Kapital-Arbeit-Beziehungen in den Zentren hat eine weitere Ursache: die Herausbildung eines neuen industriellen Paradigmas. Mit dem »Ende der Massenproduktion« kommt es zu einem Wiederaufleben des Handwerks, allerdings auf einer technologisch hochentwickelten Ebene. Neue Technologien ermöglichen es, Flexibilität und nicht-standardisierte Produktion mit niedrigen Kosten zu verbinden. In dieser 'flexiblen Spezialisierung' treten an die Stelle der zentralisierten und genormten Massenproduktion kleinere, dezentrale Einheiten, die auf Marktveränderungen anpassungsfähig reagieren und auch kleinere Serien zu vertretbaren Preisen herstellen können. Für diese Strategie permanenter Innovation müssen Technologie wie Arbeitskräfte anpassungsfähig und vielseitig verwendbar sein (vgl. am Beispiel der Region Oberitalien iz3w 222 »Region der Ellenbogen«).

Eine andere Bezeichnung für die Veränderungen des industriellen Paradigmas lautet 'Lean Production'. Damit ist ebenfalls eine Kombination von handwerklicher und Massenproduktion gemeint, in der durch den Einsatz hochflexibler, zunehmend automatisierter und computergesteuerter Maschinen und Teams vielseitig ausgebildeter und einsetzbarer Arbeitskräfte die hohen Kosten der handwerklichen und die Starrheit der Massenproduktion vermieden und große Produktmengen in enormer Vielfalt hergestellt werden können. Durch die Optimierung der Organisation kommt die 'Lean Production' mit weniger Personal aus, braucht weniger Produktionsfläche und weniger Investitionen in Maschinenparks, und sie benötigt weniger Zeit, um Produkte auf den Markt zu bringen. Anders als die 'flexible Spezialisierung' hat die 'Lean Production' allerdings ein großes Unternehmen im Mittelpunkt, um das herum ein Kranz kleiner Zulieferbetriebe aufgebaut ist. Als Vorreiter gelten Japan und insbesondere der Toyotakonzern.

Die qualifikatorische Aufwertung stellt jedoch nur eine Seite des Flexibilisierungsprozesses dar. Die andere Seite tritt dort zu Tage, wo das neue industrielle Paradigma

einen flexibleren Einsatz von Mensch und Maschine nach sich zieht. Ein flexiblerer Einsatz des Menschen meint aber nichts anderes, als daß die Arbeitskraft anpassungsfähiger werden muß – an die Schwankungen des Marktes, an die Erfordernisse einer möglichst kostensparenden Produktionsorganisation und an die Bedingungen der Maschinerie. Tatsächlich sind ja sowohl die 'flexible Spezialisierung' als auch die 'Lean Production' unter anderem als Reaktion auf die 'Starrheiten' des fordistischen Systems und auf die Macht der organisierten Gewerkschaften entstanden. In Oberitalien wurde der erste Schritt zur Dezentralisierung der Produktion von großen Unternehmen in Antwort auf die militanten Bewegungen der Arbeiter getan, und in Japan reagierte Toyota mit der Flexibilisierung der Produktion nicht nur auf die Enge des Binnenmarktes, sondern auch auf einen Machtgewinn der Gewerkschaften.

Die industrielle Neuorientierung und der sie erst möglich machende massive Einsatz neuer Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten führen zu einer Fragmentierung des Arbeitsprozesses und zu zunehmenden Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt. Eine qualifikationsmäßige Aufwertung einer substanziellen Zahl von Jobs ist von der Abwertung einer nicht minder großen Anzahl von Arbeitsplätzen und ihrer Zersplitterung in Teilzeit- und Gelegenheitsarbeit bzw. in befristete Arbeitsverhältnisse begleitet. 'Flexible Spezialisierung' und 'Lean Production' sind damit auch Wegbereiter der Informalisierung der Arbeitsbeziehungen in den Zentren. Einerseits schafft die Dezentralisierung gute Voraussetzungen, halbautonome Einheiten von Subunternehmern ganz oder teilweise zu informalisieren, und andererseits passen informelle Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit bestens in Systeme dezentralisierter und flexibilisierter Produktion. Der informelle Sektor ist damit ein ausgezeichnetes Milieu für die industrielle Restrukturierung.

Offensive gegen die Arbeitenden

▶ Blicken wir abschließend dem Kern des Phänomens ins Auge: Informalität bedeutet, daß – ähnlich der Aneignung unbezahlter Hausarbeit, der Beschäftigung von ImmigrantInnen oder der Ausbeutung von Arbeit in Weltmarktfabriken – Arbeitskräfte in den Akkumulationsprozeß eingegliedert werden, ohne daß sie wie Lohnarbeiter in den Zentren bezahlt werden. Die Renaissance der informellen Ökonomie in den Zentren ist damit als ein Teil und ein Ergebnis einer Offensive gegen die organisierte Arbeiterklasse und gegen die Arbeitenden ganz allgemein zu verstehen. Daß bei diesem Angriff auf scheinbar vorkapitalistische Produktionsweisen zurückgegriffen wird, die sich (derzeit) am Rande oder außerhalb des Rechtes befinden, verleiht der gegenwärtigen informellen Ökonomie ihren spezifischen Charakter.

Das Besondere an der jetzigen Situation ist, daß die Bestrebungen zur Entproletarisierung in einer Zeit erfolgen, in der die überwiegende Zahl der Haushalte in Städten lebt und bereits weitgehend marktabhängig ist. Damit wird der städtische informelle Sektor zu einem besonders wichtigen Milieu, in dem die Rückverwandlung von proletarischen in halbproletarische Haushalte stattfindet. Er ist erstens jener Bereich, in dem beispielsweise über die informelle Beschaffung von Wohnraum oder die Ausweitung der Selbstversorgung mit Gütern und Dienstleistungen ein gewisses Maß an Eigenversorgung möglich ist. Dadurch werden entweder Einkommenseinbußen oder aber zurückgehende Leistungen durch den Wohlfahrtsstaat ausgeglichen. Zweitens bietet der informelle Sektor Arbeitskräften, die einen formellen Arbeitsplatz verlieren bzw. keinen finden, die Möglichkeit, Lohnarbeit zu schlechteren Bedingungen zu verrichten oder ein informelles Unternehmen zu etablieren. Im ersten Fall wird das Haushaltseinkommen sinken, im zweiten eventuell sogar steigen. Entscheidend ist aber, daß in beiden Fällen der Anteil eines formellen Lohnes sinkt, und daß in beiden Fällen die alternative Einkommensquelle aus der Informalität stammt. Drittens erlaubt der informelle Sektor Entproletarisierung, indem Güter und Dienstleistungen dort billiger erzeugt werden, Haushalte also das (partielle) Wegfallen von Lohneinkommen durch geringere Konsumausgaben kompensieren können.

Letztlich begünstigt die Informalität die Schaffung von halbproletarischen Haushalten, weil ein Überleben ob der niedrigen Einkommen, die aus Lohnarbeit im informellen Sektor zu erzielen sind, nicht möglich ist, und deshalb zusätzlich Einkommens- bzw. Überlebensquellen erschlossen werden müssen. In manchen Regionen der Welt können diese aus landwirtschaftlicher Selbstversorgung oder Marktproduktion stammen, was häufig mit der regelmäßigen Wanderung zwischen Stadt und Land sowie, daraus resultierend, mit der Zunahme multilokaler Haushalte verbunden ist. In anderen Regionen der Peripherie und in den Zentren bleibt diese Möglichkeit aber weitgehend verschlossen bzw. schrumpft drastisch. Zusätzliche Einkommen können Haushalte in solchen Fällen dann nur über staatliche Transferleistungen oder – angesichts eines massiven Abbaus des Sozialstaates in fast allen Ländern – über die Ausweitung ihrer informellen Marktaktivitäten gewinnen. In den meisten Fällen bedeutet dies, daß die Zahl der Haushaltsmitglieder, die in den informellen Arbeitsmarkt entsandt werden, ebenso zunimmt wie die Tendenz zur Verarmung.

In-Formelle Verflechtung — Foto: I. C. Hendel

▶ *Dies ist die stark gekürzte Fassung des Beitrags von Christof Parnreiter im gerade bei Brandes & Apsel / Südwind erschienenen Buch* ***Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft*** *(Historische Sozialkunde 11), Frankfurt a.M., 1997.*

Die McJob-Maschine

Das Beschäftigungswunder in den USA

von **Michael Hahn**

Immer deutlicher tritt derzeit zutage, daß Massenarbeitslosigkeit zum Normalzustand der Marktwirtschaft gehört. Verbal wehren sich aber noch alle gegen dieses »Krisenphänomen«. Dabei sind sich Meinungsmacher und Entscheidungsträger vom »Spiegel« über Roman Herzog bis zum DGB-Chef Schulte offenbar darüber einig, daß die Massenarbeitslosigkeit nur mit Lohnverzicht und Flexibilisierung zu bekämpfen ist. Als Vorbild der Deregulierungspolitik werden oft die USA gepriesen, wo sich eine »gigantische Jobmaschine« in Gang gesetzt habe. Was ist dran am nordamerikanischen »Beschäftigungswunder«?

► In einer Titelgeschichte beschrieb der »Spiegel« (21.4.97) vor kurzem die Leitidee des US-Neoliberalismus: »Lieber einen Billigjob als gar keinen Job lautet der Grundsatz, konsequent drückten sie die Lohnkosten nach unten. Das Ergebnis ist ein neuer Kapitalismus: schneller, rauher und oftmals herzloser – aber eben effizient und erfolgreich.« Die Zahlen vom US-Arbeitsmarkt sind in der Tat beeindruckend: Seit dem Ende der letzten Rezession vor fünf Jahren sind in den USA jedes Jahr rund zwei Millionen zusätzliche Jobs entstanden. Die offizielle Arbeitslosenquote ist mittlerweile unter fünf Prozent gesunken und ist damit weniger als halb so hoch wie in der BRD.

Allerdings lassen sich deutsche und US-amerikanische Arbeitslosenzahlen nur schwer direkt vergleichen. So gilt in der US-Statistik schon eine Beschäftigung mit nur einer Wochenstunde als »Arbeitsstelle«. Nach verschiedenen Schätzungen ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit in den USA (einschließlich derer, die die Jobsuche aufgegeben haben, und derjenigen, die nur einen Teilzeitjob haben, obwohl sie Vollzeit arbeiten wollen) mindestens doppelt so hoch wie die amtlichen Zahlen – derzeit also rund zehn Prozent. Aber auch in der BRD ist die reale Arbeitslosigkeit ja deutlich höher als offiziell angegeben.

Wenn wir schon beim Vergleichen sind: Bemerkenswerterweise wird bei allen Lobhudeleien über die US-Ökonomie ein Sachverhalt so gut wie nie erwähnt: Die US-Bevölkerung wächst jedes Jahr um rund 2,5 Millionen Menschen – während die Bevölkerungszahl in der BRD unverändert bleibt. Etwa ein Drittel des US-Bevölkerungswachstums beruht auf Immigration, der Rest auf einem satten Geburtenüberschuß. Seit 1980 ist die US-Bevölkerung um rund 40 Millionen Menschen gewachsen (auf heute 265 Millionen). Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 25 Millionen (auf 128 Millionen). Ein stattlicher Teil der neuen Jobs dürfte schlicht auf die erhöhte Nachfrage durch die zusätzlichen US-AmerikanerInnen zurückzuführen sein. Es liegt auf der Hand, daß 2,5 Millionen zusätzliche Menschen pro Jahr auch zusätzliche Arbeitsplätze nach sich ziehen – von der Windelproduktion bis zu den Friedhofsverwaltungen. Andersherum: Ohne Zuwanderung und Kinderreichtum wäre das US-»Job-Wunder« wohl nur ein »Wünderchen«.

Die vielgepriesene »Flexibilität« des US-Arbeitsmarktes ist Ausdruck eines gigantischen Umstrukturierungsprozesses. So wurden zwischen 1979 und 1996 brutto rund 70 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, gleichzeitig aber auch 43 Millionen vernichtet. Massenentlassungen sind inzwischen zu einer fast schon alltäglichen Unternehmensstrategie geworden – erleichtert durch den äußerst mickrigen Kündigungsschutz in den USA. Einige Beispiele: Der Telefonkonzern AT&T strich in den vergangenen vier Jahren (also mitten im allgemeinen Boom!) 123.000 Stellen, IBM 122.000, General Motors knapp 100.000 und Boeing 61.000 Stellen (taz 17.5.96). Insgesamt haben die 500 größten US-Firmen rund vier Millionen Arbeitsplätze abgebaut – und ihre Gewinne und Aktienkurse damit auf immer neue Rekordhöhen getrieben.

Während die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in den USA von 1980 bis 1993 um 22 Prozent wuchs, betrug der Anstieg bei Dienstleistungen 35 Prozent. Besonders hoch (70 Prozent) war die Zunahme bei den Jobs, die in der Statistik »sonstige Dienstleistungen« genannt werden: Gesundheitswesen, Bewachung, Reinigung, soziale Dienste, Hotel- und Gaststätten – in der Regel nicht gerade die Stellen mit Spitzeneinkommen. Diese Branchen zeichnen sich auch durch einen besonders hohen Anteil an ungesicherten (Teilzeit-)Jobs aus. Deswegen machte im letztjährigen Präsidentschafts-Wahlkampf folgender Witz die Runde: Als Clinton sich mit den acht Millionen neuen Jobs während seiner Amtszeit brüstete, sei eine Frau aufgestanden und habe ihm entgegnet: »Ja, und ich habe drei davon!«

Allerdings sind nicht alle der neuen Stellen schlechtbezahlte Teilzeit-Jobs, wie es

noch in den 80er Jahren weitgehend der Fall war. Wenn mensch den offiziellen Statistiken glauben mag, dann gibt es heute eine »zweigipflige« Verteilung: Neue Stellen entstehen sowohl ganz unten (schlechtbezahlte Dienstleistungsjobs wie Schuhputzer oder Hamburger-Verkäuferin, auch »McJobs« genannt) als auch »oben« (hochqualifizierte »white collar«-Berufe vor allem im Finanz- und EDV-Bereich [1]).

Über die Bezahlung der neuen Arbeitsstellen sind jedoch kaum brauchbare Zahlen zu finden. So heißt es in einer Studie des US-Arbeitsministeriums: »68 Prozent des Nettozuwachses bei der Vollzeitbeschäftigung ... entfielen auf Industriezweige/Berufsgruppen mit über dem mittleren Einkommen liegenden Löhnen und Gehältern«. Wie die neuen Stellen tatsächlich bezahlt werden, geht daraus nicht hervor. Denkbar ist, daß es sich nur um schlecht entlohnte Büroboten in hochdotierten Investmentfirmen handelt. Aber das machte der »Spiegel« aus der genannten Zahl: »Nach Berechnungen des US-Arbeitsministeriums sind sogar 70 Prozent der Neuangestellten besser bezahlte Manager, Facharbeiter oder Spezialisten.«

Die Zahlen über angeblich geschaffene Hochlohn-Jobs wären erst dann aussagekräftig, wenn mensch wüßte, welche Stellen die Neueingestellten denn vorher verloren hatten. Die bereits zitierte Studie des US-Arbeitsministeriums deutet nur zaghaft an, daß »die Entlassungsquote bei besser ausgebildeten Arbeitnehmern gestiegen ist«.

Die »Working Poor«

► Die USA gehören zu den wenigen Industrienationen, die eine amtliche Armutsstatistik führen. Danach ist die Zahl der Armen in den vergangenen 25 Jahren fast kontinuierlich angestiegen und erreichte 1994 fast 40 Millionen (über 14 Prozent der Gesamtbevölkerung). Seither gab es einen leichten Rückgang. Zur Zeit liegt die amtliche Armutsgrenze für einen Vier-Personen-Haushalt bei einem Einkommen von knapp 16.000 Dollar im Jahr (umgerechnet 2.300 Mark im Monat).

Von einem »sozialen Netz« kann in den USA kaum die Rede sein, vor allem seit der »Wohlfahrtsreform« von 1996. Damit wurden mehrere wichtige gesamtstaatliche Sozialhilfeprogramme abgeschafft bzw. zu sehr viel schlechteren Bedingungen auf die einzelnen Bundesstaaten übertragen. Wegen der strengen Bewilligungskriterien bekommen viele Arme überhaupt keine Sozialleistungen. 1992 gingen 27 Prozent aller »offiziellen« Armen leer aus; mit der »Welfare Reform« wird diese Zahl mit Sicherheit dramatisch ansteigen.

Das einzige Sozialprogramm, das unter Clinton erweitert worden ist, ist der sogenannte Earned Income Tax Credit (EITC). Mit dieser negativen Einkommenssteuer werden niedrige Löhne subventioniert. Dies kommt der wachsenden Zahl der sogenannten »working poor« zugute – Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit unter der amtlichen Armutsgrenze bleiben. Rund ein Fünftel aller Armen gehört zu den »working poor«. Andere verdienen kaum mehr als die amtliche Armutsschwelle.

Denn der gesetzliche Mindestlohn (4,75 Dollar pro Stunde) ist so niedrig angesetzt, daß davon niemand eine Familie ernähren kann. 50 Vollzeit-Arbeitswochen im Jahr zum Mindestlohn ergeben knapp 10.000 Dollar – 60 Prozent der offiziellen Armutsschwelle für eine vierköpfige Familie. In einem solchen Fall wird der Stundenlohn per EITC auf rund sieben Dollar angehoben – nach der Steuererklärung. Was auf den ersten Blick wie eine sozial gerechte Steuerpolitik aussieht, ist in Wirklichkeit eine gigantische Subvention von Firmen, die nur Hungerlöhne zahlen. Viele davon (z.B. Fast-Food- und Einzelhandels-Ketten) scheffeln riesige Profite. Ohne den EITC dürfte es diesen Unternehmen erheblich schwerer fallen, ihre Niedriglohn-Stellen zu besetzen.

Die Verschlankung der Nebenleistungen

► Ein Vorteil des US-Arbeitsmarktes ist es, daß Erwerbslose offenbar relativ schnell eine neue Stelle finden. Während 1991 der Anteil der Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr erwerbslos) an allen Arbeitslosen in der BRD 45,5 Prozent betrug, waren es in den USA nur 6,3 Prozent. Allerdings sind in den USA viele Erwerbslose auch gezwungen, möglichst rasch wieder eine, irgendeine, Arbeit anzunehmen, weil sie kein Arbeitslosengeld erhalten – oder nur für kurze Zeit.

Maximal gibt es sechs Monate lang Arbeitslosengeld (meistens rund 50 Prozent des letzten Nettolohns, in manchen Bundesstaaten aber auch sehr viel weniger). Weil die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld ständig verschärft werden, erhält nur eine Minderheit aller Erwerbslosen überhaupt irgendwelche Zahlungen: In den 70er Jahren waren es über 40 Prozent, 1988 nur noch 31 Prozent; inzwischen dürften es noch weniger sein. Der Rest bekommt eventuell Armenfürsorge und Lebensmittelmarken – oder ist auf die Hilfe von Verwandten oder Bekannten angewiesen.

In den 80er Jahren waren vor allem »blue-collar«-IndustriearbeiterInnen von Entlassungen betroffen. Seit der letzten Rezession zu Beginn der 90er Jahre werden nun verstärkt »white-collar«-Angestellte gefeuert. Durch Unternehmensfusionen und das berüchtigte »Downsizing« (Verschlankung) kam es bei vielen Großfirmen zu Massenentlassungen – gerade auch bei qualifizierten TechnikerInnen und beim mittleren Management.

Viele der Entlassenen haben in der Zwischenzeit neue Stellen bei kleineren Zulieferbetrieben gefunden. So zitiert das US-Arbeitsministerium aus einer Studie, wonach »der reale Einkommensverlust für aus einer Ganztagsstelle Entlassene und wieder auf einer Ganztagsstelle Beschäftigte ... im Durchschnitt bei zehn Prozent lag«. Auch das »Handelsblatt« (29.12.95) stellt fest: »Viele hochdotierte Jobs ... wurden auf kleine, meist nicht (gewerkschaftlich) organisierte Firmen übertragen, die geringere Löhne und Nebenleistungen zahlen.« Besonders bei den Nebenleistungen müssen manche schwere Einbußen hinnehmen, weil in den USA sowohl die Krankenversicherung als auch ein guter Teil der Altersvorsorge betrieblich organisiert sind und die Beschäftigten bei einem Firmenwechsel ihre Ansprüche verlieren.

Mehr Arbeit für weniger Lohn...

► Ein auffallender Unterschied zur BRD ist die viel größere Zahl von Niedriglohn-Arbeitsplätzen in den USA. Die gibt es übrigens nicht nur im Dienstleistungssektor. Auch in der US-Industrie breiten sich niedrige Löhne aus – und nicht nur in der Textilbranche mit ihren berüchtigten »sweatshops«. Die durchschnittlichen Reallöhne sind seit 1973 fast kontinuierlich gesunken. Am meisten haben die unteren Einkommensgruppen verloren (bis zu einem Viertel der Kaufkraft). Nur das oberste Fünftel hat zugelegt. Dies führt zu einer immer ungleicheren Verteilung der Einkommen und erst recht der Vermögen. So betrug der Anteil des gesamten Volksvermögens, der auf das reichste Prozent aller Haushalte entfiel, 1979 noch 22 Prozent. 1992 waren es 42 Prozent (der höchste Wert seit dem Zweiten Weltkrieg) mit weiter steigender Tendenz.

Der Rückgang der Reallöhne wird in vielen Statistiken dadurch verschleiert, daß nur die Entwicklung der mittleren bzw. durchschnittlichen Familieneinkommen ausgewiesen wird. Diese Einkommen sind in den vergangenen 25 Jahren leicht gestiegen – erkauft durch eine spürbare Verlängerung der Arbeitszeit. Während in den meisten europäischen Ländern die durchschnittliche Wochenarbeitszeit gesunken ist, arbeiten die AmerikanerInnen immer länger und haben immer weniger Urlaub oder andere bezahlte Freischichten.

In den vergangenen zwei Jahren kam der Verfall bei den unteren Einkommensgruppen zum Stillstand – bei manchen gab es sogar wieder einen leichten Anstieg. Diese Entwicklung wird als Beweis dafür gepriesen, daß das »Job-Wunder« nun endlich auch den

Armen zugute käme. Vergessen wird dabei, daß diese minimale Verbesserung nicht etwa den »Kräften des Marktes« zu verdanken ist, sondern einer staatlichen Intervention: der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns im Sommer 1996.

Trotzdem, stellt die FAZ (2.5.97) fest, gibt es auch bei sinkender Arbeitslosigkeit »noch immer keinen beängstigenden Lohnkostendruck«. Aber diese Angst scheint dem US-Kapital dennoch im Nacken zu sitzen. Bei jeder Erfolgsmeldung vom Arbeitsmarkt sacken die Aktienkurse ab. WirtschaftswissenschaftlerInnen debattieren darüber, welche Arbeitslosenquote auf keinen Fall unterschritten werden sollte. Im Notfall tritt die US-Zentralbank auf den Plan. So beschreibt die IHT (3.5.97) die Meinung der Zentralbankrats-Mitglieder über die aktuelle Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent: »Sie denken, daß diese Zahl die Vollbeschäftigung übertrifft, und sie werden wahrscheinlich Maßnahmen als Antwort auf diese Zahl ergreifen.«

Die linksliberale Wochenzeitschrift »The Nation« kommentiert (28.4.97): »Nachrichten von mäßigem Wachstum und Beschäftigungsanstieg veranlaßten die Zentralbank, die Zinsen anzuheben, um die Wirtschaft zu bremsen. Obwohl es keinerlei Anzeichen für eine Inflation gibt, kündigte Zentralbank-Chef Alan Greenspan präventive Schritte an... Sobald es so aussieht, als ob irgendwo irgendjemand eine Lohnerhöhung bekommt (außer Managern und Spekulanten), dann greift die Zentralbank ein und zerstampft diese Bedrohung.«

... oder Zwangsarbeit

► Die zu Jahresbeginn in Kraft getretene »welfare reform« (s. Kasten) führt aller Voraussicht nach zu einem weiteren Absinken im Niedriglohnbereich. Denn mit dem neuen Gesetz werden viele WohlfahrtsempfängerInnen zur Zwangsarbeit (»workfare«) verpflichtet – oft sogar noch unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit 4,75 Dollar in der Stunde. Dies wird die Konkurrenz in den unteren Lohngruppen noch weiter erhöhen. (Vor kurzem hat US-Präsident Clinton einen Erlaß verkündet, nach dem auch WohlfahrtsempfängerInnen wenigstens den gesetzlichen Mindestlohn erhalten müssen. Jetzt muß sich zeigen, ob dies in der Praxis umgesetzt wird.)

Das sozialdemokratische Economic Policy Institute schätzt, daß durch die »welfare reform« die unteren 30 Prozent aller Lohnabhängigen im Durchschnitt Einkommenseinbußen von rund 13 Prozent hinnehmen werden müssen. Diese Folge wird durchaus offen ausgesprochen. So schrieb die »New York Times« (1.4.97) über die Schwierigkeiten mancher Firmen, für einfache Arbeiten billige Arbeitskräfte zu finden: »Normalerweise würden sie die Löhne erhöhen, um Leute anzuziehen, die sonst nicht zu solchen Jobs bereit wären. Aber mit dem Zustrom von so vielen Wohlfahrtsempfängern ist der Lohndruck abgefedert.«

Das städtische »Work Experience Program« (WEP) von New York City gilt dabei als Modellprojekt. Hier müssen rund 40.000 WohlfahrtsempfängerInnen kommunale Jobs erledigen – bis Jahresende sollen es doppelt so viele sein. Die WEP-Leute fegen 26 Wochenstunden Straßen, reinigen Parks und U-Bahnhöfe oder arbeiten in städtischen Krankenhäusern. Dafür erhalten sie Sozialhilfe und Lebensmittelmarken – manche kommen damit gerade mal auf einen Stundenlohn von 2,30 Dollar. Die üblichen Arbeitsschutz- und Antidiskriminierungs-Gesetze gelten nicht. Außerdem dürfen sich die WEP-Beschäftigten nicht gewerkschaftlich organisieren.

Dagegen hat New York City in den vergangenen Jahren rund 20.000 reguläre kommunale Arbeitsplätze abgebaut. In der Stadtpark-Verwaltung und bei der Straßenreinigung gibt es bereits mehr WEP-Zwangsarbeitende als tariflich Beschäftigte. Die wichtigsten städtischen Gewerkschaften haben sich dennoch mit dem WEP arrangiert. Nur einige kleinere Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen haben begonnen, die WEP-Leute zu organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Die sozialen Kosten der US-«Jobmaschine« sind hoch. Immer mehr Menschen (vor allem in den multi-ethnischen Großstadtghettos) gelten schlicht als »überflüssig« und haben kaum Aussichten auf Lohnarbeit – schon gar nicht zu akzeptablen Bedingungen. Und diejenigen, die Lohnarbeit haben, schuften sich krank. Die »Flexibilität« des US-Arbeitsmarkts, die Massenentlassungen (oder die Drohung damit), der Kahlschlag im sozialen Sektor und die Ausweitung der Zwangsarbeit beschleunigen die gigantische Umverteilung von unten nach oben. Die US-Gewerkschaften sind fast bedeutungslos geworden – daran können bisher auch vereinzelte militante Arbeitskämpfe nichts ändern. Solange es den Lohnabhängigen nicht gelingt, neue – erfolgreiche – Formen der kollektiven Gegenwehr zu finden, wird die US-amerikanische »Jobmaschine« nur immer mehr Profit produzieren – und immer mehr Elend.

► *Eine ausführlichere Version dieses Artikel erschien in* ***ak 403*** *(5. Juni 1997) Bezug: analyse und kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg.*

Anmerkung:

1 Als White-Collar-Berufe werden im Gegensatz zu den klasssischen Blue-Collar-Berufen (v.a. Arbeiter und Handwerker) Tätigkeiten als Mediziner, Rechtsanwälte, in der Computerbranche, an Schreibtischen etc. bezeichnet. Die Zuordnung bezieht sich auf die Arbeitskleidung, die hierzulande der stilisierenden Aufteilung in »weiße Kittel« und »Blaumänner« entspricht.

► **Michael Hahn** ist Journalist und Mitarbeiter des Zentralamerika-Kommitees Tübingen.

Großer Basar, kleine Nüsse

Gibt es eine Globalisierung des Arbeitsmarktes?

von **Eddy Lee (ILO)**

Die Waren-, Kapital- und Finanzmärkte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten globalisiert. Wird eine Transnationalisierung der Arbeitsmärkte folgen? Und wenn ja, in welcher Form wird dies geschehen? Werden sich die bereits erkennbaren Tendenzen zur Informalisierung fortsetzen, und erleben wir die Rückkehr eines ungezügelten Kapitalismus selbst in den Metropolen?

► Das schnelle Wachstum des Welthandels, der Auslandsdirektinvestitionen und der internationalen Finanzströme im letzten Jahrzehnt ist der deutlichste Ausdruck der zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung. Dieses Phänomen wird hauptsächlich von einer Welle ökonomischer Liberalisierung vorangetrieben – tarifäre und nicht-tarifäre Hemmnisse für den internationalen Handel werden abgebaut, die Finanzmärkte dereguliert. Fast alle Regierungen der Welt haben sich die Auffassung zu eigen gemacht, daß mehr Freiheit für Handel, Investitionen und Finanzströme das beste Mittel ist, materiellen Wohlstand zu schaffen.

Zugleich wächst aber auch die Besorgnis, daß die Globalisierung für die Beschäftigungs- und Einkommensstruktur negative Folgen haben wird. Es sind vier Gründe, die der Besorgnis hinsichtlich der Folgen der Globalisierung zugrundeliegen und die analysiert werden müssen:

* die Furcht in den industrialisierten Ländern, daß die Globalisierung die ausländische Konkurrenz aus Schwellenländern beflügelt, der die Industriestaaten nicht gewachsen sein werden und die zu höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen für ungelernte Arbeiter führen wird;
* eine ähnliche Furcht in den Entwicklungsländern, daß die Liberalisierung Arbeitsplatzverluste und verstärkte Ungleichheit der Einkommen zur Folge haben wird;
* die Angst, daß die Globalisierung des Arbeitsmarktes zu einer Angleichung der Löhne und der Arbeitsgesetzgebung auf dem niedrigst möglichen Niveau führen wird;
* schließlich die Befürchtung, daß angesichts dieser neuen Probleme die Globalisierung auch einen Verlust an politischer Autonomie der Nationalstaaten mit sich bringen wird und die Regierungen immer machtloser werden.

Wirtschafts-Beziehung

Ein wachsender Prozentsatz von Arbeitskräften befaßt sich weltweit mit Aktivitäten, die mit dem Welthandel und zunehmenden internationalen Kapitalbewegungen zusammenhängen. Ein immer höherer Anteil der weltweiten Produktion fließt in den Welthandel ein, die Auslandsinvestitionen und die multinationale Organisation der Produktion nehmen zu. Das alles bedeutet, daß eine immer größere Zahl der Beschäftigten der Welt von internationalen Wirtschaftsbeziehungen beeinflußt und miteinander in Beziehung gebracht wird. Der zunehmende Handel mit Arbeitsleistungen, der durch Waren-Handel, Investitionsflüsse und die internationale Vergabe von Arbeitsaufträgen ermöglicht wird, schafft engere Beziehungen zwischen den Arbeitsmärkten.

Grenzenlose Arbeitsbeziehungen, ...

► »Man stelle sich zum Beispiel einen britischen Unternehmer vor, der eine italienische Firma damit beauftragt, Kleider zu entwerfen, der anschließend diese Schnittmuster zur Produktion nach Südchina schickt und schließlich eine Hongkonger Schiffahrtsgesellschaft beauftragt, die fertigen Produkte zum Verkauf in die USA zu transportieren. Weder der Unternehmer noch irgendein Arbeiter müssen die Grenze eines Nationalstaates überschreiten, doch werden in diesem Beispiel die Arbeitsleistungen von Arbeitern in fünf Ländern miteinander in Beziehung gesetzt (Bloom und Brender, 1993:4).«[1]

Einige spezifische Entwicklungen haben zu dieser stärkeren Vernetzung der Arbeitsmärkte beigetragen. Einerseits treten Länder in den Weltmarkt ein, die vorher relativ abgeschottet waren. Der Zusammenbruch des Kommunismus und der Beginn des Übergangs zu einer Marktwirtschaft ist aus dieser Perspektive eine wichtige Entwicklung. Ebenso die stärkere Teilnahme der bevölkerungsreichsten Entwicklungsländer – China, Indien und Indonesien – an der Weltwirtschaft. Ganz allgemein hat die weltweite Welle der Liberalisierung des Handels und der Investitionen den Anteil der Arbeitskräfte, die sich auf dem Weltmarkt anbieten, auch in vielen anderen Ländern erhöht. Speziell ist der Anteil der Entwicklungsländer an der weltweiten Beschäftigung in der Produktion von 43% 1970 auf 53% 1990 gestiegen (Freeman 1994).

Manche Beobachter erkennen in dieser Entwicklung die Entstehung eines weltweiten Arbeitsmarktes, durch den »die Welt zu einem großen Basar geworden ist, auf dem die Nationen ihre Arbeitskräfte im Wettbewerb gegeneinander anbieten und jeweils den niedrigsten Preis für eine bestimmte Leistung bieten«. (Donahue 1994: 47) Auch wenn man es nicht so kraß ausdrückt, ist der verschärfte wirtschaftliche Wettbewerb, der weltweit eine wachsende Zahl von Arbeitern

in Mitleidenschaft zieht, doch als der problematischste Aspekt dieser Entwicklungen begriffen worden.

... globale Konkurrenz, ...

► Dem liegt die Befürchtung zugrunde, daß die zunehmende weltweite Konkurrenz einen Druck erzeugt, überall auf der Welt die Löhne zu senken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dies wird aufgrund von drei miteinander zusammenhängenden Faktoren erwartet. Der erste ist die Reaktion sowohl nationaler als auch transnationaler Firmen auf die zunehmende Konkurrenz. Eine verschärfte Konkurrenz führt zu Strategien der Kostenminimierung, die potentiell negative Effekte für die Löhne, die Arbeitsbedingungen und die Zahl der Beschäftigten in den betroffenen Firmen haben. Dies wird erreicht durch die Restrukturierung und Verkleinerung der Firmen sowie eine härtere Linie in Tarifverhandlungen, außerdem indirekt durch die Verlagerung der Aktivitäten an weniger kostenträchtige Orte im Ausland. Verschärfend kommt der zweite Faktor hinzu – die Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiter. Der Grund hierfür liegt in dem Umstand, daß die Nachfrage nach der Arbeitskraft elastischer wird, wenn der Arbeitsmarkt stärker ausländischer Konkurrenz ausgesetzt ist. Die Unternehmer können einheimische leichter durch ausländische Arbeitskräfte ersetzen, indem sie ihre Produktion im Ausland ansiedeln.

Der dritte Faktor besteht in der Schwächung der regulativen Fähigkeiten der Regierungen angesichts verschärfter internationaler Konkurrenz. Der Zwang, um Exportmärkte und ausländische Investitionen zu konkurrieren, bringt die Regierungen dazu, sich den Forderungen einheimischer und transnationaler Firmen zu beugen. Die Drohungen der im Lande tätigen einheimischen und ausländischen Firmen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, schränkt die Möglichkeiten der Regierungen ein, sie zu besteuern und zu reglementieren. Ähnlich führt die Möglichkeit transnationaler Firmen, sich international nach vielversprechenden Investitionsmöglichkeiten umzusehen, dazu, daß Staaten sich gegenseitig hinsichtlich ihrer Steuersätze unter- sowie ihre Deregulierungsmaßnahmen betreffend überbieten. Das Wachstum von freien Handels- und Produktionszonen in Entwicklungsländern, in denen oft steuerliche und legislative Sonderbedingungen offeriert werden, ist ein häufig angeführtes Symptom dieses Prozesses.

... doch die weltweite Proletarisierung bleibt (noch) aus

► Bisher gibt es wenig empirische Forschungsergebnisse über die Kraft dieser Faktoren und ihre quantitativen Auswirkungen. Es kann daher auch nicht überraschen, daß oft die Meinung vertreten wird, sie seien relativ geringfügig. Es ist in der Tat wichtig, sensationslüsterne Übertreibungen bei der Einschätzung dieser Prozesse zu vermeiden. Man muß sich vor Augen halten, daß zwar die Zahl der Arbeiter, die in den Weltmarkt integriert sind, stark zugenommen hat. Gleichzeitig ist aber ihre absolute Zahl nach wie vor nicht hoch.

In den industrialisierten Ländern arbeiten durchschnittlich fast 70% der Beschäftigten im Dienstleistungssektor, der größtenteils aus Aktivitäten besteht, die nicht für den Handel bestimmt sind. Entsprechend sind in Entwicklungsländern die meisten Arbeitsplätze in der Subsistenz- und traditionellen Landwirtschaft oder im städtischen informellen Sektor zu finden. Auch hier handelt es sich um Aktivitäten, die keine handelsfähigen Güter hervorbringen. Der Anteil der Beschäftigten in Tätigkeiten in modernen, handelsfähigen Wirtschaftssektoren in Ländern mit geringem Einkommen beträgt im Durchschnitt 12%, wenn man China und Indien ausnimmt. Der Anteil in diesen beiden Ländern beträgt 15 bzw. 16%. Es wäre also nicht gerechtfertigt, davon auszugehen, daß in großen Ländern mit niedrigem Einkommen wie China und Indien plötzlich hunderte Millionen Arbeiter am weltweiten Arbeitsmarkt teilnehmen, nur weil in diesen Ländern eine ökonomische Liberalisierung stattfindet.

Multinationale Firmen haben ihr Zentrum in ihrem »Heimatland«

Ein weiterer Faktor, der die These vom frei vagabundierenden Kapital relativiert, ist die Tatsache, daß multinationale Firmen stärker ortsgebunden sind, als das oft in der Literatur über Globalisierung angenommen wird (vgl. auch Ebermann/ Trampert in iz3w 216). Eine kürzlich veröffentlichte Analyse zeigt, daß multinationale Firmen nach wie vor ihr Zentrum in ihrem »Heimatland« haben. Aufgrund von Daten über mehrere multinationale Unternehmen aus den USA, Großbritannien, Japan und Deutschland für die Jahre 1987 und 1992/ 93 zeigt die Studie, daß »zwischen 70 und 95% des von multinationalen Firmen erzeugten Mehrwerts auf dem Territorium des Heimatstaates erzeugt wurde« (Hirst und Thompson 1996, 96). Es ist auch nachgewiesen worden, daß »abgesehen von den routinemäßigsten Montagearbeiten die multinationalen Konzerne immer mehr oder weniger standortgebunden sind, und zwar bezüglich jedes beliebigen Standorts, wenn sie erst einmal dort investiert haben. Sie sehen sich nämlich dann einer Reihe von Kosten gegenüber, die einer erneuten Abwanderung im Wege stehen. Dazu zählen diejenigen der Inbetriebnahme, die Kosten für die Aklimatisierung in der jeweiligen neuen Umgebung und die für die Schaffung ihrer Reputation, um von der Regierung, von Angestellten und anderen Firmen hinsichtlich ihrer Verläßlichkeit als Produzenten, Arbeitgeber und Zulieferer auf dem jeweiligen Markt akzeptiert zu werden.« (Wade 1996, 80-81) Außerdem vergrößern einige Veränderungen in der Organisation der Produktion wie zum Beispiel die Minimierung der Lagerhaltung und die flexible Spezialisierung die Nachteile einer auf der ganzen Welt verstreuten Produktion und verstärken »die Tendenz, die Produktion nahe beim Endverbraucher anzusiedeln« (Wade 1996, 81). Diese Überlegungen legen daher die Vermutung nahe, daß den Regierungen nach wie vor wichtige Hebel zur Verfügung stehen, um auf das Verhalten multinationaler Firmen Einfluß zu nehmen.

Wenn also zwar kein Anlaß zu Übertreibungen besteht, gibt es doch auch keinen Grund dafür, sich beruhigt zurückzulehnen. Es haben tatsächlich qualitative Veränderungen in der Weltökonomie stattgefunden, die Arbeiter auf der ganzen Welt in Mitleidenschaft ziehen. Deshalb ist es wichtig, über die politischen Implikationen dieser Entwicklungen nachzudenken. Auch ist es heute bedeutender denn je, die nationale Arbeitsmarktpolitik mit Formen internationaler Kooperation zu ergänzen, um angesichts der wachsenden Globalisierung grundlegende Arbeitsschutzbestimmungen und Sozialstandards zu bewahren.

► *Dieser stark gekürzte Text erschien in der Publikation der ILO »International Labour Review«, Vol. 135 (1996), No. 5, S. 485-497. Übersetzung: C. Neven-du Mont.*

Anmerkung:

1 Die weltweite Migration ist ein weiter Mechanismus, durch den die Arbeitsmärkte miteinander vernetzt werden, aber im Ganzen gesehen spielt das keine größere Rolle.

Literatur

Bloom, D.; Brender, A. 1993, Labour and the emerging world economy, Cambridge, MA.

Donahue, T. 1994, in International labour standards and global economic integration: Proceedings of a symposium, Washington, DC, US Department of Labor.

Freeman, R. 1994, A global labour market? Differences in wages among countries in the 1980s, Washington, DC.

Hirst, P.; Thompson, G. 1996, Globalization in question: The international economy and the posibilities of governance, Cambridge.

Wade, R. 1996, in S. Berger and R. Dore (eds.): National diversity and global capitalism, Ithaca, NY.

Arbeit in Afrika

Neueste Ergebnisse ethnologischer Arbeitsforschung

Rezension von Rita Schäfer

► Arbeit reproduziert die Sozialstruktur und trägt zur Identitätsstiftung bei, so lautet die Ausgangsthese von Kurt Beck und Gert Spittler in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband: **Arbeit in Afrika.** Sie stellen anhand zahlreicher Fallbeispiele aus unterschiedlichen Regionen Afrikas neueste Ergebnisse der ethnologischen Arbeitsforschung vor. Alle Beiträge verdeutlichen, daß Arbeit als Alltagshandeln zu verstehen ist und sich nicht ausschließlich auf wirtschaftliche Ziele oder ökologische bzw. technische Bedingungen reduzieren läßt. Daher widmen sich die Aufsätze auch den sozialen und kulturellen Hintergründen der Arbeit, z.B. den kognitiven und moralischen Ordnungen, mit denen Arbeit gesellschaftlich konstruiert wird. Die Autoren fragen nach der kollektiven Repräsentation der Arbeit und der Sinnstiftung aus der Perspektive der Arbeitenden. Gleichzeitig werden die Dynamiken der Arbeitsorganisation und Arbeitsethik sowie die Logik des wirtschaftlichen Handelns nachgezeichnet. Angesichts der Tatsache, daß diese Aspekte für afrikanische Gesellschaften völlig unterbelichtet sind, konzentriert sich diese Publikation vor allem auf das Verstehen der Arbeitsprozesse. Insgesamt ist diese Konzeption sehr überzeugend und gewährt Einblick in die Vielfalt und Unterschiede afrikanischer Arbeitswelten.

Neben den vielschichtigen sozio-ökonomischen Folgen der Wanderarbeit und dem Wandel der geschlechtlichen bzw. altersorientierten Arbeitsteilung werden auch lokale, kulturelle Konzepte von Arbeit vorgestellt, wie sie z.B. in Redewendungen der westafrikanischen Mande zur Sprache kommen.

Die Sinnstiftung durch Zusammenarbeit veranschaulicht Christine Hardung. Das gemeinsame Pflanzen von Yams der Gannunkeebe in Nord-Benin ist weniger auf die Arbeitseffizienz ausgerichtet, als vielmehr auf das Austragen von Konflikten und die Reaktivierung der Kooperation.

Der Wandel der Arbeitsethik unter dem Sog der städtischen Wirtschaftswelt wird von Gerhard Hesse untersucht. Während ältere Hirsebauern in Nord-Kordofan/Sudan an Vorstellungen, die im Volks-Islam verwurzelt sind, festhalten und sich vom Arbeitseinsatz im Hirseanbau den Weg ins ewige Leben erhoffen, bietet dieses Arbeitsethos für die Jungen kaum noch einen Anreiz, zumal zahlreiche, aufeinanderfolgende Dürrejahre sie der Erfahrung von bäuerlichem Wohlergehen beraubt haben. Fraglich bleibt, ob die Städte neue Handlungsalternativen bieten. Ökonomische Wandlungsprozesse in islamischen Gesellschaften lassen sich jedoch keineswegs unter westliche Modernisierungskonzepte subsumieren, sondern sind in ihren spezifischen Eigendynamiken zu erfassen. Daher rückt Rüdiger Seesemann die religiösen Hintergründe der Arbeitsethik der Tijaniyya-Bruderschaft im Sudan ins Betrachtungszentrum. Arbeit ist hier nicht nur als religiöser Dienst für den Shaykh zu verstehen, sondern das entsprechende Pflichtgefühl prägt das gesamte Alltagsleben der Mitglieder dieses Sufi-Ordens. Wie unterschiedlich die religiöse Interpretation der Arbeitsethik in islamischen Gesellschaften jedoch ist, analysiert Kurt Beck, indem er die verschiedenen Arbeitskonzepte ausgewählter Bruderschaften aus Westafrika und dem Sudan mit den dazugehörigen facettenreichen Vorstellungen zum Lebensstil kontrastiert.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Erlernen von Arbeitstechniken und mit der Arbeit von Kindern. Georg Klute stellt das Ineinandergreifen unterschiedlicher Arbeitsaufgaben in der Milchwirtschaft der Kel Adagh Nomaden in Mali vor und erläutert, wie Kinder ihren individuellen Kompetenzen entsprechend in Arbeit einbezogen werden. Die eigene Sicht von Kindern auf ihre Arbeitsleistung analysiert Ursula Atto am Beispiel von Pflegekindern in Abidjan, Elfenbeinküste. Sie verharrt nicht auf den gängigen sozio-strukturellen Erklärungen zur Kinderarbeit, sondern veranschaulicht, wie Kinder selbst ihre häuslichen Pflichten und ihre Rolle in den Pflegefamilien einschätzen.

Wie gegensätzlich die Welten von Frauen in Afrika sein können, wird aus den Aufsätzen zu Frauenarbeit deutlich. Christina Ahr untersucht die zeitliche Abfolge unterschiedlicher Arbeitsprozesse bei Hausa-Frauen im ländlichen Niger und erläutert das flexible Zusammenwirken von Haus- und Feldarbeit, während Gabriele Wurster die Gratwanderung zwischen unterschiedlichen Arbeitserfordernissen im Lebenslauf gebildeter Frauen in Nairobi nachzeichnet. Das Ausbalancieren zwischen beruflichen Anforderungen als Wirtschaftsprüferin oder Steuerberaterin und den familiären Orientierungen ist durch längerfristig ausgerichtete Strategien gekennzeichnet.

Projektionen und Gegenprojektionen von Fleiß oder Müßiggang in der europäisch-afrikanischen Arbeitswelt thematisiert Erika Dettmar am Beispiel deutsch-nigerianischer Industrie-Kooperationen. Ihr geht es weniger um die real geleistete Arbeit, sondern um die gegensätzlichen Einschätzungen zur Arbeitsmoral der jeweils »Anderen«. Während nigerianische Mitarbeiter das unpersönliche Gebahren deutscher Manager als kolonialistisch wahrnehmen und mit Streikbereitschaft darauf antworten, reagieren deutsche Experten mit rassistischen Sterotypen, die einer zweckrationalen Betriebsführung entgegenstehen.

Insgesamt greift der Sammelband wichtige aktuelle Fragestellungen der Ethnologie auf und bietet einige neue Erkenntnisse zum das Verständnis sozio-ökonomischer Transformationsprozesse in afrikanischen Gesellschaften.

► *Beck, Kurt / Spittler, Gerd (Hrsg.): Arbeit in Afrika, Beiträge zur Afrikaforschung, Bd. 12, Lit-Verlag, Münster-Hamburg 1996, 377 Seiten.*

Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft

► »Die sogenannten 'informellen' Bereiche stellten zu keinem Zeitpunkt der Geschichte des Kapitalismus 'Disfunktionalitäten' dar, die es zu überwinden galt – sie waren im Gegenteil stets eine reichlich fließende Quelle von Werten, die vom Kapital auf viel billigere Weise als durch bezahlte Lohnarbeit angeeignet werden konnten.« So Franz Delapina in dem jüngst in der Reihe **Historische Sozialkunde** erschienenen Band **Ungeregelt und unterbezahlt – der informelle Sektor in der Weltwirtschaft.** Obwohl der Begriff relativ neu ist – er wurde Anfang der 70er Jahre im Umfeld der International Labour Organisation (ILO) im Zusammenhang mit Studien zu Kenya und Ghana geprägt und fortan in die Dritte-Welt-Forschung einbezogen – und meist im Zusammenhang mit den aktuellen Prozessen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels gebraucht wird, spielen ungeregelte, nicht-formelle Beschäftigungsverhältnisse während der gesamten Geschichte des Kapitalismus eine bedeutsame Rolle. Dies nachzuweisen ist das Anliegen des ersten thematischen Blocks des Bandes. Eingeleitet von einem Beitrag der HerausgeberInnen, der einen guten Überblick über die verschiedenen Forschungsrichtungen und Theorieansätze zur Erklärung des Phänomens informeller Sektor

Maquilas – Arbeit in Lateinamerika

Ausgewählte Literatur

► Die Zentralamerikanischen Ökonomien erleben derzeit einen qualitativen Sprung bei ihrer – durch eine forcierte Marktöffnungspolitik vorangetriebenen – Integration in den Weltmarkt. Freie Produktionszonen spielen dabei eine strategische Rolle. Dabei handelt es sich zu 90% um Textil- und Bekleidungsproduktion für den US-Markt, die zu 80% von Frauen gefertigt wird. In seiner Untersuchung **Nationaler Wettbewerb und Kooperation – Auswirkungen der Freien Produktionszonen in Zentralamerika**, die im Oktober 1997 im Verlag Westfälisches Dampfboot erscheinen wird, beschäftigt sich **Ronald Köpke** mit den Bedingungen des NAFTA-Wirtschaftsraumes und den veränderten Konkurrenzbedingungen dieser Billiglohnstandorte. Dabei zeigt er auf, wie sich die spezifische Lohnkonkurrenz in Zentralamerika und zwischen Nord und Süd auf die AkteurInnen auswirkt. In Reaktion auf die Entwicklungen entsteht in Zentralamerika neben den traditionellen Gewerkschaften ein neuer Typus von autonomen Frauenorganisationen, die außerbetriebliche Formen der Interessenvertretung repräsentieren. Beide Organisationstypen stehen jedoch vor der Zerreißprobe, sich entweder in den nationalen Standortkampf einbinden zu lassen oder neue strategische Allianzen einzugehen, um Sozial- und Lohndumping in den Betrieben, den »Maquilas«, zu regulieren. Köpke untersucht diese Allianzen nach ihren Widersprüchlichkeiten und ihren Chancen, sich als mögliche Alternativen für eine Interessenvertretung im globalisierten Textil- und Bekleidungsmarkt zu festigen.

Klartext spricht die Redaktion der **ila** – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika – im Editorial zu dem Themenschwerpunkt **Maquila – (Frauen) Arbeit für den Weltmarkt**: »Der Profit kommt aus einer möglichst intensiven und möglichst langen Tagesnutzung der Arbeitskraft zu möglichst niedrigem Lohn, nirgendwoher sonst.« Um dieses elementare Profitbedürfnis zu realisieren, setzt das Kapital auf Flexibilisierung der Arbeit und auf Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen in eben jene »unheilvolle Unternehmen«, in denen die Arbeits-, Gesundheits- und Umweltvorschriften der Metropolen umgangen werden können. Die Beiträge prangern den Raubbau an Mensch und Natur in den Fertigungsstätten im Norden Mexikos, in El Salvador und Honduras an und fragen nach Möglichkeiten einer gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen dieser Weltmarktfabriken.

Weitaus nüchterner beschäftigt sich Markus Steinbach in dem Artikel »Perspektiven der Maquiladora-Industrie Mexikos« in **Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation** (Nr. 24, 1996) mit dem Phänomen. Er nimmt eine (wirtschaftswissenschaftliche) Bestandsaufnahme dieses Industriezweigs vor, analysiert seine wichtigsten Dimensionen und fragt nach den Entwicklungsperspektiven der Maquiladora-Industrie, insbesondere unter den Bedingungen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA.

Die Weltmarktfabriken Lateinamerikas sind auch Thema zweier Broschüren, die sich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und aus unterschiedlicher Perspektive mit den Arbeitsbedingungen in den »Maquilas« beschäftigen. Die vom **Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika** (FDCL) in Berlin herausgegebene Dokumentation **Frauenarbeit in Lateinamerika** versteht sich als Beitrag zur aktuellen Globalisierungsdebatte aus der Perspektive der entwicklungspolitischen und Frauen-Bewegung in Lateinamerika und Deutschland. Unter der Frage »Gewinnerinnen der Globalisierung?« wird der Arbeitsalltag von Frauen analysiert. Einführend werden die Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftsprogramme auf den Lebens- und Arbeitsalltag von Frauen in Lateinamerika beschrieben. Desweiteren wird der Stellenwert analysiert, den internationale Organisationen wie z.B. Weltbank und WTO Frauen als Entwicklungs- und Wirtschaftsfaktor zuschreiben und nach den Konsequenzen für den Alltag der Frauen gefragt. Ihre Arbeitsbedingungen werden dann anhand von Länderbeispielen sowohl in den Weltmarktfabriken als auch in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich dargestellt.

Ausschließlich mit dem Textil- und Bekleidungssektor befaßt sich die von der **Christlichen Initiative Romero** herausgegebene Broschüre **»Totschicke« Kleidung – Zu welchem Preis?** Neben Texten, die die konkreten Arbeitsbedingungen von Frauen in den Maquilas beschreiben, thematisiert die Broschüre den »Fairen Handel« im Textilbereich, stellt die europäische »Kampagne für Saubere Kleidung« vor und bietet darüber hinaus Materialien für Bildungsarbeit und Handlungsvorschläge für KonsumentInnen.

► *Ronald Köpke, Nationaler Wettbewerb und Kooperation – Auswirkungen der Freien Produktionszonen in Zentralamerika (Honduras, El Salvador, Nicaragua), (Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung), Münster 1997, ca. 190 S., ca. 39,80.*

► *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation, Nr. 24 1996. Bezug: Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglacis 8, 20354 Hamburg.*

► *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Nr. 185 Mai 1995. Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn.*

► *Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Frauenarbeit in Lateinamerika – eine Dokumentation, 1996. Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin.*

► *Christliche Initiative Romero, »Totschicke« Kleidung – Zu welchem Preis?. Weltweite Bekleidungsproduktion und unser Kleiderkonsum, 1996. Bezug: Christliche Initiative Romero, Kardinal von Galen Ring 45, 48149 Münster.*

gibt, widmen sich die Aufsätze den historischen und globalen Dimensionen der Ungesichertheit und Ungeregeltheit von Arbeitsverhältnissen im Kapitalismus. Deutlich wird dabei, daß die weltweite Expansion des Kapitalismus nicht die Verallgemeinerung des industriellen Lohnarbeitsverhältnisses mit sich brachte, sondern daß eine Vielzahl von anderen Formen der Nutzung der Arbeitskraft entstanden.

In einem zweiten Themenblock werden dann aktuelle und regionale Entwicklungen der Informalisierung der Arbeit im Kontext des weltwirtschaftlichen Umbruchs analysiert. Neben Beiträgen zu Indonesien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa wird die Rückkehr der Informalität in die entwickelten Industrieländer dargestellt (siehe hierzu auch den Artikel von Christoph Parnreiter in dieser Ausgabe). Die beiden abschließenden Beiträge beschäftigen sich mit dem informellen Sektor in der Bekleidungsindustrie und mit dem Funktionswandel der Weltstädte und ihrer Arbeitsmärkte und Reproduktionsstrukturen.

► *Andrea Komlosy, Christof Parnreiter u.a. (Hrsg.), Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft (Historische Sozialkunde 11), Brandes & Apsel / Südwind, Frankfurt a.M., 1997.*

»Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst dort, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört.« (Karl Marx)

Die letzte Kolonie

Frauenarbeit zwischen »alter« Subsistenz und »neuer« Verantwortungsethik

von **Christine Parsdorfer**

Nicht nur in der marxistischen Diskussion hat Arbeit einen zentralen Stellenwert, auch die feministische Debatte machte den Arbeitsbegriff zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Theoriebildung. Gegen den Skandal, daß nur die männliche Lohnarbeit als produktiv analysiert wurde, setzte die Frauenforschung die Lebensproduktion. Damit übernahm sie ein zentrales Dilemma der von ihr ansonsten scharf kritisierten sozialistischen Bewegung: Nicht die Emanzipation von der Arbeit, sondern die Emanzipation durch die Arbeit steht im Vordergrund der Debatte über die Subsistenzarbeit.

► Der Begriff Subsistenzarbeit wurde Anfang der 70er Jahre in kritischer Auseinandersetzung mit der Marxschen Arbeitswertlehre entwickelt, die in ihrer Konzentration auf den männlich gedachten Lohnarbeiter die Reproduktionsarbeit der Frauen weitgehend vernachlässigte. Ausgangspunkt der Kritik war die für kapitalistische Gesellschaften typische Trennung von Produktion und Reproduktion, durch die nur die marktförmige, wertschaffende Arbeit gesellschaftlich anerkannt wird. Haus- bzw. Subsistenzarbeit wird zur privat geleisteten, unbezahlten »Arbeit aus Liebe« und fällt vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung den Frauen anheim.

Subsistenzarbeit sollte als Begriff sowohl die Arbeit der Metropolenhausfrau, als auch die der Kleinbäuerin oder ledigen Slumbewohnerin umfassen und damit »jede Form von Arbeit, die auf die Herstellung von Gebrauchswerten für den unmittelbaren Konsum der Haushaltsmitglieder gerichtet ist, also direkt in die Wiederherstellung (Reproduktion) dieser Menschen eingeht.«[1] Der Begriff der Subsistenz brachte somit eine internationalistische Perspektive in die Metropolendiskussion, die um die Fragen kreiste, inwiefern Hausfrauen Mehrwert schaffen und ob deshalb die Forderung »Lohn für Hausarbeit« angemessen sei.

Darüber hinaus war Subsistenz ein kritischer polit-ökonomischer Begriff, der die in marxistischen Theorien systematisch ausgeblendeten Formen der gesellschaftlichen Arbeit sichtbar machen sollte. Die »natürliche« Reproduktion wurde als Pendant zur warenförmigen Produktion und damit als Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise verortet. Gerade weil die Subsistenzarbeit nicht entlohnt wurde und keinen Mehrwert abwarf, sicherte sie dem Kapital einen Extraprofit, da so die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zum Teil in die Privatsphäre externalisiert werden konnten. Ausbeutung war demnach nicht mehr nur für den Lohn-

arbeitsbereich bestimmend, sondern auch im familiären Idyll anzutreffen. Markt- und Subsistenzproduktion waren zwei Seiten einer Medaille und bildeten die Grundlage der kapitalistischen Akkumulation.

Feministischer Materialismus

▶ Für Furore sorgte aber nicht diese ursprüngliche Debatte, sondern deren Weiterentwicklung durch die sogenannten Bielefelderinnen Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies und Claudia v. Werlhof. In ihrem wohl bekanntesten Buch *Frauen, die letzte Kolonie* (Reinbek, 1983) wurde die Subsistenzproduktion zum zentralen Begriff einer feministischen Gesellschaftstheorie. Es ging ihnen jedoch weniger um den Zusammenhang von Produktion und Reproduktion als um die Befreiungspotentiale, die in ihren Augen in der Subsistenzarbeit lagen und die hauptsächlich Frauen leisteten. Aus der politökonomischen Analyse wurde eine moralisch aufgeladene Revolutionstheorie: Subsistenzarbeit war nicht mehr notwendiges Übel einer auf dem Verkauf der Ware Arbeitskraft basierenden Gesellschaft. Sie wurde zur Grundlage für die Überwindung der kapitalistischen »Männerwirtschaft«.

Ganz im Zeichen der marxistischen Arbeitsmetaphysik legten die Bielefelderinnen den Grundstein für die Ausbeutung wie auch für die Emanzipation in der weiblichen Arbeit und ihrem spezifischen Gegenstandsbezug. Dieser sei durch die »Lebensproduktion« – durch Geburt und Kinderaufzucht, Sammeln und Anbau von Lebensmitteln zur alltäglichen Versorgung – geprägt, während der Mann durch seine Unfähigkeit, Leben zu produzieren, auf die gewaltsame Aneignung der Produkte der wahren Produzentinnen angewiesen sei. Da ihm das lebensspendende Element qua Natur fehle, müsse er zur Waffe greifen. Dieses »Urmodell der Ausbeutung« setze sich als »ursprüngliche Akkumulation« bis heute fort, wobei die offene Gewalt durch Ökonomie und staatliche Institutionen – die strukturelle Gewalt – ergänzt werde.

Damit war die Grundlage für eine neue feministische Krisentheorie gelegt. In dieser war nicht mehr der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern der Antagonismus zwischen den Geschlechtern auf der Grundlage ihres differenten Arbeits- und Gegenstandsbezugs die Basis aller Ausbeutungsverhältnisse. Darüber hinaus wurden Anleihen bei Rosa Luxemburg gemacht. Diese hatte sich die Frage gestellt, wie die Kapitalakkumulation, die auf einer beständigen Ausweitung der Produktion beruht, mit der beschränkten gesellschaftlichen Konsumtionsfähigkeit kompatibel ist. Dieser innere Widerspruch des Kapitalverhältnisses war in ihren Augen nur durch die Ausdehnung des Kapitals in nicht- kapitalistische Milieus lösbar. Damit verbunden waren zwei problematische Konsequenzen: zum einen wurde die Realisierung des Mehrwerts zum eigentlichen Problem der Kapitalakkumulation. Die Notwendigkeit zur Ausdehnung der Produktion, die selbst auch krisenhaft verläuft, blieb außen vor. Der Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion, als den zwei notwendigen Bestandteilen der Kapitalakkumulation, wurde so zerrissen. Zum anderen vertrat sie die These, daß mit der Zerstörung dieser nicht-kapitalistischen Milieus der Kapitalismus nicht mehr lebensfähig sei. Kapitalexport, billige Rohstoffe und weltweite Absatzmärkte sind jedoch keine Grundvoraussetzung kapitalistischer Profitmacherei, sondern ermöglichen Extragewinne, die das Kapital nur allzugerne einstreicht. Diese beiden problematischen Grundzüge der Luxemburgschen Analyse ließen die Bielefelderinnen in ihren Theorieentwurf einfließen. Die Hausarbeit in den Metropolen und die Subsistenzarbeit in der Dritten Welt traten an die Stelle der nicht-kapitalistischen Milieus von Rosa Luxemburg. In ihren Augen lebte das Kapital von der ständigen unbezahlten Aneignung dieser Arbeiten und sei nur auf deren Grundlage überlebensfähig. Nicht der »Lohnarbeiter«, der immerhin seinen Lohn nach Hause bringen konnte, sondern die unbezahlte »Hausfrau« bildete deshalb das »Paradigma der Ausbeutung« (Werlhof) im Kapitalismus.

Subsistenzperspektive

▶ Unterstellt wurde, daß auf dem Lohnarbeitsmarkt »gerechter Tausch« herrsche, während die Gewaltförmigkeit des Systems nur auf der Seite der Subsistenz zu Buche schlage. Daß beide Bereiche Teil eines untrennbaren Zusammenhangs bilden, wie er auch in der ersten Phase der Diskussion analysiert wurde, verschwand hinter der Mystifizierung der weiblichen Lebensproduktion.

War erst mal der neue Hauptwiderspruch zwischen Subsistenzarbeit und Kapital kreiert, knüpfte man die Befreiungsperspektive dann auch folgerichtig an die Neubewertung weiblicher Arbeit. In einer »verallgemeinerten Subsistenzproduktion« und durch »regionale Autarkie« sollten »Last und Lust« der Arbeit zusammenfallen, Arbeit und Freizeit eine untrennbare Einheit bilden. Technik geriet zum männlichen Teufelswerk, das einzig zur Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen und Natur eingesetzt wurde. Statt für ein möglichst umfassendes »Reich der Freiheit« jenseits der notwendigen Arbeit, ging damit die Option klar in Richtung einer Ausweitung der Arbeit.

Die Konsequenzen dieser feministischen Utopie führt uns Veronika Bennholdt-Thomsen in einer Studie über Frauen in Juchitán, einer kleinen Stadt in Südmexiko, eindrucksvoll vor.[2] Hier konnte sich in ihren Augen eine Oase des Matriarchats entwickeln, weil sich die Subsistenzorientierung durchgesetzt habe. Frauen hätten dort als Händlerinnen und Betreiberinnen des Marktes eine starke ökonomische Stellung. Kommen jedoch die

Frauen einmal selbst zu Wort und erzählen aus ihrem Alltag, bleibt vom feministischen Idyll wenig übrig. Erzählt wird von einem zwölf Stunden Tag; von elfjährigen Mädchen, die sich dafür entscheiden, lieber Tortillas zu backen, als die Schulbank zu drücken, um auch noch den Großvater über Wasser zu halten. Die Männer legen unterdessen die Hände in den Schoß oder widmen sich der großen Politik.

Inzwischen haben Bennholdt-Thomsen, Mies und Werlhof eigens ein »Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz« gegründet. In einem Informationsblatt wird noch einmal deutlich, wohin die Reise gehen soll: Subsistenz als das, »was notwendig ist für ein zufriedenes und erfülltes Leben, im Gegensatz zu Gewinnstreben, Konkurrenz, Konsumismus und Umweltzerstörung« soll gefördert, die weitere Abkehr von der männlichen definierten Lohnarbeit vorangetrieben werden. »Unter Subsistenzperspektive verstehen wir eine Umorientierung bezüglich der Ziele des Wirtschaftens und bezüglich der Werte, die damit verbunden sind, auf genau jene alltäglich und überall praktizierte Überlebensproduktion, die sich unter den Bedingungen der Maximierungswirtschaft nicht entfalten kann. »

Jedoch läßt sich gerade in hochentwickelten kapitalistischen Ländern eine autarke Lebensweise jenseits von Geldeinkommen kaum vorstellen. Vielmehr unterwirft die Illusion vom individuellen Systemausstieg die Frauen einem noch stärkeren Arbeitszwang: Im Namen der Befreiung sollen sie nicht nur Marmelade kochen und Schrebergärten anlegen, nein sie müssen auch noch für ein ausreichendes Geldeinkommen sorgen, auf das in diesem System niemand verzichten kann – es sei denn, die Betreffende wird großzügig von einem männlichen Versorger alimentiert oder gehört zur neuen Erbengeneration.

Feminisierung der Verantwortung

► Stellte die Diskussion der 70er und 80er Jahre noch systemkritisch die Frage nach der Grundlage der Geschlechterhierarchie, so reiht sich die feministische Diskussion heute in die Phalanx der »Zivilisierungstheorien« ein, die implizit nichts anderes mehr fordern, als den Kapitalismus doch ein wenig wohnlicher zu gestalten. Beispielhaft für diese Entwicklungen steht die Position von Brigitte Hasenjürgen.[2] Der Feind hat in ihren Augen seine klaren Konturen verloren, weder Kapital noch Patriarchat könnten heute Bezugsgrößen der Frauenforschung sein. Nicht mehr der Grundlage geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung werde deshalb nachgegangen, sondern die neuesten Forschungen analysieren die Frage, »ob und unter welchen Bedingungen Modernisierungsprozesse existenzsichernde Reproduktionsmöglichkeiten für Frauen mit unterschiedlicher sozialer und kultureller Position bereitstellen«. Aus der kapitalistischen Inwertsetzung werden dabei wieder ganz neutral »Modernisierungsprozesse«, bei denen geschaut wird, daß die Frauen auch ein Stückchen vom Kuchen abbekommen.

Schönheitsreparatur am System

Vehement wird dabei gegen »zeitdiagnostische feministische Topoi« wie »Die Entwicklung wird auf dem Rücken der Frauen ausgetragen« angeschrieben. Die Frauen seien nicht mehr die »Opfer« der Entwicklung, sondern deren Trägerinnen. Hand in Hand mit dem BMZ[4], das immerhin schon mit dem Slogan warb: »Frauen werden nicht gefragt. Aber sie sind die Antwort.«, entdeckt die Frauenforschung die Produktivkraft Frau.

Diese Entwicklungen vollziehen sich vor dem Hintergrund der neoliberalen Wirtschaftsmodelle, die weltweit zum Rückgang der formalen Beschäftigung, zu Reallohnabbau, zur Verringerung von Lebensmittelsubventionen und Sozialleistungen geführt haben. Der wachsende Arbeitsanfall, der zum Krisenmanagement notwendig ist, wird den Frauen zugeschoben. Gesetzt wird auf die »weiblichen« Tugenden wie Sparsamkeit und Resteverwertung. Gerade von ökofeministischer Seite, zu der inzwischen auch Maria Mies zählt, wird dieser Tugendkatalog noch ergänzt: Grundlage ihres Denken ist eine »weibliche Fürsorgeethik« – Eigenschaften des Sorgens und Hütens, der Selbstlosigkeit und des Sich-Aufopferns – die dazu prädestinieren, ein neues Zivilisationsmodell jenseits patriarchaler Naturausbeutung auf den Weg zu bringen. Daß diese Konzepte in Zeiten leerer Staatskassen gerne aufgegriffen werden, muß nicht betont werden. Die hausfraulichen Fähigkeiten werden so zu Puffern, um sowohl die ökologische als auch die ökonomische Krise zu meistern. Das empowerment führt so nicht zu einer Stärkung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen, sondern zu einer Feminisierung der Verantwortung, die die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zementiert.

Heute kann es nicht mehr darum gehen, sich herumzustreiten, ob die Reproduktionsarbeit »produktive« Arbeit im Marxschen Sinn ist und auf dieser Grundlage das revolutionäre Potential der Lebensproduktion zu bestimmen. Und auch die Theorie Rosa Luxemburgs – auf die sich gerade die Subsistenztheoretikerinnen beriefen –, derzufolge der Kapitalismus auf die kontinuierliche Ausbeutung nicht-kapitalistischer Milieus angewiesen ist, hat sich nicht nur angesichts der globalen kapitalistischen Durchdringung als Traum von gestern erwiesen. Nichtsdestotrotz reicht es nicht, aus dem »Opfer Frau« eine »Mittäterin« zu machen, wie es heute en vogue ist.

Will man sich nicht nur mit Schönheitsreparaturen bzw. der Adelung weiblicher Tugenden begnügen, bleibt die Frage der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und die Trennung in »produktive« Lohnarbeit und »unproduktive« Arbeit aus Liebe auf der Tagesordnung. Das wäre aber in letzter Konsequenz nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung der kapitalistischen Vergesellschaftung, die eben auf dieser Trennung von Produktion und Reproduktion beruht und die Nichtanerkennung der meist von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeiten begründet. Erst dann wäre auch »das Persönliche« – über die ordentlich durchgeführte Mülltrennung hinaus – »politisch«.

Anmerkungen:

1 Ilse Lenz: Liebe, Brot und Freiheit, Zur neueren Diskussion um Subsitenzproduktion, Technik und Emanzipation in der Frauenforschung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Köln 1988, S. 168.

2 Veronika Bennholdt-Thomsen (Hg.): Juchitán, Stadt der Frauen, Reinbek 1994

3 Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuss (Hg.): Frauenarbeit Frauenpolitik, Münster 1993

4 Seit 1986 ist die Frauenförderung zu einem Schwerpunkt des BMZ geworden. Als Maßnahmen zur Erreichung der »Selbstbestimmung« werden jedoch einzig die Förderung »aller Funktionen sowohl im sozialen und familiären Dienstleistungsgewerbe und im Handel« genannt. Wohin der Hase läuft ist klar: Frauen sollen nicht nur die Reproduktionsarbeiten leisten, sondern auch noch stärker Einkommen schaffen. Statt der Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bleibt so alles beim Alten: Nur daß jetzt die Frauen auch noch ihr Scherflein zum Familieneinkommen beitragen sollen.

► **Christine Parsdorfer** ist Mitarbeiterin des **iz3w**.

Flüchtlings- gegen Oderfluten

Das Argument Arbeit in der Debatte um Einwanderungsgesetze

von **Stephan Günther**

▶ Als die Oderdeiche brachen und das Hochwasser ganze Dörfer überflutete, klingelte in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (Zast) in Eisenhüttenstadt das Telefon. Das brandenburgische Innenministerium ließ anfragen, ob die Flüchtlinge »mit anpacken könnten«: Freiwillige wurden gebraucht zum Sandschaufeln und Säcke verladen – und spontan meldeten sich 75 BewohnerInnen zur Katastrophenhilfe. Hand in Hand mit Bundesgrenzschutz und Bundeswehr befestigen sie nun die aufgeweichten Deiche. Für Tanja Neumann, Leiterin der Zast, Grund genug zur Hoffnung, »daß wir mit dieser Aktion bei der Bevölkerung Verständnis wecken können.« Denn: »Es ist wichtig für die immer noch sehr starke rechtsradikale Szene, daß sie endlich mal sieht, daß die Asylbewerber etwas tun und nicht nur rumhängen«.[1]

Guten Willen zeigen, sich einbringen und schuften – so versuchen sich seit Jahren Flüchtlinge in die Herzen der Deutschen zu arbeiten. Mit gemeinnütziger Arbeit in Parks und Straßengräben dürfen sie ihr Engagement für drei Mark die Stunde zur Schau stellen. In der Diskussion um das Bleiberecht wird immer wieder darauf verwiesen, daß die Arbeit der AsylbewerberInnen nicht durch die von Deutschen zu ersetzen sei: Wer sortiert schon zu Dumpinglöhnen Müll, ackert auf dem Feld oder putzt die Klos? Und auch bei der Auseinandersetzung um ein Einwanderungsgesetz steht die Kosten-Nutzen-Rechnung an erster Stelle. Nur durch die Arbeit neuer, junger, frischer Kräfte sei die Renten- und Krankenversicherung noch zu finanzieren.

Alles Schnee von gestern. Das (wieder) erlassene Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen setzt ein deutliches Signal: Der American dream ist endlich in deutscher Hand. Arbeitslose ran an die Teller, rauf zum Millionär. Schluß mit der schizophrenen Lage für linke UnterstützerInnen, im 'Bündnis gegen Arbeit' der lohnabhängigen Maloche den Kampf anzusagen, um sie im nächsten Augenblick Flüchtlingen anzupreisen – als alternative Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Doch das Arbeitsverbot setzt noch eindeutigere Zeichen: Das Argument »Arbeit« wird in der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz zunehmend absurd: »Wir« – und das ist in diesem Zusammenhang zu übersetzen mit »deutsche Wirtschaft« – brauchen keine weiteren ArbeiterInnen. Egal, ob die offizielle Arbeitslosenzahl von vier oder viereinhalb Millionen zugrundegelegt wird oder irgendeine inoffizielle von fünf, sechs oder sieben, ein volkswirtschaftlicher Bedarf an Einwanderung ist nicht mehr da. Und da zusätzliche Arbeitslose auch kein zusätzliches Geld in die leeren Rentenkassen zahlen, wird eine Zuwanderung nicht einmal für die Sicherung des Altersgeldes benötigt. Im Gegenteil. Bei weiter steigender Automatisierung und Rationalisierung der Produktionsprozesse und gleichbleibender (zur Zeit sogar wieder steigender) Wochen- und Lebensarbeitszeit ist ein Arbeitskräftebedarf auch in Zukunft kaum absehbar.

Flüchtlinge werden ihre ohnehin wenigen Jobs also an deutsche oder arbeitsberechtigte ausländische KollegInnen abtreten müssen, die ihrerseits durch herabgesetzte Zumutbarkeitsklauseln mehr und mehr zu schlechtbezahlter Arbeit gezwungen werden können. Die AsylbewerberInnen selbst konkurrieren am untersten Ende mit den »Illegalen« um »schwarze«, allenfalls »graue« Jobs. Die Attraktion des Arbeitsplatzes Deutschland nimmt weiter ab. Von Arbeitsmigration zu reden verkennt ohnehin, daß zum einen auch bis in die Türkei und nach Sri Lanka durchgedrungen ist, daß es in Europa nicht mehr viele Jobs gibt. Und zum anderen, daß es Krieg und Repression sind, die Flüchtlinge aus ihren Ländern treiben.

In den Positionen der Bündnisse für und gegen Arbeit bleiben diese Entwicklungen unberücksichtigt. Die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Forderungen nach 'Arbeit für alle' werden ergänzt durch Argumente für ein Einwanderungsgesetz mit arbeitsmarktbezogenen Quoten – Nullquoten, wenn der Markt zugrundegelegt wird. Arbeitsloseninitiativen kämpfen auf der anderen Seite für ein Grundeinkommen, eine Grundsicherung auch ohne Arbeit, die bislang Flüchtlinge und andere MigrantInnen nicht miteinbezieht. Ein Weiterdenken dieser Forderungen ohne gleichzeitige Änderung der Asyl- und Ausländergesetze würde nämlich bedeuten, daß die Hilfsarbeiten in Küchen, am Bau und auf den Feldern weiter von Nicht-Deutschen geleistet werden, weil diese Jobs für Deutsche mit einer Grundsicherung im Hintergrund weiter an Attraktivität verlören. Internationale Arbeitsteilung in nationalen Grenzen.

Die Idee der Grundsicherung, Überleben und Einkommen nicht ausschließlich vom Arbeits- und Leistungsprinzip abhängig sein zu lassen, wird elitär, wenn sie ihre Inanspruchnahme von nationaler Zugehörigkeit abhängig macht. Realpolitisch argumentiert: Wenn überhaupt, wird sich ein Grundeinkommen nur für Deutsche durchsetzen lassen. Und vor diesem Hintergrund gäbe es vielleicht auch neue Argumente für ein Einwanderungsgesetz, nämlich einen neuen Bedarf an Arbeitskräften.

Doch zunächst geht es für die Eisenhüttenstädter AsylbewerberInnen wieder zurück ins Lager und bald in den Sudan oder nach Pakistan, denn jede Flut geht einmal zu Ende. Und für den Bundesgrenzschutz am Deich heißt es nach gemeinsam mit Flüchtlingen gegen die Oderflut getaner Arbeit: An die Oder gegen die Flüchtlingsflut.

Anmerkung:

1 die tageszeitung, 25. Juli 97

▶ **Stephan Günther** ist Mitarbeiter des **iz3w**.

Foto: E. Weber

Hand und Kopf
Thesen zum Begriff der Arbeit

von **gruppe nestbeschmutz**

▶ 1. Über Arbeit zu schreiben, bedeutet ganz schön Arbeit. Obwohl alle zu wissen meinen, was mit dem Begriff bezeichnet werden soll, kann er doch ganz unterschiedlich verwendet werden. Journalistisch bietet das Thema Arbeit einiges an Aufklärungsmöglichkeiten und Sensationslust: nicht, halb oder falsch ausgeführte Steuer-, Gesundheits- oder andere Reformen, apokalyptische Krisenszenarien vom Ende der Arbeit bis zu Erlösungsphantasien zum Anfang des nächsten Jahrtausends, des Informationszeitalters, wie es heißt.

Soziologisch schlägt das Herz hoch, kann der Soziologe endlich raus aus der diffamierenden 68er-Bewegungsecke rein in die Talkshow, an den Runden Tisch, neues Material, neue Begriffe liefern, um jede neue Veränderung kommentierend zu begleiten.

Politisch ist die Situation ungemein befriedigend, ist der Politiker doch in der Lage, aus der Krise heraus sich als Retter zu proklamieren, die anderen als Schuldige zu denunzieren, Zukunft zu propagieren und populistisch zur fehlenden Gemeinsamkeit zu mahnen.

Radikale Kritik an gesellschaftlichen Mechanismen steht hingegen dümmer da, als die Polizei erlaubt. Die Abschaffung kapitalistischer Arbeit theoretisch zu fordern, ist der blanke Hohn für die, die in dieser Gesellschaft keine haben. Dagegen praktisch neue, bessere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, verkennt die Dynamik, die erst Arbeitslosigkeit oder sinnlose Arbeit produziert. Wie man es macht, man macht es falsch.

Auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen, wirkt vergeistigt und abstrakt, weltfremd und intellektuell. Man wird unweigerlich zum Geschichtenerzähler, oder vielmehr zum Geschichte-Erzähler. Nur: Ein wenig Weltfremdheit schafft vielleicht das Fünkchen Abstand, der erst verstehen läßt, der keine Lösungen liefert, aber auch nicht das Gefühl verstärkt, unverstandene Verhältnisse ohnmächtig dadurch zu kanalisieren, den vermeintlich Verantwortlichen zu erfinden und erschlagen zu wollen.

▶ 2. Was ist denn Arbeit? Eigentlich ist sie Naturaneignung und -umformung, der aus dem knurrenden Magen entstandene Versuch, unmittelbare eigene Natur, den Körper, wie äußere Natur durch deren Beherrschung sich nutzbar zu machen. Der Mensch ist Natur in dem Sinn, daß es für ihn bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen gilt, die allerdings gesellschaftlich verschieden befriedigt werden und sich auch transformieren können. »Ist alle Natur gesellschaftlich vermittelt, so gilt umgekehrt auch, daß alle Gesellschaft unentrinnbar natürlich vermittelt ist.«[1] Seit langem war dieser Prozeß der Naturbeherrschung durch Arbeit immer nur denkbar in der Beherrschung anderer Menschen, die vermeintlich mehr Natur (Sklaven, Frauen, Kolonisierte...) sein sollten. Er war immer nur denkbar durch die Trennung in Arbeitende, die ein Mehr an Produkt erzeugten, und in diejenigen, die von dem Mehrprodukt, dem, was die Arbeitskraft anderer über die unmittelbare Reproduktion hinaus produziert, gar nicht schlecht leben konnten. Letztere konnten auch über Genuß und Philosophie genußvoll philosophieren, wohlwissend, daß das Arbeiten zur Selbsterhaltung nicht alles war.

Dieses Mehr an Produkt aus Arbeit verhalf dazu, sich als körperlich Nichtarbeitender Gesellschaften und Utopien auszudenken, die Glück versprachen, die aber auch so sehr von der Arbeit anderer profitierten, daß sie der Notwendigkeit zu arbeiten zwar gewahr wurden, schnell aber diese Notwendigkeit göttlich verklärten und das Schöne, das Genüßliche aus Arbeit verdrängten und unabhängig von ihr idealisierten. Die Notwendigkeit der Arbeit gehörte in den Bereich der Zweckmäßigkeit, während das Gute und Schöne als Lohn harter Arbeit im Jenseits wartete oder im Diesseits in den ästhetischen Kunstwerken und der höheren Kultur sich ausdrücken sollte. Dieser irdische Genuß war leider nur den Privilegierten zugedacht. Im 18./19. Jahrhundert wurde das Versprechen nach Glück in einem Kulturbegriff stillgelegt, durch den geistige, philosophische und auch sinnlich-erotische Vorstellungen aus dem Arbeitsleben gänzlich verabschiedet waren. Die geistige Welt wurde gegen die materielle Welt ausgespielt. Die Rede ist von der Tradition bürgerlicher Ideologie, die weit bis in antike Zeiten reicht. Einmal selbst an politische und ökonomische Macht gekommen, verschleiert sie den wertproduzierenden Charakter der nun kapitalistischen Arbeit und redet von Gleichheit und Demokratie, die den Austausch von Waren meint. Diese ideellen Begriffe gelten fortan zwar als abstrakt allgemeingültig, ihr Gehalt wird jedoch von der materiellen Basis ebenso wie Genuß und Glück abgetrennt und soll nur politische Gültigkeit besitzen. »Die Trennung des Zweckmäßigen und Notwendigen vom Schönen und vom Genuß ist der Anfang einer Entwicklung, welche das Feld freigibt für den Materialismus der bürgerlichen Praxis einerseits und des Geistes in einem Reservatbereich der 'Kultur' andererseits.«[2]

▶ 3. Die Arbeit im Kapitalismus, die »gesellschaftlich abstrakte Arbeit«, meint den konkreten Körper nur soweit, wie er die Basis für das Produzieren und Konsumieren ist, sie meint das konkret Nützliche nur soweit, wie es sich verkaufen läßt, und meint die Bedürfnisse nur soweit, wie aus ihnen Kapital zu schlagen ist. Auf dem Markt wird aus dem einstigen Tausch von Waren ein reines Tauschen nur der Verwertung wegen. Streng genommen gibt es seitdem Arbeit im Sinne körperlicher Naturaneignung und -umformung zur Selbsterhaltung nicht mehr, denn mit zunehmender Dauer der Etablierung der Struktur Selbstverwertung des Wertes wird nur noch für das Ganze produziert, das zu erhalten quasi automatisch den Arbeitenden in die Wiege gelegt wird. Körperliche Arbeit wird vergeistigt und durchläuft trotz ver-

schiedener Bedürfnisse, die ihr Produkt – die Ware – befriedigt, die gesellschaftlich abstrakte Vorstellung dessen, was zur Verwertung auf dem Markt taugt.

Es gibt aber eine Grenze dieser Prozedur der immer neuen Verwertung. Sie muß menschliche Arbeit als Grundlage verwerten; unter zunehmendem Druck der Konkurrenz und der fortlaufenden Produktion dieses Mehrprodukts intensiviert sie jedoch die Kraft zur Produktion über immer schneller werdende, immer effektivere Maschinen. Krisen sind die Folge, Krisen, die bedeuten, Unmengen von produzierten Waren loswerden zu müssen an Käufer, die ohne Arbeit keine Kohle haben, sie zu kaufen. Der Retter in der Not kapitalistischer Krisen, der Staat, macht hier und da einen Völkermord, einen Krieg, und versucht die Menschen, seine Untertanen, bei der Stange zu halten, indem sie ihn als naturhafte Autorität nehmen, er sie je nach Situation warnt, ja doch auf der richtigen Seite zu stehen oder auch stellvertretend angegriffen zu werden. Aber eigentlich soll er den potentiellen Käufern finanziell (sozialstaatlich) unter die Arme greifen, damit der ganze Laden läuft. Wenn die Gesellschaft die Legitimation durch ihren Reichtum an Waren nicht aus sich erzeugt, tut es der bürgerliche Ideologieapparat, indem er das Glück gleichermaßen weisser Zähne und Wäsche beschwört. Gelingt ihm das nicht, gibt es durchaus die geschichtlich getestete Möglichkeit eines Staates, der zum Konsumieren fordert oder aber entfesselt von jeglicher bürgerlicher Moral die Widersprüche durch phantasierte Gemeinschaft kanalisiert.

Wahrer Genuß wäre nicht durch bessere Warenverhältnisse herzustellen

► **4.** Aber geschichtlich weiterentwickelt stößt jener Kapitalismus auch an eine andere, viel entscheidendere Grenze: Nicht nur muß die Waren jemand kaufen, sie müssen von potentiellen Käufern einer Nützlichkeit erachtet werden, die diese abstrakte Verwertung langsam, aber sicher abgeschafft hat. Jetzt tritt die bürgerliche Genußphilosophie auf den Plan, aber nicht in der Art, unterdrückte Wünsche und verlangte Genüsse zu befriedigen, gar die Arbeit abzuschaffen, sondern diese Arbeitsgesellschaft bestehen zu lassen und ihre ungemeine Produktivität nutzend die Käufer für Waren zu stimulieren, die weniger nützlich sind als vielmehr dazu dienen, den Alltag, den Arbeitsalltag, zu vergessen. Mit anderen Worten: Man arbeitet, um zu konsumieren. Der Kaufdruck wird reklametechnisch und werbestrategisch potenziert, die Bedeutung der Arbeit im Sinne von körperlicher Arbeit nimmt ab. Ein riesiger Ideologieapparat versucht, jede nur denkbare Regung potentieller Absatzmöglichkeit aufzunehmen, Moden zu nutzen und zu erfinden und mit Hilfe der Genußideologie zu untermauern. Freizeit wird gebraucht, damit man überhaupt Zeit hat, das ganze Angebot zu nutzen. Die Arbeit selbst wird zunehmend mit Spaß durchsetzt. Verwirklichen soll man sich, die Trennung von Freizeit und Arbeit gar nicht mehr spüren, vorausgesetzt, man hat das Glück, an einen technologisch geförderten Job zu kommen und nicht in die gesellschaftlich noch nützliche Drecksarbeit zu rutschen – Arbeit, die im weiteren Verlauf der Vergeistigung der körperlichen Arbeit entqualifiziert bleibt oder wird, während gleichzeitig geistige Tätigkeit ebenfalls entqualifiziert wird in mechanische Abläufe, die das moderne (Computer-)Hirn leistet. Die scheinbar Hochqualifizierten dieser Gesellschaft sind die ersetzbaren Ausführenden sich tendenziell angleichender Arbeitsprozesse, die Unqualifizierten sind die Überflüssigen, die nur noch Chancen in der Glücksspirale haben.[3]

► **5.** Das Ende der Arbeit wäre das Ende der kapitalistischen Gesellschaft. Deshalb sind die Kommunikationsutopien der Telekommunikationsmultis und Medienwissenschaftler keine Abschaffung der Arbeit, wie zu hören ist, sondern nur die abstrakteste Variante eines Marktes, der Kulturwaren in immenser Schnelligkeit zirkulieren läßt. Deshalb werden diese unterhaltsamen, kreativen aber noch immer verzehrenden (Bildschirm-) Arbeiten und Organisationsfähigkeiten gefördert und gepusht. Selbst das Handwerk wird immer mehr Kopfarbeit, denn jede Vorstellung eines Tisches beispielsweise durchläuft die ideologisch-gesellschaftliche Vorstellung im Kopf, wie der Tisch auszusehen hat, damit er auch gekauft wird.

Kommunizieren wäre doch eine tolle Sache, sagen die Ideologen und meinen, der Austausch von Waren sei weiter notwendig, nur etwas Rausch müsse dabei sein. Den Körper spüren sei doch spitze, meinen die Freizeitgurus, und kontrollieren nur den von der Arbeit verlassenen Körper, der doch seine kaum gewonnene Freiheit wieder im stählernden Bad des Trainings lassen muß.

Totalitär ist der Markt – die Zirkulation der Waren – geworden. Er gibt uns durch die Kommunikationsindustrie das Gefühl, noch miteinander zu reden, durch die Informationsindustrie das Gefühl, zu wissen. Er gibt uns wieder einen Sinn: Den Sinn, durch den Kauf-, Lese-, Sauf- und Bilderrausch, durch die Teilnahme an der Kultur angeschlossen und integriert zu sein.

Wahrer Genuß wäre erst noch herzustellen, und das keineswegs im Produzieren der besseren Warenverhältnisse. Es ist wohl kaum von jemandem der persönliche Ausstieg zu fordern. Das bißchen Selbstreflektion aber, das eigenes Handeln und Leben im Kontext vorherrschender Arbeits- und Genußideologien sieht, ist manchmal politischer und aufklärerischer als man so allgemein denkt. »Die Arbeit, die eigentlich innerhalb der Gesellschaft ein vorgezeichnetes Verhältnis ist, wird so umgedeutet, als wäre sie die Freizeit selber ... Das Gegenteil der Arbeit ist bloß noch als Konsum gesehen ... Wir sind für das Moment des Chaotischen, für das, was nicht drin ist.«[4]

Wir auch.

Anmerkungen:

1 Schmidt/Görlich: Philosophie nach Freud. S.39.

2 Marcuse: Über den affirmativer Charakter der Kultur. S. 57.

3 Vgl. Bindseil: Es denkt, S. 13-19 und Schmiede (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten, S. 97-104 zur Veränderung des Subjekts der Arbeit.

4 Horkheimer/Adorno: Gesprächsprotokoll Horkheimer Band 13, S. 43.

► **NESTBESCHMUTZ** – antifaschistisches Faltblatt aus Göttingen, c/o Roter Buchladen, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen.

Brasiliens bleierne Jahre

O QUE É ISSO, COMPANHEIRO? (Die Guerilleros sind müde)

Regie: Bruno Barreto, Brasilien 1996

Foto: H. Sachs / version

von **Eugênio Barreto**

Nach Jahren des Vergessens diskutiert Brasilien seine bleiernen Jahre, den bewaffneten Kampf und die Repressionen der Militärdiktatur. Auslöser ist der Film »O que é isso, companheiro!« (wörtlich: Was ist das denn, Genosse) von Bruno Barreto, der die Entführung des US-amerikanischen Botschafters Charles Elbrick 1969 in Rio de Janeiro durch eine Gruppe junger Militantes der brasilianischen Linken erzählt. Erstaunlich ist dabei vor allem die Leidenschaftlichkeit, mit der die brasilianische Linke diesen Film kritisiert, ihn als Fälschung bezeichnet und des Freispruchs für die Folterer bezichtigt.

► Mit der Verfilmung des gleichnamigen Buches »O que é isso, companheiro?« von Fernando Gabeira hat sich der Regisseur Bruno Barreto auf ein sensibles Terrain begeben. Das 1979 veröffentlichte Buch des ehemaligen Guerilleros hatte sich zwar als Kassenschlager erwiesen und geradezu nach einer filmischen Bearbeitung geschrieen. Für die brasilianische Gesellschaft bedeutete dies jedoch, ein Tabu anzugehen. Der bewaffnete Kampf und die Folter sind traumatische Kapitel im nationalen Gedächtnis, die in verschämtes Schweigen gehüllt werden. Ein anderes verschwiegenes Kapitel sind die Beziehungen zwischen Brasilien und den USA. Noch immer erzeugen die amerikanische Unterstützung des brasilianischen Militärputschs und die Brutalitäten gegen die politischen Gefangenen und deren Familien in Brasilien ein Unbehagen.

Mehr denn je wurde es aber zur Notwendigkeit, dieses Tabu anzugehen. Die Zeit des bewaffneten Kampfes taucht in der brasilianischen Vorstellungswelt zunehmend aus der Vergessenheit auf – in einer allerdings etwas eigentümlichen Weise. Sie entwickelt sich zu einer der seltenen Epochen mit gutem Rohmaterial für die Unterhaltung, mit Modellen politischer Leidenschaft, dramatischer Intensität und fast mythologischen Persönlichkeiten. Das war, um nur ein Beispiel zu nennen, schon in der TV-Serie »Anos Rebeldes« (Rebellenjahre) von Gilberto Braga 1992 zu spüren, einer Literaturverfilmung, die eine ähnliche Geschichte wie der Kinofilm erzählt: die Entführung eines Botschafters durch die brasilianische Linke und sein Austausch gegen politische Gefangene. In der Serie wurden die Guerilleros melodramatisch reduziert und bar jeglichen politischen Kalküls dargestellt: Entweder gingen sie in den bewaffneten Kampf, um dem Vater eins auszuwischen oder um sich vor der Freundin zu beweisen oder einfach aufgrund jugendlicher Begeisterung. Dennoch nahm das Publikum die Serie begeistert auf. In dieser unserer so unwürdigen Vergangenheit, die voller Zugeständnisse und Feigheiten war, wird der tödliche Widerstand einiger Helden gegen die Diktatur zu einem Kapitel, auf das die Brasilianer stolz sein können. Trotz der Niederlage steht der Widerstand als Beweis für nationale Tapferkeit. Taktische oder politische Fehler werden beinahe bedeutungslos.

Falsch erzählt?

► Der Film von Bruno Barreto eignet sich weniger für Mythologisierungen dieser Art. Und das liegt meiner Ansicht nach weniger an der Verfälschung der Faktenlagen, die dem Film v.a. seitens der Linken vorgeworfen wird. Es stimmt, daß »O que é isso, companheiro« die geschichtlichen Fakten nicht ausreichend würdigt. Der Film läßt aus, er verändert und schafft neue Tatsachen. Man könnte dies aber einfach als filmisches Mittel begreifen, das auch in Filmen wie »Oktober« (von Sergej Eisenstein) oder »Die Schlacht um Algier« (von Gillo Pontecorvo) verwandt wurde, ohne daß sie deshalb von der Linken kritisiert worden wären. Man versteht unmittelbar, daß die fiktiven Szenen der Betonung einer ganz spezifischen Sinngebung folgen. Deshalb kann es in der Kritik an Barretos Film nicht allein um die Verfälschung von Tatsachen gehen. Darunter schwingt ein Gefühl verletzter Ehre mit, weil der Film hinter dem tatsächlichen Hergang nicht die erlösende Wahrheit enthüllt, nämlich die (rehabilitierende) Heldenhaftigkeit der damaligen Widerstandskämpfer. Und diese Sinnverschiebung kommt durch ein subtiles filmerisches Mittel zustande: die Verschiebung der Erzählperspektive.

Auf der Leinwand bleibt die Geschichte zwar berührend und heldenhaft, aber sie weckt Befremden. Das liegt nun aber nicht in

einer etwaigen reaktionären Option der Filmemacher, sondern in der Verschiebung der Erzählerperspektive, die dem Zwang des Marktes und der Institutionen unterliegt. Und der Zwang heißt: Dieser Film muß Englisch sprechen, weil er dann mehr Chancen auf dem ausländischen Markt hat (ein bißchen Portugiesisch ist allenfalls gut, um dem Ganzen den notwendigen Hauch von Exotik zu verleihen). Aber Englisch sprechen bedeutet in diesem Fall etwas Komplexeres als einfach eine Sprache zu benutzen; es bedeutet, eine amerikanische Institution für die Geschichte und ihre Erzählung zu benutzen.

Im Buch, das in der ersten Person geschrieben ist, war Fernando Gabeira selbst der Erzähler. Im Film dagegen bemerkt man bei genauerem Hinsehen, daß nicht Fernando die Geschichte erzählt, sondern der US-Amerikaner Charles Elbrick. Über den konkreten Film von Barreto hinaus verweist diese Verschiebung auf eine grundlegendere Tendenz: der Verschiebung des Erzählers im brasilianischen Film, was diesen nicht mehr brasilianisch scheinen läßt. Will das brasilianische Kino auf dem globalisierten Markt bestehen – entsprechend den Produktions- und Konsumnormen der Unterhaltungsindustrie US-amerikanischen Zuschnitts – muß es offenbar Charakteristika seines erzählenden Subjekts aufgeben und versuchen, es durch die Charakteristika eines anderen zu ersetzen. Heute widmet sich das Kino einer neuen Aufgabe, nämlich eine Geschichte aus der Perspektive einer kohärenten Welt zu erzählen, die die Krise durchsteht, ohne sie sich eigen machen zu müssen. Genau das gilt für den Film von Barreto.

Der Erzähler ist der Botschafter der USA, Charles Elbrick. Er schreibt die Briefe, in denen die Persönlichkeiten der Militantes dargelegt werden, von ihm stammt der Text aus dem Off, der hier und da auftaucht; und obwohl er aus der Geschichte verschwindet, ehe sie zu Ende ist, werden die Geschehnisse aus seiner Perspektive erzählt. Elbrick besteht von Beginn an darauf, mit den Entführern in seiner Sprache, der des US-amerikanischen Bürgers, zu reden, obwohl er Portugiesisch beherrscht. Es ist nicht nur seine Sprache, die die Erzählung bestimmt, sondern auch seine Art, die Welt zu sehen. Es ist seine Lebensweise (die auch die des amerikanischen Kinos ist), die Krise zu durchleben, ohne sie sich zu eigen zu machen.

Image mit Englisch

▶ Da er ein Opfer ist, wird Elbrick zum passiven Erzähler. Damit bleibt sein Zuwachs an Macht im Verlauf des Films fast unsichtbar. Dem Anschein nach drehen sich die Ereignisse um den Journalisten Fernando. Auf den ersten Blick zeigt ihn der Film als einen Journalisten mit Stil, der gute Texte schreibt, der intellektualisierter ist als die anderen. Tatsächlich erhält er aber nur Bedeutung und wird zum angesehensten Guerillero, weil er Englisch spricht. Nur das Attribut, Englisch sprechen zu können, verleiht ihm die menschliche und intellektuelle Größe, die die anderen nicht haben. Er ist nicht wie seine Genossen ein durch die Unterentwicklung erzeugter Radikaler: Wer Englisch spricht, dessen Ignoranz kann nicht bis zum Fanatismus reichen. Er ist jemand, der die andere Seite verstehen kann. Er ist der Dialogpartner par excellence. Dialog meint hier nicht nur die Übersetzung zweier Sprachen. Gemeint ist ein existentielles Gespräch. Der Journalist Fernando hört und versteht die Argumente des entführten Diplomaten. Und er spricht auch nicht deshalb Englisch, weil er eine bessere Ausbildung hatte als die anderen, sondern weil er besser ist als die anderen, nicht so eng, nicht so blind, nicht so taub. Er ist besser, weil er Englisch spricht. Wie der Botschafter.

Aus dem Dreck kommt einzig und allein die US-amerikanische Flagge sauber heraus

Die Verschiebung der Erzählerperspektive verändert auch vollkommen den Blick auf die handelnden Personen. Wäre der Erzähler wie im Buch tatsächlich ein Guerillero und bliebe die Struktur des Filmes dieselbe, hätten wir folgendes Bild: auf der einen Seite Diktatur (Unterdrückung, Folter, Zensur, Imperialismus), auf der anderen Seite das unterdrückte Volk, in der Mitte die Vertreter des Volks (die bewaffnete Linke) und als ein viertes, außenstehendes Element der entführte Botschafter. Läge also das Zentrum bei der Linken, dann wäre jede Differenzierung für den Folterer, die über das Bild eines Gorillas hinausginge, undenkbar.

Die Struktur des Films ist aber ganz deutlich eine andere. Auf der einen Seite stehen die Polizei und vor allem die Folterer mit ihren existentiellen Dramen. Dazu wurde (wie bei dem Guerillero Fernando) auch einem der Folterer Komplexität verpaßt. Als fast untragbar hybrides Wesen begeht er Niederträchtigkeiten, zu denen nur ein vollständig verdorbener Mensch in der Lage wäre, und gleichzeitig analysiert er die Entwicklung mit einem geradezu visionären Esprit. Den anderen Folterer kümmern die Grausamkeiten genauso wenig wie sie dem anderen Guerillero etwas ausmachen. Demgegenüber stehen die Guerrilleros mit ihren Dramen, Entscheidungen treffen zu müssen. Und in der Mitte, aufgepaßt!, auf einem, von beiden Polen gleich weit entfernten Thron, sitzt der verständnisvolle, humanistische Botschafter, der resignierte Demokrat. In diesem Fall muß er zum Erzähler werden, weil er die Mitte ist – oder anders herum. Und nur weil er das Zentrum ist, kann (und muß) der Folterer ein so verfeinertes Abbild erhalten. Schließlich stellen die Folterer genauso wie die Guerilleros ein Extrem dar, einer das genaue Gegenteil des anderen, einer genauso falsch wie der andere. Aus der Perspektive des Botschafters jedoch gab es zwei Seiten im

Konflikt miteinander, von denen keine im Recht war, weil dieses in der Mitte lag. Damit lieferten die Exzesse der einen die Rechtfertigung für die der anderen Seite, in einer Spirale der Gewalt ohne Schuldige.

Erlösung durch den Mittelweg

▶ Daß Charles Elbrick kein simpler Agent der CIA ist, sondern ein Humanist mit demokratischen Überzeugungen, legitimiert seine Position der Mitte noch zusätzlich. Als erzählendes Subjekt verkörpert er nicht den Imperialismus, sondern die zivilisierte (zivilisierende) Seite der Vereinigten Staaten. Er ist einer, der die nötige Klarheit besitzt, um die Nutzlosigkeit dieses Ausnahme-Regimes zu erkennen. Genau so drückt er sich in einer Szene aus. Die ganze Sache wirkt nur deshalb nicht vollkommen gekünstelt, weil sie sich inmitten all der künstlerischen Freiheiten im Umgang mit der Realität auf gewisse historische Fakten stützen kann. Elbrick hatte tatsächlich Respekt und Verständnis für seine Entführer, er war wirklich ein Kritiker der harten Linie in Brasilien. Den Aussagen der Beteiligten nach war er bemüht, eine zivile und weniger autoritäre Alternative anstelle der Perspektivlosigkeit der brasilianischen Diktatur zu finden. (Diese Unterlagen verschwanden gleich nach der Entführung in den Händen der Repression.) Elbrick begegnete seinen Bewachern tatsächlich mit Sympathie. Jetzt, in der Fiktion, läßt sich damit hervorragend das schlechte Gewissen Amerikas verkörpern, das so bestimmend wirkt in diesem tauben Totalitarismus der political correctness. Elbrick könnte politisch korrekter gar nicht sein. Elbrick ist im Film, wie wohl auch in Wirklichkeit, die Personifizierung des schlechten Gewissens der USA.

Deshalb erfährt nur ein einziger Mensch aus dem realen Leben eine Hommage von Bruno Barreto: Charles Elbrick. Es stimmt nicht ganz, daß der Film der Diktatur verzeiht. Und es stimmt nicht, daß der Film die politischen Fehler des bewaffneten Kampfes verurteilt, wie andere meinen. Beide Kritikpunkte beziehen sich zwar auf eine reale Grundlage, spiegeln jedoch nur Bruchstücke wider und verkennen den Blick auf das Ganze. Das Ziel dieser Literaturverfilmung, besser gesagt: ihre Berufung ist es, die Mitte freizusprechen – ausschließlich die Mitte. Aus dem ganzen Dreck kommt einzig und allein die US-amerikanische Flagge sauber heraus. Der Erzähler nimmt sie mit sich mit, sauber, nachdem sein Martyrium zu Ende gegangen ist. Und sogar das Martyrium gerät zu einer Art Sühne der uneingestandenen Schuld, die auf ihm lastet; es ist ein gerechtes, wenn auch wirres Martyrium. Als er aber freigelassen wird, geht er nach Hause zurück, leicht und frei, wie es der Erzähler im amerikanischen Kino immer tut. Dem Kreuzfeuer zwischen den zwei Extremen entkommt er mit einer Verwundung am Kopf (am Gewissen), was nur gerecht ist; aber er entkommt heil, moralisch heil.

Aus all diesen Gründen ist »O que é isso, companheiro?« ein Kandidat für den Oscar. Für irgendeinen Oscar. Wenn es nicht noch einen schweren Zwischenfall gibt, läuft er Gefahr, prämiert zu werden. Es hat ein Film gefehlt, der die amerikanische Schuld an den in Brasilien begangenen Verbrechen gegen die Menschenrechte sühnt. »O que é isso, companheiro?« tut genau das – ohne den bewaffneten Kampf verteidigen zu müssen, auch wenn er mit einigen ihrer Personen sympathisiert, und ohne die Folter zu verteidigen, obwohl er das fiktive Gewissensdrama eines Folterers einbaut. Folterer und Guerilla stehen sich in perfekter Symmetrie gegenüber – und dazwischen der Botschafter mit seiner Vernunft, die allerorten um Verständnis heischt. Er hat die Chance, dieses Verständnis jetzt zu erhalten, da er tot ist, wenn die Jury in Hollywood die Oscars vergibt. Dieses Wahlgremium stimmt mit dem moralischen (oder dem schlechten) Gewissen ab, nicht nach ästhetischen Kriterien.

»Das bin nicht ich.«

Von Protagonisten zu Statisten

▶ Hier stehen wir also: In »O que é isso, companheiro?« sind die Protagonisten des bewaffneten Kampfes nicht mehr die Protagonisten der Geschichte. Sie werden hier zu einer dritten Person inmitten einer Geschichte, die nicht ihre ist, sondern die des Botschafters. Aus einer erweiterten Perspektive geraten sie in die Geschichte des Erzählsubjekts des amerikanischen Kinos, das sich bei dieser Gelegenheit ein Stück brasilianische Geschichte einverleibt. Dies vielleicht ist für die linken Kritiker der unerträglichste Angriff: Die Helden der Guerilla, die die Zügel der Geschehnisse in die Hand nehmen wollten, sehen sich, ohne daß dies bemerkt würde, auf die Rolle von Statisten reduziert. In »Anos Rebeldes« hatten sie zumindest den triumphierenden Platz der Protagonisten inne – wenn auch zu einem melodramatischen Brei verarbeitet.

Obwohl Fernando Gabeira den Film lobt, sagt er über die Figur, die seinen Namen trägt: »Man kann nicht einmal sehen, daß ich diese Figur sein soll. Das bin nicht ich«. Kein Wunder, jener auf der Leinwand ist ein Dritter. Er ist eine dritte Person. Er ist ein Statist wie alle anderen auch, die unzähligen Collagen, Montagen unterzogen worden sind, der Macht der Realität entfremdet. Jener »Das bin nicht ich« ist einer, dessen Sichtweise scheinbar die Handlung leitet, der aber im Grunde den Folterern gegenübersteht, die sein ins Negativ verkehrte Abbild sind, und der einer Gewalt ausgeliefert ist, die seiner Kontrolle entgleitet. Der gefangene Botschafter dagegen hat als einziger den Überblick über das Ganze. Als Gefangener ist er der Erzähler. Selbst unter der schwarzen Brille, die sie ihm aufsetzen, um ihn blind zu machen, sind es seine Augen, die mittels der Kamera von Bruno Barreto als einziger die Tatsachen zu erkennen vermögen.

Trotz alledem ist »O que é isso, companheiro?« ein prächtiger Film. Mitreißend, bewegend, mit einer ihm eigenen Kraft. In der Hitze der Spannung kommt kein Zweifel auf: Das Publikum fiebert, daß der Botschafter lebend entkommt. Danach fiebert es, daß die Guerilleros lebend entkommen. Es fiebert gegen die Folter und für die Demokratie. Unser Problem war, daß wir den Film für das genommen haben, was er nicht ist. Er ist kein brasilianischer Film in dem Sinn, wie wir brasilianische Filme gewohnt sind. Streng genommen gehört uns »O que é isso, companheiro?« nicht, er ist nicht Frucht einer Bewegung, die mit der Linken irgendeine historische Verbundenheit pflegt. Er ist ein brasilianischer Film, der schon nicht mehr brasilianisch ist. Sein Auge ist nicht mehr das Auge, das wir einmal hatten, oder das die Linke hatte, um die Dinge zu sehen. Man kann von ihm nicht erwarten, daß er den Botschafter mit den Augen der Linken sieht, weil er nämlich die Linke mit den Augen des Botschafters sieht. Das ist nicht falsch, genauso wenig wie es richtig ist. Das ist ganz einfach so, weil es so ist.

Ich wünsche mir, daß »O que é isso, companheiro?« die Kinos füllt, weil er dann wenigstens Diskussionen über jene Zeiten der finsteren Kämpfe auslöst. Und es ist besser, von denen draußen gesehen zu werden, als von denen hier drinnen nicht verstanden zu werden. »O que é isso, companheiro?« ist ein sehr guter Film, aber ich brauche ihn nicht zu verteidigen. Ich sage nur, daß dieser Film für sich genommen keinen Sinn macht, jedenfalls für uns nicht. Er macht einen Sinn zusammen mit diesem Aufschrei von Seiten der Linken, der um uns herum ausgebrochen ist. Und das, Companheiros, das ist ein Fortschritt. Der Film mag uns in den Augen kratzen, aber er ist immer noch besser als die Fortsetzung der Dunkelheit.

▶ *Der Text ist in einer gekürzten Fassung der brasilianischen Tageszeitung Estado de Sao Paulo vom 11.6.1997 entnommen. Deutsche Erstaufführung des Films: Berlinale 1997.*

▶ *Übersetzung: Barbara Fritz*

Einfach hybrid!

Kulturkritische Ansätze der Postcolonial Studies (Teil 1)

von **Sabine Grimm**

Postcolonial Studies beschäftigen sich im weitesten Sinne mit der Geschichte des Kolonialismus und dessen Fortwirken in der Gegenwart. So verwies etwa Edward Said auf die für den Kolonialismus konstitutive Konstruktion des »Orients« durch »westliche« Diskurse, insbesondere innerhalb der europäischen Literatur. Dabei bleibt er jedoch einem Opfer-Täter-Dualismus verhaftet, den Homi K. Bhabha durch eine Theorie des Widerstands gegen den Kolonialismus überwindet – dem Konzept der Hybridisierung.

► Bei der Forschungsrichtung 'Postcolonial Studies'[1] handelt es sich zunächst um eine Unterabteilung der 'Cultural Studies', einer akademischen Disziplin, zu der sich in der Bundesrepublik kaum eine Entsprechung findet. Diese ist mit »Kulturwissenschaften« nur unzureichend übersetzt, auch wenn dieser Begriff zuweilen eine Annäherung an die entsprechenden angloamerikanischen Forschungsansätze signalisieren soll. Die Postcolonial Studies bewegen sich zwischen literaturwissenschaftlichen und allgemein kulturtheoretischen Ansätzen. Dem entspricht eine Unterscheidung, die sich in den Veröffentlichungen zum Thema immer wieder findet: die zwischen postkolonialen Literaturen einerseits und postkolonialer Kritik beziehungsweise Theorie andererseits. Die Namen, die am häufigsten fallen, wenn von letzterer die Rede ist, lauten: Edward Said, Homi K. Bhabha und Gayatri C. Spivak. Ihre theoretischen Konzepte, um die es im folgenden geht, sind forschungsleitend, auch wenn Bhabha und Spivak, im Gegensatz zu Said, in der Regel nur bruchstückhaft rezipiert werden.

Die Konstruktion des Orients

► Eine wichtige Voraussetzung für die intellektuelle Formierung der postkolonialen Kritik war die Etablierung der »Colonial Discourse Analysis«. Sie konstituierte sich als akademische Richtung innerhalb der Literatur- und Kulturtheorie nach dem Erscheinen von Edward Saids *Orientalism* (1978). Zwar hatte es zweifellos schon früher Schriften zum Kolonialismus gegeben, die die Stereotypen des exotischen und inferioren »Anderen« angriffen und zum Teil Saids Thesen vorwegnahmen – er selbst verwies unter anderem auf Frantz Fanon und Aimé Césaire. Doch erst mit Saids Buch richtete sich das Forschungsinteresse auf den orientalistischen beziehungsweise allgemeiner den kolonialen Diskurs.

Saids zentrale These war die einer engen Verbindung zwischen den »westlichen« Diskursen über den »Orient« und den historischen Formen kolonialer Eroberung, Besetzung und Administration. Er erhob quasi einen Generalvorwurf gegen die »europäische« Literatur: Seine Analyse des orientalistischen Diskurses erstreckte sich von der griechischen Tragödie über Dante und Voltaire, Chateaubriand und Byron, Nerval, Flaubert, Camus bis hin zu Henry Kissinger (einer der wenigen Nicht-Literaten), um nur einige Namen zu nennen.

Die theoretische Bestimmung seines Gegenstands war so folgenreich wie widersprüchlich. Said entwickelte vor allem zwei Definitionen von Orientalismus, die seine Analyse strukturierten. Zum einen bezog er sich auf Michel Foucaults Archäologie des

Wissens und bestimmte den orientalistischen Diskurs historisch: »Nimmt man das späte 18. Jahrhundert als grob umrissenen Ausgangspunkt, so läßt sich Orientalismus als eine Art umfassende Institution für die Beschäftigung mit dem Orient diskutieren und analysieren ... Ohne Orientalismus als Diskurs zu untersuchen, kann man die unglaublich systematische Disziplin nicht verstehen, mit Hilfe derer es der europäischen Kultur gelang, den Orient politisch, gesellschaftlich, militärisch, ideologisch, wissenschaftlich und imaginär in der an die Aufklärung anschliessenden Epoche zu organisieren und sogar hervorzubringen« (Said 1978: 3).

Karl May ist Kara Ben Nemsi

Mit dieser Einführung des Diskursbegriffs in die Forschung zum Kolonialismus etablierte er die Auffassung einer relativen Autonomie des Kulturellen, indem er die Repräsentationen des Orients nicht als bloße Widerspiegelungen ökonomischer und politischer Faktoren oder als nachträgliche Legitimationen, sondern als konstitutive Momente von Kolonialismus und Imperialismus begriff und die Bedeutung der Wissensproduktion für die historischen Formen kolonialer Unterwerfung und Administration betonte.

Literarische Texte, Reiseberichte und akademische Diskurse wurden im Anschluß an *Orientalism* nun nicht mehr nur als Dokumente des Kolonialismus, sondern als für den Prozeß der Kolonialisierung selbst konstitutive diskursive Praktiken analysiert. Die Colonial Discourse Analysis förderte so zwar viel über die Phantasmen des kolonialen Diskurses zutage, zur gleichen Zeit aber hielt sie die Forscher und Forscherinnen davon ab, die historischen und aktuellen Bedingungen, die er beschreiben und kontrollieren sollte, das heißt auch das jeweilige Zusammenwirken ökonomischer, politischer und kultureller Faktoren genauer zu untersuchen. Man konzentrierte sich auf »den Diskurs«.

Der totalisierende Diskurs

► Diese Tendenz war jedoch weniger Saids Foucaultrezeption geschuldet, sondern eher auf eine weitere, umfassendere Definition zurückzuführen, die er seiner Analyse zugrundelegte. Mit ihr bezeichnete er Orientalismus als »Denkweise, die auf einer ontologischen und epistemologischen Unterscheidung zwischen 'dem Orient' und (in der Regel) 'dem Okzident' beruht ... Dieser Orientalismus ermöglicht es, Aischylos beispielsweise mit Victor Hugo und Dante mit Karl Marx zusammenzubringen«. (Said 1978: 3) Diese totalisierende Definition, die den orientalistischen Diskurs mit »Europa«, dem »Westen«, dem »europäischen Wissen« insgesamt identifizierte, brachte eine gleichsam umgekehrte Essentialisierung des »Westens« mit sich und verdunkelte die historischen Unterschiede zwischen Orientalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Sie ermöglichte es Said, die unterschiedlichsten Texte als »orientalistisch« zu entlarven und dabei die politischen Differenzen zwischen Unterstützern des Kolonialismus und seinen Kritikern weitgehend auszublenden.

Seine umstrittenste These war die, daß die Diskurse des Orientalismus nichts über die tatsächliche Beschaffenheit ihres Objekts aussagten. Mit ihr war ein zentrales theoretisches Problem seiner Studie verbunden. Auf der einen Seite gab Said an, daß seine Untersuchung sich auf die »interne Konsistenz« (1978: 5) des Orientalismus als eines »diskursiven Felds« konzentriere, das nichts mit dem realen Orient zu tun habe, während er andererseits behauptete, das orientalistische Wissen sei für die koloniale Eroberung, Besetzung und Administration unabdingbar gewesen. In einem bestimmten Moment war also der orientalistische Diskurs mit den historischen Bedingungen konfrontiert, in dem Moment nämlich, als dieser von einem »fremden« zu einem »kolonialen Raum« wurde und seine Repräsentationen zum Instrument im Dienst der kolonialen Macht gerieten. Said löste dieses im Kern historische Problem in seiner theoretischen Argumentation durch die psychoanalytische Unterscheidung zwischen latentem und manifestem Orientalismus.

In den Debatten um Orientalismus kehrte vor allem ein Thema immer wieder: die Frage nach dem Widerstand der Kolonisierten. Die Kritik richtete sich gegen Saids Konzentration auf die orientalistischen Diskurse und seine implizite Behauptung, der Westen habe den Orient durch diese gleichsam zum Schweigen verurteilt. Eine ähnliche Kritik wird auch gegen Gayatri Spivaks Thesen zur »epistemischen Gewalt« des westlichen Diskurses vorgebracht, die in verschiedener Hinsicht an Saids Kritikperspektive anschließen. Sie begreift die Geschichte des Kolonialismus als eingeschrieben in die westlichen Wissensformen, deren Eurozentrismus nicht durch einen umgekehrten Ethnozentrismus zu überwinden sei. In ihrer historischen Analyse des Diskurses über Sati (Witwenverbrennung) etwa, in dem indische Frauen sowohl der patriarchalen Ideologie der Hindus als auch jener der Kolonialmacht unterworfen waren, betont sie zwar Formen von Verweigerung – etwa Sati-Suizide gegen die Gesetze der britischen Administration –, kommt jedoch letztlich zu dem Schluß: »There is no space from where the subaltern (sexed) subjekt can speak.« (Spivak 1988) Ihr dekonstruktives Diktum »The subaltern cannot speak« brachte ihr den Vorwurf ein, die »Stimme des Indigenen« auszulöschen und dem kolonialen Diskurs eine absolute Macht zuzuschreiben. [2] Spivak hält dieser Kritik entgegen, daß man, um »indigene Theorien« zu konstruieren, die letzten Jahrhunderte »of historical involvement« ignorieren müsse. (Spivak 1990: 69) In diesem Sinne gibt es kein »Außerhalb« des kolonialen, westlichen Diskurses: »Der dekonstruktivistische philosophische Standpunkt besteht in der eigentlich unmöglichen Verweigerung gegenüber einer Struktur, die man angreift und zugleich verinnerlicht hat.« (Spivak 1993: 60)

Objekte des Begehrens und der Verachtung

► Ein Konzept, das den Täter-Opfer-Dualismus Saids wie auch die dekonstruktive Hermetik Spivaks zu überwinden versucht, ohne die »indigene Stimme« zu beschwören, entwickelt Homi Bhabha. Er kritisiert Saids Annahme einer eindeutigen Intention auf seiten des Westens: Seine Unterstellung, daß sich die »koloniale Macht ausschließlich im Besitz des Kolonisatoren« befinde, sei eine »historische und theoretische Vereinfachung«. (Bhabha 1983: 200) Bhabha bezeichnet es dagegen als Ziel seines theoretischen Projekts, »eine bestimmte Niederlage oder gar ein Unvermögen des 'Westens' bei der Durchsetzung der 'Idee' der Kolonisierung nachzuzeichnen«. (1996: 348) Er greift die von Said nahegelegte psychoanalytische Unterscheidung zwischen latentem und manifestem Orientalismus auf und versucht sie im Sinne einer allgemeinen Theorie des kolonialen Diskurses weiterzutreiben: Die westlichen Repräsentationen des Orients, so seine These, zeugten von einer grundlegenden Ambivalenz gegenüber dem »Anderen«, das »zugleich ein Objekt des Begehrens und der Verachtung« sei. (Bhabha 1994: 67) Es geht ihm nicht nur darum, den Täter-Opfer-Dualismus Saids zu überwinden, sondern darüber hinaus eine Theorie des Widerstands gegen den Kolonialismus zu entwickeln. Hier setzt sein Konzept der »Hybridisierung« an. Nach Bhabhas Vorstellung bezeichnet Hybridität eine dem kolonialen Diskurs inhärente Ambivalenz, die er zugleich als die Bedingung seiner Subversion ausmacht: »Wenn wir den Effekt kolonialer Macht in der Produktion von Hybridisierung sehen und nicht in der lauten Herrschaft kolonialer Autorität oder der stummen Verdrängung indigener Traditionen, findet ein wichtiger Perspektivwechsel statt. Er offenbart die Ambivalenz am Ursprung traditioneller Diskurse über Autorität und ermöglicht eine Form der Subversion, die in dieser Unsicherheit gründet und die diskursiven Zustände der Herrschaft

in den Nährboden der Intervention verwandelt.« (1994: 112)[3]

Die Konzepte der Hybridität haben sich mittlerweile in den Postcolonial Studies durchgesetzt. Sie beziehen sich entweder explizit auf Sprachtheorien oder auf dekonstruktivistische und psychoanalytische Ansätze, die sich an solchen orientieren (etwa Jacques Derridas Begriff der »differánce«). Homi Bhabha leitet seine Vorstellung eines in sich gespaltenen Diskurses unter anderem von Michail Bachtins Romantheorie ab, genauer, von dessen Thesen zur Dialogizität der Sprache im allgemeinen und des Romangenres im besonderen.

Für Bachtin bezeichnet Hybridität zunächst die Art und Weise, wie eine sprachliche Äußerung, selbst in einem einzelnen Wort oder Satz, zweistimmig sein kann. Er begreift diese »innere Dialogizität« als eine notwendige Begleiterscheinung der sozialen »Spaltung der Sprache«, als »eine Folge ihrer Überbesetzung mit in der Rede differenzierten Intentionen. Diese Aufspaltung und die mit ihr zusammenhängende Überbesetzung und Überlastung der Wörter und Formen mit Intentionen sind die unvermeidbaren Begleiterscheinungen des sozial widersprüchlichen historischen Werdens der Sprache.« (Bachtin 1979: 218) In diesem Sinne bestimmt er Hybridisierung als »Vermischung zweier sozialer Sprachen innerhalb einer einzigen Äußerung«, als »Aufeinandertreffen zweier verschiedener, durch die ... soziale Differenzierung ... geschiedener sprachlicher Bewußtseine in der Arena der Äußerung« (1979: 244) und unterscheidet zwischen einer unabsichtlichen, »organischen« und einer beabsichtigten Hybridisierung.[4] Während die erstere ein »zentraler Modus des historischen Lebens und Werdens von Sprachen« sei, versteht er die letztere als ein »künstlerisches Verfahren« – etwa Formen der Stilisierung und der Parodie – im Roman. Bei der beabsichtigten Sinnhybride handelt es sich »um eine bewußte vergleichende Zusammenstellung und Gegenüberstellung«, beide »Standpunkte werden hier nicht vermischt, sondern einander dialogisch konfrontiert«. (1979: 245f.)

Hybridität als Modell des Widerstands

► Es ist vor allem dieser Aspekt der dialogischen Konfrontation, den Bhabha für sein Konzept der Hybridisierung bei Bachtin aufgreift. Es geht ihm in erster Linie um das Moment der Subversion des kolonialen Herrschaftsdiskurses, in dem innerhalb eines einzelnen Diskurses eine Stimme in der Lage ist, die andere zu demaskieren und so deren Autorität zu unterminieren, und nicht um die Vorstellung einer »Vermischung« zweier Sprachen im Sinne von Bachtins »organischer Hybridität«. Bhabha transformiert so Bachtins »intentionale Hybridität« theoretisch zu einem aktiven Moment des Widerstands gegen die koloniale Herrschaft. (vgl. Young 1995) Über den Einwand hinaus, daß hier die kolonialen Gewaltverhältnisse nivelliert würden (Mackenthun 1996: 377), verallgemeinert Bhabha den Begriff der Hybridität zum Modell von Widerstand und kultureller Politik überhaupt – eine Tendenz, die in den Postcolonial Studies allgemein zu beobachten ist. Historische Analysen spezifischer Diskurse sind dagegen selten und berücksichtigen kaum andere Dimensionen.[5] Bhabha selbst zieht selten historische Dokumente heran. Als eines der wenigen Beispiele für sein Konzept der Hybridität dient ihm der Text eines christlichen Missionars in Indien, der darüber berichtet, wie er indischen Hindus die Kommunion nahezubringen versucht: Er ist verwirrt, als diese, da Vegetarier, angeekelt auf die Idee reagieren, das Fleisch Christi zu essen und sein Blut zu trinken; der englische Missionar erscheint selbst als kannibalistischer Vampir. (Bhabha 1994: 102ff.) Abgesehen von der Frage, inwieweit hier von Widerstand die Rede sein kann, vermeidet Bhabha, zwischen historisch unterschiedlichen Formen von Kolonialismus zu differenzieren, und verallgemeinert seine auf Indien bezogenen Analysen zu solchen des kolonialen Blicks überhaupt.

Grundsätzlich changiert Bhabhas Einsatz des Hybriditätsbegriffs zwischen seiner Verwendung für eine allgemeine Kulturtheorie und seiner Zuschreibung auf bestimmte Subjekte. Zum einen versucht er, über den Begriff der Hybridisierung seine Vorstellung von »kultureller Differenz« vom Multikulturalismus abzugrenzen und begreift die Gespaltenheit der Sprache als zentrale Metapher für seine Kulturtheorie: »Nur wenn die Theorie der Tatsache Rechnung trägt, daß schon der Ort der Äußerung in sich gespalten ist, kann eine internationale Kultur gedacht werden, die nicht auf dem Exotismus des Multikulturalismus oder der Diversität der Kulturen basiert, sondern auf der Einschreibung und Artikulation der Hybridität von Kultur.« (1994: 38) In diesem Sinne vertritt er einen abstrakten Antiessentialismus, der die Arbitrarität von Sprache selbst zum Modell von Politik erklärt. So spricht Bhabha davon, daß »Widerstand nicht notwendigerweise ein oppositioneller Akt politischer Intention« sei, sondern vielmehr »der Effekt einer Ambivalenz«. (1994: 110) Aus dieser Perspektive plädiert er gegen eine »Politik der Polarisierung« und für ein »hybrides« Verständnis von Kritik. An diesem Punkt wird die politische Indifferenz seiner Theorie offenkundig: »Die Sprache der Kritik

Bildnis des orientalischen Diskurses: der stolze, edle Orientale

ist nicht deshalb wirkungsvoll, weil sie die Begriffe Herr und Knecht, Merkantilist und Marxist bis in alle Zeiten trennt, sondern sie ist es in dem Maße, wie es ihr gelingt, die vorhandenen Widersprüche zu überwinden und den Raum für eine Vermittlung zu öffnen: einen Ort der Hybridität ...« (1994: 25)

Zum anderen dient ihm der Begriff der Hybridität zur Kennzeichnung der Situation von postkolonialen Migranten. Hier geht er mit der Unterstellung einher, daß aus dem »kulturellen« Status von Migranten (»zwischen« verschiedenen »Kulturen«), den Subjekten, denen Hybridität in besonderem Maße zugeschrieben wird, quasi per se eine antirassistische Politik folge. Im Zuge einer behaupteten Auflösung eindeutiger »kultureller Identitäten« durch Globalisierung und Migration gerät so die Figur des Migranten zum neuen revolutionären Subjekt. Diese Zuspitzung nimmt auch Stuart Hall in der Verknüpfung des Hybriditätsbegriffs mit seinem Konzept der »neuen Ethnizitäten« vor.[6] Hall konstruiert in seinen neueren Aufsätzen eine dekonstruktive Wende in der antirassistischen Politik: Während der frühere »Kampf um die Repräsentationsverhältnisse« von der homogenisierenden Bezugnahme auf ein essentiell gedachtes schwarzes Subjekt bestimmt gewesen sei, sieht er nun eine »Politik der Repräsentation« auftauchen, die sich der Hybridität von Identitäten, sprich, ihrer diskursiven Konstruiertheit und Uneindeutigkeit, bewußt sei. Halls politisches Projekt, das er in einigen kulturellen Produktionen bereits umgesetzt sieht[7], zielt auf eine Umdeutung des Ethnizitätsbegriffs und seine Entkopplung von rassistischen und nationalistischen Diskursen. Ihm zufolge erkennt dieser den »Stellenwert von Geschichte, Sprache und Kultur für die Konstruktion von Subjektivität und Identität an sowie die Tatsache, daß jeder Diskurs plaziert, positioniert und situativ ist und jedes Wissen in einem Kontext steht« (Hall 1994: 21f.). In diesem Sinne seien »wir alle ethnisch verortet, unsere ethnischen Identitäten sind für unsere subjektive Auffassung darüber, wer wir sind, entscheidend«. (1994: 23) Das »wir« soll in diesem Fall tatsächlich »alle« einschließen, doch bezieht Hall wie Bhabha sein Konzept der »neuen Ethnizitäten« in besonderer Weise auf Migranten und versteht es als antirassistisch.

Hybridität und Antirassismus

► In einem Interview erklärt er, den Begriff der Hybridität etwa so zu benutzen, wie sich Salman Rushdie als »Bastard« betrachte, »das heißt als jemand, der das Unreine, Negative bewußt auf sich nimmt. Es geht dabei in erster Linie um die störende Kraft in bezug auf die alten Essentialismen«. (Hall 1996: 52) An Rushdies Plädoyer für Hybridität, das Hall an anderer Stelle zustimmend zitiert, wird allerdings deutlich, wie die Rede von der Hybridisierung – über die Assoziationskette: Sprache, Kultur, Ethnie, Rasse – die »alten Essentialismen« in ihrer Umkehrung selbst aufrufen kann: »Jene, die den Roman heute am heftigsten bekämpfen, sind der Meinung, daß ein Vermengen mit anderen Kulturen unweigerlich die eigene Kultur schwächen und ruinieren muß. Ich bin genau der entgegengesetzten Meinung. Die Satanischen Verse feiern die Bastardisierung, die durch neue, unerwartete Kombinationen von Menschen, Kulturen, Ideen, politischen Richtungen, Filmen oder Liedern entsteht. Das Buch erfreut sich am Mischen der Rassen und fürchtet den Absolutismus des Reinen.« (Rushdie 1992: 457f.)

Diese Umkehrung bleibt allerdings negativ an den rassistischen Diskurs gebunden, was ihre antirassistische Wirksamkeit fraglich erscheinen läßt. Tatsächlich spielte der Begriff der Hybridität in den Rassentheorien des letzten Jahrhunderts eine zentrale Rolle. War er zunächst im botanischen und biologischen Diskurs gebräuchlich, so wurde die Möglichkeit oder Unmöglichkeit von Hybridität Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer entscheidenden Frage im Streit zwischen Vertretern der Doktrin, daß die Menschen in verschiedene Spezies einzuteilen (Polygenesis), und Vertretern der Auffassung, daß sie eine Spezies seien (Monogenesis). (Vgl. Young 1995: 9) Die Debatte konzentrierte sich auf die Frage der Fertilität von »Mischlings«-Nachkommen und führte etwa auf seiten der Polygenesis-Vertreter zu Degenerationsbehauptungen, die durch ausgedehnte Forschungen und Tabellen belegt werden sollten. Doch kann die Verwendung des Begriffs Hybridität im rassistischen Diskurs nicht dazu dienen, das Hybriditätskonzept der postkolonialen Kritik als rassistisch zu denunzieren. Ebensowenig ist die Umkehrung des rassistischen Diskurses, wie sie Hall und Rushdie vornehmen, mit diesem gleichzusetzen.

► *Der Text wurde leicht gekürzt der Zeitschrift Die Beute, Nr. 2/97 entnommen. Im zweiten Teil des Artikels, den wir in der nächsten Ausgabe veröffentlichen, werden die Postcolonial Studies v.a. in bezug auf ihr Verhältnis zur Nation kritisch hinterfragt.*

Anmerkung:

1 Der Begriff postkolonial kommt hier in widersprüchlicher Weise zum Einsatz. Abgesehen von seiner Verwendung im Sinne einer historischen Periodisierung – das »Post« soll schlicht die Phase nach der Dekolonisation kennzeichnen – changiert er zwischen verschiedenen Bedeutungen, und dies zuweilen innerhalb einzelner Texte: Während die meisten den Begriff auch im Sinne eines fortgesetzten Einflusses kolonialer Strukturen auf eine formal dekolonisierte Gegenwart oder synonym mit neokolonial gebrauchen, er also nicht eine Überwindung kolonialistischer Machtverhältnisse signalisieren soll, erhält er in Kombination mit »postmodern« in manchen Fällen eine solche Bedeutung.

2 Vgl. etwa Benita Parry 1987

3 An anderer Stelle verwendet er in derselben Absicht Lacans Begriff der Mimikry. Beide Konzepte beruhen auf dem Gedanken einer ironisierenden, parodierenden Imitation eines vorhergehenden Diskurses. Bhabha begreift Hybridität und Mimikry gleichermaßen als Strategien des kolonialen Diskurses wie des Widerstandes gegen diesen.

4 Bachtins Vorstellung einer Vielfalt von »Sprachen« bezieht sich auf soziale Differenzierungen, er spricht auch von »verbal-ideologischen Horizonten«. Gemeint sind also nicht einfach Nationalsprachen – diese selbst sind vielmehr in sich sozial differenziert und durch Hybridisierung gebildet –, sondern etwa: »gattungs- und berufsspezifische, ständisch-gruppenspezifische (Sprache des Adligen, des Pächters, des Kaufmanns, des Bauern), Sprachen von Richtungen, Alltagssprachen« etc., vgl. Bachtin 1979: 201

5 Die hier üblichen Analysen bleiben zum Beispiel weit hinter Tzvetan Todorovs »exemplarischer Geschichte« zurück, wie er sie in »Die Eroberung Amerikas« entwickelt.

6 Vgl. Hall 1994, darin vor allem die Aufsätze »Neue Ethnizitäten« und »Alte und neue Identitäten, alte und neue Ethnizitäten«

7 Hall bezieht sich etwa auf Hanif Kureishi-Filme (Sammy and Rosy get laid, My Beautiful Laundrette), in denen die Widersprüchlichkeit der »neuen Ethnizitäten« zum Ausdruck komme.

Literatur:

Bachtin, Michail M. 1979: Die Ästhetik des Wortes. Frankfurt am Main

Bhabha, Homi K. 1983: Difference, Discrimination and the Discourse of Colonialism. In: Francis Baker u.a. (Hg.): The Politics of Theory. Colchester

ders. 1994: The Location of Culture. London, New York

ders. 1996: Postkoloniale Kritik. Vom Überleben der Kultur. In: Das Argument 215/1996

Hall, Stuart 1994: Rassismus und kulturelle Identität. Hamburg

ders. 1996: Terrains der Verstörung. Interview von Christian Höller. In: Texte zur Kunst Nr. 24/1996

Mackenthun, Gesa 1996, E Pluribus Unum? Die Position der USA im postkolonialen Diskurs. In: Das Argument 215/1996

Rushdie, Salman 1992: Heimatländer der Phantasie. Essays und Kritiken 1981 – 1991, München

Said, Edward W. 1978: Orientalism. New York, London

ders. 1990: Third World intellectuals and metropolitan culture. In: Raritan, Winter 1990

ders. 1997: Götter, die keine sind. Berlin

Spivak, Gayatri C. 1988: Can the Subaltern Speak? In: Cary Nelson, Lawrence Grossberg (Hg.), Marxism and the Interpretation of Culture. Illinois

diess. 1990: The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues. Hrsg. v. Sarah Harasym, London, New York

diess. 1993: Outside in the Teaching Machine. London, New York

Young, Robert 1990: White Mythologies. Writing History and the West, London/New York

ders. 1995, Colonial Desire, Hybridity in Theory, Culture and Race, London/New York

► **Sabine Grimm** ist Redakteurin bei der Zeitschrift **Die Beute**.

Foto: I. C. Hendel

Katerstimmung nach Dornröschenschlaf

NGOs gefangen im Netz globaler Verhandlungstaktik

von **Achim Brunnengräber**

1992 wurde die Rio-Konferenz in NGO-Kreisen als großer Schritt in Richtung zivilgesellschaftlicher Einflußnahme auf die Weltpolitik gefeiert. Nach der »offiziellen« Anerkennung der NGOs und der Teilnahme am internationalen Konferenzzirkus der folgenden Jahre setzt in ihren Reihen jetzt offenbar Ernüchterung ein. Zuletzt hat das Rio+5-Folgetreffen in New York Anfang Juli demonstriert, daß Mitreden nicht Mitbestimmen heißt.

► In New York erwies sich der gute Geist von Rio als Gespenst. Unter dem weißen Gewand, das vor fünf Jahren sinn- und konsensstiftend in Form der Agenda 21 über die Weltgesellschaft gelegt wurde, kamen die polit-ökonomischen Interessengegensätze unverhüllt zum Vorschein. Die desaströse sozio-ökonomische und ökologische Negativbilanz der Sondergeneralversammlung (SGV) der Vereinten Nationen stellt aber nicht nur den politischen Willen der Regierungen zur Umsetzung der Agenda 21 in Frage. Gleichzeitig gerät die globale 'NGO-community', die sich auf den Rio-Prozeß stützte und den Marathon der folgenden Weltkonferenzen zu Bevölkerung, Frauen, Städten, Ernährung und Sozialem mit viel Aufwand begleitete, in eine Legitimations- und Glaubwürdigkeitskrise.

Dennoch hatte der 'showdown' von New York zum Abschluß der Weltkonferenzreihe eine positive Seite: Die Mächtigen der Welt und die Entwicklungsländer legten ihre Karten endlich unverbrämt auf den internationalen Verhandlungstisch. Nun besteht kein Zweifel mehr daran, daß ohne die Supermacht USA auf der weltpolitischen Bühne überhaupt nichts läuft. Und die Bereitschaft der USA zu weitreichenden sozial- oder umweltpolitischen Maßnahmen tendiert gegen null. Die alten Interessengegensätze zwischen Industrie- und Entwicklungsländern brachen an den Fragen des Finanz- und Technologietransfers wieder auf (s.auch iz3w Nr. 221) und die Privatwirtschaft hat als neuer Hoffnungsträger den NGOs den Rang abgelaufen. Diese Botschaften müssen die NGOs bei ihrem politischen Engagement auf der internationalen Bühne jenseits aller Nachhaltigkeitsrhetorik zukünftig wieder stärker berücksichtigen.

Die Priorität ökonomischer gegenüber sozialen und ökologischen Themen hatte auch Martin Khor, der Direktor des 'Third World Network', vor Augen, als er in New York verkündete: »Wir haben verstanden, was hier die Realität ist: der dunkle Schatten der Globalisierung liegt über der SGV«. Bereits beim Weltwirtschaftsgipfel der G7 in Denver wurde das enge Feld abgesteckt, in dem sich die Regierungsdelegationen bei der SGV in New York überhaupt noch bewegen konnten. Und die Auto-, Chemie-, Öl- oder Papierlobby tat ihr übriges, um Fortschritte zu verhindern. Die »nationale und internationale Politik ist nur unzureichend in der Lage«, wie Barbara Unmüßig vom 'Forum Umwelt und Entwicklung' erklärte, »sich gegen mächtige wirtschaftliche Interessengruppen durchzusetzen«.

Routinemäßige Appelle an Regierungen verlieren ihre Glaubwürdigkeit

In allen wichtigen Streitfragen, wie der Forderung nach einem Verhandlungsmandat für eine Waldkonvention, den Positionen zum Abbau der klimaschädlichen Emissionen oder zum Problem der sinkenden Entwicklungshilfe kamen keine Annäherungen zustande. Schließlich wurden sogar Verhandlungen über die Wortwahl in der 'politischen Erklärung', die üblicherweise dem umfangreichen Abschlußdokument vorangestellt wird, ergebnislos abgebrochen. Daß die NGOs jetzt Kritik am fünfjährigen Rio-Prozeß üben, wundert nicht. Die Industrieländer seien mit leeren Händen nach New York gekommen. Dem »Runterbeten wünschenswerter Ziele müssen endlich konkrete Taten folgen«, meinte Reinhard Hermle von der Entwicklungsorganisation Misereor. Für Kevin Dunion, dem Geschäftsführer von 'Friends of the Earth International', stellte die SGV einen Vertrauensbruch gegenüber den Versprechungen von Rio dar.

Mit solcher Kritik werden aber auch Zweifel an dem Weg laut, der die NGOs in den letzten fünf Jahren näher an das UN-System und die Regierungen heranführte. Das heißt der Geist von Rio hat sich nicht nur deshalb verflüchtigt, weil der 'Sachzwang Weltmarkt' in allen wichtigen Zukunftsfragen offensichtlich gegenüber dem Wunsch nach einer sozial-gerechten und ökologisch-nachhaltigen Gesellschaft obsiegte. Die starke Ausrichtung des NGO-Handelns am offiziellen internationalen Konferenzgeschehen schlägt auf die NGOs selbst zurück. Jetzt sitzen sie – mitgegangen, mitgefangen – in der Kooptationsfalle.

Die vielgepriesene 'NGO-Community' gab dementsprechend in New York ein trauriges und zerrissenes Bild ab. Die NGOs waren »ein Schatten ihrer selbst, geschrumpft auf ein kleines Häufchen konferenzgehärteter Lobbyisten und ein noch kleineres Fähnlein kritischer Warner und Mahner« (U. Hoering, Freitag vom 4.7.97). Internationale NGO-Meetings fanden höchstens noch in einzelnen Politikbereichen (Klima und Wald) statt. Ganz deutlich wurde die enorme Differenzierung innerhalb der NGO-Szene. In ihrem jeweiligen Spezialgebiet waren sachkundige Experten am Werk, die gute Beziehungen zu den Regierungsdelegationen

pflegen. Größere, themenübergreifende Zusammenhänge und weitreichende Strategiediskussionen fern der offiziellen Verhandlungsprozesse waren daher Mangelware.

Die 'Community' verlor sich in den kunstlichtdurchströmten Katakomben des 'UN-Headquarter' oder dem kronleuchtergeschmückten UN-Plaza-Hotel, wo die Presse- und Regierungskontakte geknüpft und gepflegt wurden. Für Außenstehende war überhaupt nicht ersichtlich, wer den offiziellen Konferenzdelegationen, dem Kreis von WissenschaftlerInnen, den MedienvertreterInnen oder den NGOs angehörte. Wenigstens das Sicherheitspersonal war in seinen Uniformen eindeutig zu identifizieren.

Geschlossene Gesellschaft im Staatentempel

► Die vorübergehende weltpolitische Orientierungslosigkeit in der nachsozialistischen Frühphase stand am Anfang der Bruchlandung der NGOs auf dem Boden der Wirtschaftsinteressen. Neue Bewegungsspielräume in der internationalen Staatenwelt hatten zunächst ungeahnte Möglichkeiten der Mitsprache und Einflußnahme versprochen. Im Laufe der Zeit hat sich diese Option jedoch zum Nadelöhr verengt, durch das sich das NGO-Engagement, nicht zuletzt durch staatliche Finanzspritzen, inhaltlich kanalisieren ließ. Das Streben der NGOs nach Partizipation schöpfte erhebliche Ressourcen ab und schränkte die Suche nach alternativen Handlungsformen ein.

Bei Verhandlungen zu den 'high politics' bleiben die Türen für NGOs nach wie vor verschlossen. Die Diskussionen über die erweiterten Mitsprachemöglichkeiten in der UN verkommen ebenso zur Partizipationsrhetorik wie die routinemäßige Wiederholung von Appellen an den Kanzler oder die Umweltministerin, den Erklärungen von Rio, Kopenhagen oder Peking doch endlich Taten folgen zu lassen. Und sie verlieren vor dem Hintergrund dieser Trends und nach den Erfahrungen aus New York an Glaubwürdigkeit.

Nach New York suchen die NGOs Wege aus der Krise. Einige NGOs gehen dazu wieder auf kritischere Distanz zur internationalen Politik, während andere ganz pragmatisch die Offenheit des internationalen Institutionensystems für ihre eigenen Belange zu nutzen versuchen. Den Clou landete in New York der 'World Wide Fund for Nature', dessen Namen nicht grundlos im Pressegespräch von Weltbankpräsident Wolfensohn mindestens ein dutzend Mal ertönte. Die Weltbank, die selbst unter Legitimationsdruck steht, kündigte eine 'strategische Allianz' mit der in mehr als 100 Ländern tätigen Organisation an. Bis zum Jahr 2000 sollen, so die neuen 'Partner', zehn Prozent der wichtigsten Wälder unter Schutz gestellt und große Gebiete der Wälder in Entwicklungländern nachhaltig bewirtschaftet werden.

Optimismus hinsichtlich der Problemlösungsfähigkeit internationaler Institutionen oder der 'Staatengemeinschaft' ist nach der SGV aber weniger denn je angebracht. Wenn jetzt von NGOs Besinnung auf andere Politikformen als Antwort auf den fünfjährigen Rio-Prozeß gefordert wird, klingt das plausibel, aber die Suche nach solchen Alternativen dürfte beschwerlich sein. Die zündenden Visionen, die große Begeisterung und die breite Mobilisierung, die von Rio ausging, sind verdampft und das New Yorker Schreckgespenst zeigte das wahre Gesicht der globalen Staatenpolitik: Die Agenda 21 ist kein Gegenkonzept zur fortgesetzten Wachstumsstrategie. Ein Umsteuern hat nicht stattgefunden. Auch das auf gesellschaftliche Verbreitung angelegte Kooperations- und Konsenskonzept der Agenda 21 zur Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung sowie zur Versöhnung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem ist gescheitert. Die politische Forderung der NGOs nach Einlaß in den internationalen Staatentempel, nach Mitsprache- und Beteiligungsformen, hat ebenso an der ihr vor kurzem noch beigemessenen Bedeutung verloren wie die versuchte 'line by line'-Einflußnahme der LobbyistInnen auf die offiziellen Konferenzdokumente. Eine weitere Erkenntnis ist die enorme Ausdifferenzierung der NGOs nach politischen Überzeugungen, Themen und Handlungsstrategien. Zudem war die Dominanz von NGOs aus den Industrieländern auch fünf Jahre nach Rio unübersehbar.

Mit dieser traurigen Bilanz muß sich die 'global NGO-Community' nun auseinandersetzen. Das dürfte umso schwieriger werden, als nach der desillusionierenden SGV auch die finanziellen Mittel für die NGOs spärlicher fließen dürften. Die Katerstimmung sollte jedoch überwunden werden. Neue Ideen, Strategien und Aktionsformen sind gefragt. Dazu ist die Bildung größerer lokaler, nationaler und internationaler Zusammenhänge eine wichtige Voraussetzung. Auch die inhaltliche und konzeptionelle Verbindung von Sozialem, Entwicklung und Umwelt steht noch aus. Die zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen, die für das Mitmischen in der weltpolitischen Arena erforderlich waren, müssen wieder verstärkt für Kampagnen, zur Herstellung von Öffentlichkeit und für die Verbesserung der Binnenkommunikation eingesetzt werden. Rio+10 kann dann getrost der internationalen Staatenwelt zur Selbstbeweihräucherung überlassen werden.

► **Achim Brunnengräber** ist Politikwissenschaftler und arbeitet an der FU-Berlin im Forschungsprojekt NGO-Vernetzung und Global Governance. Er ist Mitherausgeber des gerade im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienenen Bandes 'Vernetzt und Verstrickt: Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft'.

Neues aus der Punica-Oase

▶ Orangensaft wird hierzulande mittlerweile mehr getrunken als Apfelsaft. Hergestellt wird er zum großen Teil aus brasilianischen Orangen, die in Form von tiefgekühltem Konzentrat importiert und hier zu Orangensaft und seiner verdünnten Variante Orangennektar weiterverarbeitet werden. Die brasilianische Orangensaftindustrie ist mit 46% Anteil an der Gesamtproduktion der weltweit größte Produzent. Sie konzentriert sich auf einige wenige Firmen und Familien im Bundesstaat Sao Paulo. Plantagenbesitzer und Bauern verkaufen ihre gesamte Ernte noch vor der Blütezeit. Jobagenturen organisieren Ernte und Transport für die Konzentrathersteller, die in ihren Betrieben dann den Saft pressen und konzentrieren lassen und an die Exporthäfen weiterleiten.

Umstrukturierungen infolge des Preisverfalls auf dem Weltmarkt seit 1993 haben eine Schwächung der Gewerkschaften bewirkt. Die ArbeiterInnen haben nunmehr versicherungsfreien Selbständigen-Status und der Mindestlohn wurde abgeschafft. Dazu kommt die Unsicherheit des Arbeitsplatzes: Die meisten Arbeitskräfte werden nur für ein paar Monate im Jahr gebraucht. Das große Geschäft für wenige basiert vor allem auf niedrigen Löhnen. Bis zu 14 Stunden am Tag werden 30 – 40 Kisten mit je 28 kg Orangen gefüllt, die einzeln zu den Lastwägen geschleppt werden müssen. Pro Kiste werden etwa 20 US-Cent bezahlt. Schlechte Ernährung, Schädigungen der Wirbelsäule sowie Vergiftungen durch Pflanzenschutzmittel lassen viele ArbeiterInnen vorzeitig altern. Ständige Zuwanderung und chronische Unterbeschäftigung stellen den Unternehmern jedoch ein immer wieder erneuerbares Arbeitskräftepotential zur Verfügung.

Dazu zählen auch Kinder. Von den 80.000 bei der Ernte und Verarbeitung der Orangen beschäftigten Arbeitskräften sind 3.200 unter 14 und weitere 16.000 unter 18 Jahren. Da Kinderarbeit in Brasilien gesetzlich verboten ist, erscheinen mitarbeitende Kinder in keiner offiziellen Statistik. Ihre Bezahlung ist meist im Gehalt der Eltern inbegriffen. Zeit und Kraft für den Schulbesuch bleibt so nur wenig – fehlende Ausbildung aber verbaut ihnen Alternativen.

Die Abschaffung der Kinderarbeit ist Ziel des 1996 gegründeten Arbeitskreises Kinderarbeit und Orangensaft (AKO). Ansatzpunkte sind die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter- und Kleinbauernfamilien im Orangensektor Brasiliens, die Förderung von Schulbildung, und die Veränderung der Konsumgewohnheiten in Europa. In Österreich läuft seit Beginn des Jahres die Kampagne 'Bittere Orangen' der SÜDWIND-Agentur (Organ des Österreichischen Informationsdienstes Entwicklungspolitik), die Möglichkeiten untersucht, die sozialverträgliche Produktion von Orangen zu unterstützen. Den Initiativen scheint jedoch ein ungebrochenes Vertrauen in das humanitäre Engagement europäischer Orangensafthersteller zugrundezuliegen. Der AKO glaubt, daß »niemand ein Interesse daran haben kann, Produkte zu verkaufen, deren Herstellung unter Bedingungen erfolgt, die zu Kinderarbeit führen«, und SÜDWIND wünscht sich von Wirtschaft und KonsumentInnen eine gemeinsame »positive und konstruktive Suche nach Lösungen, die für alle Beteiligten akzeptabel sind«.

In Brasilien selbst arbeiten einige Initiativen, die sich um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von OrangenarbeiterInnen und die Abschaffung der Kinderarbeit bemühen. Parallel zu aufklärender Öffentlichkeitsarbeit in Europa, die die Nachfrage nach fairem Orangensaft schaffen soll, wird am Aufbau von alternativen Produktions- und Handelsstrukturen gearbeitet. In einem ersten Schritt werden kleinbäuerliche Genossenschaften identifiziert, die die Kriterien für einen fairen Handel erfüllen (Sozial- und Umweltstandards sowie selbständige Organisation der Erntearbeiten und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der ArbeiterInnen). Langfristig soll die Abhängigkeit der Orangenproduzenten vom Preisdiktat der weiterverarbeitenden Industrie reduziert werden, zum Beispiel durch die Erschließung des neu entstehenden Inlandsmarktes für Frischsaft und eine Erweiterung der Produktpalette. Auch eine kontinuierliche Abnahmegarantie von Seiten der Fair-Trade-Firmen spielt hierbei einen wichtige Rolle. Ein Programm zur Unterstützung der Landarbeiterfamilien soll soziale und kulturelle Ursachen von Kinderarbeit bekämpfen. Das setzt jedoch die Teilnahme der Familien am fairen Handel voraus, denn erst mit einem ausreichenden Einkommen kann auf die Mitarbeit der Kinder verzichtet werden.

Ab Frühjahr '98 sollen Oasen »fair gehandelten« Orangensaftes in den Regalen der Supermärkte zu finden sein.

▶ *Nähere Informationen zu den Kampagnen bei: Arbeitskreis Kinderarbeit und Orangensaft, c/o Rüdiger Meyer, Beethovenstr. 40, D-73660 Urbach und: Südwind-Agentur (ÖIE), Berggasse 7, A-1090 Wien.*

Mensch™ und Krebs-Maus™ endlich gleichgestellt

▶ Schon seit Jahren weisen die politischen Freunde des Wirtschaftsstandorts Deutschland angstvoll auf den bereits fast uneinholbaren Vorsprung dem Fortschritt zugetaner Länder wie den USA oder Japan in Sachen Gen-Forschung hin. All die schönen Arbeitsplätze und das Zukunftspotential würden hier von einer ebenso mißtrauischen wie rückwärtsgewandten und in Öko-Hysterie verfallenen Öffentlichkeit verhindert. Diese Protagonisten unverkrampften Denkens können nun gemeinsam mit der Chefetagenbesatzung der europäischen Biotechnologie-Industrie zum Champagner greifen. Mit der Annahme des »Vorschlages für eine Richtlinie zum Schutz biotechnologischer Erfindungen« am 16.7. durch das Europäische Parlament sicherten sich Bayer, Hoechst und Boehringer den rechtlichen Schutz auf das Geschäft mit den Genen. Der Zugriff der Monopole auf tierische, pflanzliche und menschliche biologische Materialien per Patent ist gesichert. Damit können sich die Konzerne gleichsam Eigentumsrechte an genetischen Informationen in Patentform ausstellen lassen. Ein Großteil der Ressourcen und des Wissens für sogenannte biotechnologische Erfindungen und die auf diese erteilten Patente stammen aus der Dritten Welt. Beides wird ohne Zustimmung oder sogar gegen den Willen indigener oder lokaler Gemeinschaften von multinationalen Unternehmen »geplündert« und kommerzialisiert. Die Gewinnspanne ist beträchtlich und Bayer, Agr.Evo, BASF, KWS oder Hoechst, die bereits jetzt ihren Platz in den Listen der weltweiten »top ten« der landwirtschaftlichen, veterinärmedizinischen oder pharmazeutischen Industrie haben, werden dank EU-Schützenhilfe ihre Gewinne vervielfachen. Und falls pflanzliches oder tierisches Material ausgehen sollte, hat die EU-Richtlinie bereits weitere Forschungskapazitäten verfügbar gemacht. Isolierte Bestandteile des menschlichen Körpers gelten jetzt als Ergebnis technischer Verfahren und damit als patentierbare Erfindungen. Ein Patentantrag auf die Zell-Linien der Guyami-Indianer aus Panama lag bereits dem Europäischen Patentamt in München vor. Somit kommen sich Mensch und Maus ein Stück näher: Ebenso wie die Krebs-Maus vor einigen Jahren werden die Bestandteile des menschlichen Körpers zum Eigentum der Biotechnologie-Konzerne.

ew

Disziplin für Kuba

▶ Kubas Regierung hat die »soziale Disziplinlosigkeit« als neue Bedrohung entlarvt. Mit ideologischen Kampagnen und verschiedenen Gesetzesinitiativen soll diese nun bekämpft werden. Ein zentraler Pfeiler dieser Politik ist das neue Migrationsgesetz, das den unkontrollierten Zuzug nach Havanna bremsen soll. Die Attraktivität der Hauptstadt wird für die Bewohner anderer Provinzen immer größer: Die meisten Einkommen in der Landwirtschaft und in der Zuckerproduktion werden immer noch von staatlich diktierten Preisen künstlich niedrig gehalten. In Havanna dagegen befindet sich der zentrale Umschlagplatz für Devisen – auf Kuba immer noch die wichtigste Einkommensquelle für einen erträglichen Lebensstandard. Zusätzlich kann die Schattenwirtschaft der Metropole einen größeren Teil der neuen Arbeitsmigranten absorbieren. Auch die Lebensmittelversorgung ist in Havanna besser als in vielen ländlichen Zonen. Das Migrationsgesetz erschwert nun den Zuzug nach Havanna und sieht die Rückführung illegaler Übersiedler in ihre Heimatprovinzen vor. Daß die neuen Restriktionen gegenüber der Zuwanderung die angespannte Versorgungs- und Wohnungslage in der Metropole entschärfen helfen, ist jedoch wenig wahrscheinlich. Dazu müßten die ländlichen Lebensbedingungen verbessert werden.

Ökonomisch ist von der neuen Regierungspolitik vor allem der kleine, aber für die Versorgung bedeutende Privatsektor betroffen. Für private Familienunternehmen ist der Schwarzmarkt oft die einzige Quelle für Rohstoffe. Maßnahmen, die diese illegale Mittelbeschaffung – eine »soziale Disziplinlosigkeit« – unterbinden sollen, reichen von Aufrufen, sich gegenüber derartigen Praktiken zu distanzieren und Verstöße zu denunzieren, bis hin zu einem verstärkten Einsatz von Steuerprüfern. Wer sich gesetzestreu verhalten will, muß einen Großteil seiner Güter in überteuerten Devisenläden einkaufen. Diese Bedingungen sowie hohe Steuern und Strafen treiben immer mehr Familienunternehmen in den Ruin. Zum anderen will der Staat die unkontrollierte Vermietung von Privatwohnungen an Touristen unterbinden. Nach neuesten Zahlen haben in den ersten drei Monaten diesen Jahres rund 20 Prozent aller Kubatouristen statt in Hotels in Privatunterkünften gewohnt – und so dem staatlichen Tourismus eine wichtige Einnahmequelle entzogen. Diesem »unloyalen Wettbewerb« wurde jetzt ein Riegel vorgeschoben. Neue hohe und unflexible Steuersätze bewirken, daß die Einnahmen vielen Vermietern nicht einmal mehr die Deckung ihres Steueraufkommens garantieren. Es ist abzusehen, daß auch diese private Initiative deutlich zurückgehen wird.

Begründet werden die neuen Regulierungen damit, daß die Einnahmen aus privater ökonomischer Initiative im Verhältnis zu den Einkommen der Restbevölkerung astronomisch hoch sind. Allerdings liegt das Auseinanderklaffen der Einkommensschere in Kuba primär am Währungsdualismus. Solange dieser weiterbesteht, wird auch die soziale Ungleichheit wachsen – unabhängig von Staats- oder Privatwirtschaft. Wenn außerdem der Marktzugang der privaten Anbieter trotz einer vorhandenen Nachfrage eingeengt wird, werden diese stärker auf den Schwarzmarkt ausweichen. Der Staat würde die gerade gewonnene Möglichkeit eines gelenkten sozialen Ausgleichs über Steuern wieder verlieren.

Derweil treibt die Regierung die Weltmarktintegration der Insel voran. Anfang Mai wurde in Havanna die erste von vier geplanten freien Produktionszonen eingeweiht. Da sich Staat und Gewerkschaften innerhalb dieser Weltfabriken ein starkes Regulierungspotential gesichert haben, ist nicht anzunehmen, daß diese zu den gleichen Ausbeutungszentren degenerieren wie in vielen anderen Teilen der Welt. Allerdings ist offen, ob die dringend notwendigen positiven Impulse auf die Gesamtwirtschaft ausstrahlen. Kuba steht wieder einmal am Rande einer Liquiditätskrise – und es gibt keinen Hinweis darauf, inwieweit dem chronischen Devisenmangel anders als durch eine Verringerung der Importe und damit durch eine Zuspitzung der Versorgungslage begegnet werden kann.

So wird den wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder einmal mit einer Ideologisierung der Gesellschaft begegnet. Dazu zählen neben den »Disziplinierungsmaßnahmen« eine medienwirksame Wiederaufwertung der Comités de Defensa de la Revolución, die für die soziale Kontrolle auf Stadtteilebene zuständig sind, die breit angelegte Vorbereitung auf den V. Kongreß der Kommunistischen Partei Anfang Oktober und im direkten Anschluß daran die Durchführung von Gemeinderatswahlen. Die diesjährige 1. Mai-Demonstration mit 1.300.000 Teilnehmern allein in Havanna hat auch international den gesellschaftlichen Schulterschluß der Kubaner demonstriert. Ob die Bevölkerung nach der Rücknahme der wirtschaftlichen Freiräume dem System die gleiche politische Loyalität wie heute erweist, wird sich zeigen.

Hans-Jürgen Burchardt/sm

Zug um Zug zum Zug

▶ Sommerzeit ist Urlaubszeit. Urlaubszeit ist Reisezeit. Reisezeit ist Flugzeit. Zumindest für einen recht geringen Bevölkerungsteil trifft das zu: Fünf Prozent der Weltbevölkerung gehen jährlich in die Luft. Wo diese Auserwählten ihr Heimatdomizil haben, wenn sie nicht gerade unterwegs sind, wird mit einem Blick auf die 50 Flughäfen mit dem höchsten Passagieraufkommen deutlich: Die Hälfte liegt in den USA, dreizehn weitere in Europa, zehn befinden sich im südostasiatisch-pazifischen Raum, davon die Hälfte in Japan. Die Flugverkehrsleistung wird in diesem Jahr zum ersten Mal in Deutschland die der Bahn im Fernverkehr überholt haben, was heißt, daß die Deutschen mittlerweile mehr fliegen als bahnfahren. Der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt UMKEHR lädt unter anderem aus diesem Grund für den 2.-5. Oktober nach Freiburg zu dem alle zwei Jahre stattfindenden Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß ein.

Daß dem umweltfreundlichen Verkehr immer wieder Steine auf die Gleise gelegt werden, veranlaßte die Aktion 3. Welt Saar, gegen Streckenstillegung bei der Bahn und für Mobilität als weltweit geltendes Grundrecht ein »Manifest der 1435 Worte« zu verfassen. In 1435 Worten – die Normalspur der Bundesbahn hat die Traumbreite 1435 Millimeter – wird auf die Mißstände zwischen der Mobilität als Privileg einiger weniger und denen, die z.B in Form von Klimakatastrophen nicht gerade wenig davon betroffen sind, hingewiesen. Der Bahn als umweltverträglicher Variante der Fortbewegung wird allerdings auch dadurch eine Schranke vorgeschoben, daß bei der Bundesbahn die Weichen mitunter direkt von der Autolobby gestellt werden. Nicht umsonst ist die Autoindustrie in den Gremien der Bahn vertreten. Auch Ex-Bahnchef Heinz Dürr, der Position nach oberster Lobbyist umweltfreundlicher Mobilität, sicherte seinen Profit lieber zweigleisig: Seine Firma »Dürr AG« liefert 30% aller weltweit verwendeten Autolackieranlagen.

Wer jetzt gar nicht mehr weiß, wo unten und oben ist, da oben im Flieger sitzen auf der Skala der politischen Korrektheit ganz unten ist, wem klar geworden ist, daß im Verkehr die Welt verkehrt ist, da die Autolobby Zug um Zug zum Zuge kommt, wer sich nun überrollt, aber erst recht urlaubsreif fühlt, dem noch ein kleiner Tip für den ambitionierten Urlaubstrip: Das Gen-ethische Netzwerk plant in Kooperation mit verschiedenen Gruppen und Organisationen eine Fahrradtour entlang der Grünanlagen, die die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland langfristig positiv manipulieren und den Hunger in Afrika abschaffen sollen: Zwischen Hannover und Berlin werden Monsantos Äcker und Hoechsts Felder abgefahren und mit Aktionen und Informationen beehrt.

▶ *Weitere Infos zum Verkehrskongreß: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030/492-7473, Fax. 030/492-7972; zum Manifest der 1435 Worte: Aktion 3.Welt Saar, Weiskirchenerstr. 24, 66674 Losheim, Tel. 06872/9930-56 Fax.-57 und zur Fahrradtour: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Tel. 030/6858030.*

Elementare Konflikte

▸ Wissen Sie, was eine win-win-Situation ist? Wenn nicht, schauen Sie sich das jüngst erschienene Buch »**Wasser in Asien**« vom Asienhaus in Essen an. Im Frühjahr 1995 haben verschiedene, in der Asienstiftung zusammengeschlossene Organisationen wie z.B. der Korea-Verband oder das Südasienbüro ein gemeinsames Haus in Essen bezogen. Als erstes gemeinsames Publikationsprojekt wurde nun ein umfangreicher Sammelband mit rund 70 Beiträgen auf den Weg gebracht. Das Ergebnis ist rundum gelungen und ein schönes Beispiel dafür, wie durch Kooperation alle Beteiligten gewinnen können.

Das Thema 'Wasser' ist in den letzten Jahren zunehmend in entwicklungspolitischen Publikationen aufgegriffen worden. Viele Wissenschaftler haben prognostiziert, daß im Streit um die Verfügbarkeit dieser lebenswichtigen Ressource das größte zukünftige Konfliktpotential auf nationaler wie internationaler Ebene liegt. Warum dem so ist, wurde aber noch niemals auf so vielfältige Weise beantwortet wie von dem vorliegenden Band. Der Herausgeber Thomas Hoffmann hat die umfassende, vielschichtige Thematik sinnvoll in acht Kapitel gegliedert. Die kulturell-religiösen Aspekte des Umgangs mit dem Wasser in Asien, die Bedeutung des Wassers als Lebensraum oder die Ursachen für die politischen Konflikte um das Wasser werden jeweils gesondert betrachtet. Besonders interessant sind die Beiträge über den »Durst der großen Städte« wie z.B. Madras oder Bangkok. Sie verdeutlichen, daß es bei den politischen Anstrengungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung nicht vorrangig um technische Lösungen gehen kann, sondern um die Implementierung durchaus bestehender Umweltauflagen und um eine bessere Koordination der verschiedenen Behörden und Institutionen. Und auch einer weiteren verbreiteten Vorstellung widersprechen einzelne Beiträge: Daß Grundwasser am besten durch eine effiziente Siedlungsentwässerung – sprich durch Kanalisation und Kläranlagen – geschützt werden kann. Wasser ist nicht nur in Asien viel zu wertvoll, um es als Transportmedium für Abfälle und Fäkalien zu mißbrauchen. Deswegen sollten statt Kanalisationsvorhaben vorhandene Konzepte für Trockentoiletten und Biogasanlagen etc. umgesetzt werden.

Spannend ist auch das Kapitel über Staudämme. In den letzten Jahren sind internationale Großprojekte wie der Staudamm im nordindischen Narmada-Tal oder das Drei-Schluchten-Staudamm-Projekt am Jangtsekiang zu Recht von einer kritischen Weltöffentlichkeit heftig bekämpft worden. Das vorliegende Buch präsentiert genügend Beispiele dafür, wie solche ökologisch und ökonomisch zweifelhaften Projekte die Rechte der lokalen Bewohner mißachten. Deutlich wird aber auch, daß kleinere, dezentral angelegte Dämme durchaus einen sinnvollen Beitrag etwa zur ländlichen Elektrifizierung leisten können. Es kommt bei Staudämmen also sehr auf den Maßstab und auf die Mitspracherechte der Bevölkerung an.

'Wasser in Asien' baut – wie nahezu jeder Sammelband – nicht auf einem kohärenten theoretischen oder argumentativen Konzept auf. Aber im Verzicht auf eine stringente und damit oft auch eindimensionale Argumentationsweise liegt auch eine potentielle Stärke. Dem Herausgeber ist es gelungen, durch allgemeine, einführende Beiträge immer wieder den roten Faden aufzugreifen und die vielen konkreten Beispiele aus verschiedenen Ländern geschickt miteinander zu verknüpfen, um so Beliebigkeit zu vermeiden. Lesenswert ist das Buch schon allein wegen seiner ausgesprochen schönen und handwerklich nahezu perfekten Aufmachung: Zahlreiche aussagekräftige Photos, informative Schaubilder und Karten sowie ein aufmerksames Lektorat garantieren echten Lesespaß. So ist man in Anlehnung an einen Ausspruch des berühmten Physikers Boltzmann fast versucht zu sagen: In der Tat ein höchst interessantes Buch. Wir bedauern fast, es nicht selbst herausgebracht zu haben...

Christian Stock

▸ *Thomas Hoffmann (Hrsg.), Wasser in Asien, Elementare Konflikte, secolo Verlag, Osnabrück 1997, 464 S., 49.- DM*

Initiativ im Dreyeckland

▸ Wo an der »Festung Europa« gebaut wird, die Grenzen abgedichtet und die Asylgesetze »harmonisiert« sind, die rassistischen und rechtsextremen Tendenzen weiterhin zunehmen, schließen sich auch die zusammen, die versuchen, dieser Politik etwas entgegenzusetzen. Vernetzung über die eigenen Ländergrenzen hinaus, das Wissen um Gruppen und Initiativen in den Nachbarländern, ist eines der Hauptanliegen des aktuellen Dokumentationsbandes **Flüchtlingsarbeit und Antirassismus im Dreyeckland** aus der Reihe Selbsthilfe und Bürgerengagement der Stiftung MITARBEIT. Gruppen und Initiativen aus dem Dreiländereck Südbaden, Elsaß und der Nordschweiz stellen ihre Arbeit vor. Zu Wort kommen nicht-staatliche Zusammenschlüsse aus verschiedenen Spektren: Sie haben kirchliche und autonome Hintergründe, antiimperialistische oder humanistische Zugänge, soziale oder politische Motive.

Die Gliederung des Buches folgt den Ländergrenzen: jeweils ein allgemeiner Bericht über die politische Situation des Landes und dem daraus resultierenden Umgang mit MigrantInnen leitet über zu Selbstdarstellungen der Gruppen. Das letze Kapitel dokumentiert eine Diskussionsrunde, an der VertreterInnen der Gruppen aus allen drei Ländern teilnahmen. Hier werden im direkten Vergleich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen Länder herausgearbeitet. Die recht persönlichen Diskussionsbeiträge machen Lust, mehr über die vorgestellten Gruppen zu erfahren, (ver)leiten sozusagen von hinten her zum Lesen.

Wer das Buch dennoch »vom Anfang an« liest, stößt in der Reihenfolge auf sehr informative Beiträge über die Entwicklung der politischen Kultur in der BRD hinsichtlich des Umgangs mit sog. Fremden (Mariageorgia D. Bootz), die Geschichte der Einwanderungspolitik Frankreichs seit dem 19. Jahrhundert (Heidi Strohmayer), die extreme Rechte im Elsaß (Alain Bihr) und über Immigration und Xenophobie in der Schweiz (Takis Armyros).

Allen, die sich für politische und praktische Arbeit rund um den Themenkomplex Migration, Antirassismus und Antifaschismus interessieren, bietet das Buch Anregungen, zeigt, was (anderswo) möglich oder nicht realisierbar ist, wie andere versuchen, aktiv Hilfe zu leisten, die Situation zu analysieren und zu verändern.

Schade nur, daß das Buch hinter dem Anspruch einer gleichwertigen Nutzung für alle drei Länder zurückbleibt, die Fixierung auf den deutschen Sprachraum nicht durchgängig aufgehoben ist: den Selbstdarstellungen der deutschsprachigen Regionen fehlt eine kurze Zusammenfassung in französischer Sprache. Für die deutschsprachigen LeserInnen aber handelt es sich sicherlich um ein gelungenes Handbuch mit gut zusammengeführten Informationen zur rechtlichen Situtation, interessanten politischen Analysen und einer großen Bandbreite von Gruppen, die zur persönlichen Kontaktaufnahme einladen.

Stefanie Duttweiler

▸ *Flüchtlingsarbeit und Antirassismus im Dreyeckland. Initiativen aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz. (Zu beziehen ist die Dokumentation über das Projekt Transit, c/o Archiv für Soziale Bewegungen, Wilhelmstr. 15, D-79098 Freiburg zum Preis von DM 12,-.)*

Wege zur globalen Steuerung

▶ Das Projekt des Neoliberalismus, über Deregulierungen, Privatisierungen und Liberalisierungen alle Schranken abzubauen und den totalen Markt zu schaffen, ist weiter auf dem Vormarsch. Nach diesem »Kapitalismus pur« ist es quasi ein Naturgesetz, alle gesellschaftlichen Bereiche ökonomischem Denken unterzuordnen und sich an die Regeln des Weltmarktes anzupassen. Wettbewerbsfähigkeit ist zur alles beherrschenden Ideologie verkommen. Doch droht das Dogma der Konkurrenzfähigkeit zu einem globalen Wirtschaftskrieg zu eskalieren. Die Trennlinie zwischen Arm und Reich ist schärfer als vor dreißig Jahren, im globalen Maßstab zwischen Nord und Süd, aber auch in den Industrienationen selbst. Die weniger entwickelten Länder wurden abgekoppelt. Seit 1980 haben Kapitalströme die neue globale Welt geschaffen, während die meisten Entwicklungsländer marginalisiert wurden. Grund genug, den »Exzessen des Wettbewerbskapitalismus« nun »Wege zur globalen Steuerung« entgegenzusetzen.

Dieses Ansinnen jedenfalls hat sich die Gruppe von Lissabon auf die Fahnen geschrieben, eine von ihrem Präsidenten Riccardo Petrella, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Louvain, Belgien, aus der Taufe gehobenen Vereinigung. Kernanliegen der in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik tätigen zweiundzwanzig Gruppenmitglieder aus Japan, Westeuropa und Nordamerika – aus der Bundesrepublik ist die Grünen-Politikerin Grüber, Vizepräsidentin des Landtags von Nordrhein-Westfalen, mit von der Partie – ist »ein neuer globaler Aufbruch, der auf Kooperation und nicht auf Eroberung basiert«. Ziel ist »eine Welt, die ökonomische Effizienz, soziale Gerechtigkeit, eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und politische Demokratie miteinander versöhnt, anstatt sie ausschließlich für ihre eigenen Interessen und dem Kampf um globale Hegemonie zu nutzen«. Um diesen hehren Anspruch zu realisieren, macht sich die Gruppe für einen Weltvertrag »als letzte Möglichkeit zur Sicherung des menschlichen Überlebens« stark.

Auf Grundlage der Prinzipien – Kooperation, Unterstützung und Förderung der globalen Zivilgesellschaft, lokalen Handelns sowie kultureller Vielfalt – werden im einzelnen vier globale Verträge vorgeschlagen: Der Grundbedürfnisvertrag soll Ungleichheiten beseitigen sowie Wasser für zwei Milliarden Menschen, Unterkünfte für 1,5 Milliarden Menschen und eine effiziente Energieversorgung für vier Milliarden Menschen zur Verfügung stellen. Grundlage für Umsetzung und Finanzierung dieser Maßnahmen soll ein Pakt zwischen wichtigen nationalen und multinationalen Konzernen, Banken, nationalstaatlichen Regierungen und Verbänden sein. Unternehmen, die zu einer Unterzeichnung solcher Abmachungen bereit sind, sollen mit Privilegien wie Steuererleichterungen belohnt werden.

Zweiter Vertrag ist der Kulturvertrag, der »die Unterstützung von Maßnahmen und Kampagnen zur Förderung von Toleranz und Dialogen zwischen den Kulturen« zum Ziel hat. Zur Durchsetzung sollen private und öffentliche Institutionen beitragen. Von grundlegender Bedeutung ist der Demokratievertrag, dessen Dringlichkeit sich aus der wachsenden »Loslösung der global organisierten wirtschaftlichen Macht der Industrie-, Finanz- und Dienstleistungsunternehmen von der politischen Macht, die national beschränkt bleibt«, ergibt. Herzstück dieser Überlegung ist eine globale Bürgerschaftsversammlung, die zur allmählichen Umwandlung der UNO-Generalversammlung in einen Weltsenat oder »Weltbundesrat« führt, in dem die nationalen und übernationalen Regierungen vertreten sind.

Und viertens soll der sogenannte Erdvertrag die Umsetzung der Verpflichtungen der Klimakonferenz von Rio beschleunigen. Ein runder Tisch aus europäischen, amerikanischen und japanischen Industrien und Banken soll dabei die 1000 größten Unternehmen der Welt ermutigen, einen globalen Vertrag über gemeinsam mit der Agenda 21 kompatible Projekte zu unterzeichnen und die »Aufbauarbeiten des 21. Jahrhunderts einzuleiten«. Motoren für die Unterzeichnung der vier vorgeschlagenen Verträge sollen die globale Zivilgesellschaft, aufgeklärte Eliten aus Industrie, Wissenschaft, Politik, Medien und Stiftungen sowie die verschiedenen Gruppen und Institutionen, die sich mit Städteplanung befassen, sein. Fraglos weist das propagierte Vertragswerk in die richtige Richtung. Gleichzeitig wirkt die Schrift fast schon anrührend naiv, wenn es um die zentrale Frage der handelnden Akteure einer solchen Strategie geht. Reale Interessengegensätze werden weitgehend ausgeblendet. Warum etwa sollten Banken und Multinationale Konzerne Gelder für die Beseitigung von Ungleichheiten bereitstellen? Um sich dann, wie vorgeschlagen, das Banner »Globaler Partner« ans Firmenlogo heften zu können? Das Problem, und das ist der eigentliche Sieg des Neoliberalismus, ist die Herauslösung der Ökonomie aus jeder gesellschaftlichen Verantwortung. Hier, und deshalb sind die **Grenzen des Wettbewerbs** dennoch ein wichtiger Beitrag zur Globalisierungsdebatte, setzt die Gruppe von Lissabon an und rückt Sozial- und Umweltverträglichkeit wieder ins Blickfeld der Diskussion. Auch wenn vieles vage und unklar bleibt, oftmals zu schlicht, lapidar und naiv argumentiert wird, kann das Buch helfen, ein anderes Klima als erste Voraussetzung für ein radikales Umsteuern zu erzeugen.

Danyel Reiche und Ricarda Mletzko

▶ *Die Gruppe von Lissabon, Grenzen des Wettbewerbs: Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker. München, Luchterhand, 1997. 38 Mark.*

Wer sitzt, der sitzt und fliegt

▶ Büren ist eine saubere Kleinstadt in Deutschland. Als in diesem Jahr am 1.6. mehr als 2.500 Menschen gegen die Inhaftierung von AusländerInnen demonstrierten, war die Innenstadt in einen »cordon sanitaire« verwandelt worden, um eine gründliche Trennung zwischen ordentlicher deutscher Bevölkerung und dem angereisten »Gefahrenpotential« der Demonstration vorzunehmen. Außerhalb von Büren liegt der größte deutsche Abschiebeknast, gut im Wald versteckt – eine ehemalige NATO-Kaserne, von den Belgiern überlassen. Diese leistet heute gute Dienste für ein sauberes Deutschland, näm-

lich 600 dort inhaftierte Männer aus vielen Ländern bis zum Transport ins Flugzeug festzuhalten, damit sie auch garantiert das Land verlassen.

Einziges Kriterium für die Inhaftierung ist ein fehlender Aufenthaltstitel. Das kann bis zu 18 Monate Haft kosten, weitere Missetaten müssen nicht vorliegen. Offiziell hat sich zur Thematik Abschiebung und Abschiebehaft bereits eine Rechtssprechung entwickelt, in der das Oberlandesgericht Frankfurt/M. eine führende Rolle eingenommen hat. Ihm ist immerhin zu verdanken, daß nicht jede Abschiebehaft, von kleinen Amtsrichtern angeordnet, rechtmäßig war und ist. Dennoch ist damit wenig gewonnen, denn wer von den »zur Ausreise Aufgeforderten« kennt schon ihre/seine Rechte und dazu die zeitlichen Grenzen, die an eine Abschiebehaft gesetzt werden sollen. Da kommt eine kleine Zusammenstellung zu dieser Problematik gerade recht, die Rechtsanwalt Heinhold aus München – im Auftrag von Pro Asyl und dem Republikanischen Anwaltsverein – herausgegeben hat.

Und Heinhold weiß einiges aus der alltäglichen Abschiebepraxis zu berichten. Meistens geht alles sehr schnell. Will eine Person nicht ausreisen, sind die Behörden am Zug. Diese unterbreiten schon mal den angeblich überlasteten Amtsrichtern Vordrucke, auf denen sie alle erforderlichen Daten und selbst den Grund der Anordnung bereits ausgefüllt haben, damit der Richter nur noch seinen Wilhelm daruntersetzen muß. Diese Arbeitsvereinfachung, kommt sie einmal ans Tageslicht, ist dem Bild des unabhängigen Richters zwar nicht gerade förderlich, aber ändert nichts an der Situation der Inhaftierten. Wer sitzt, der sitzt. Erst mühsame weitere Beschwerden und Beschlüsse müßten beantragt werden, um aus diesem Schlamassel wieder rauszukommen. Meistens ist das aber ziemlich aussichtslos. Man müßte zunächst – ungeachtet aller Sprachproblematik – ehrenamtliche Unterstützung im Gefängnis erhalten, dann einen kostenlos arbeitenden Rechtsbeistand, der nicht nur schnell arbeiten kann, sondern vor den Gerichten auch noch Erfolg hat. Da diese Bedingungen nahezu utopisch sind, ist das Schicksal der meisten AusländerInnen in Abschiebehaft besiegelt.

Da ihnen fast niemand helfen will oder kann, helfen sie sich selbst; von Selbstverbrennung bis zu Knastbesetzung verzeichnet die Geschichte hier eine lange Liste von Aktionen der Inhaftierten. Medien und offizielle Politik reagieren daraufhin meist in altbewährter Weise: der Einsatz der GSG 9 in der ELWE/Kassel (1994) ist vielleicht noch in Erinnerung. Aber auch in jedem anderen Knast, ob in Glasmoor oder Grünau, kommt es zu bedrückenden Szenen; sogenannten B-Zellen (B steht für »Beruhigung«) oder andere Erfindungen der modernen Technologie haben Einzug gehalten.

Eines verwundert an der Darstellung Heinholds: Die Übel der Abschiebehaft sind im vorliegenden Buch so zahlreich aufgelistet worden, daß sich nicht mehr erklären läßt, warum Heinhold in seinen Empfehlungen zwar wesentliche Änderungen als unabdingbar beschreibt, an der wichtigsten Forderung aber vorbeizielt: der Abschaffung der Abschiebungshaft.

Christian Moeller

▸ *Hubert Heinhold, Abschiebungshaft in Deutschland – Eine Situationsbeschreibung, von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 1997, DM 26,80.*

Akademische Fingerübung

▸ **Entwicklungstheorien im Widerspruch** – der Titel des unlängst erschienenen, von K. Zaptotoczky und P. Gruber herausgegebenen Sammelbandes macht neugierig. Der Umschlagtext verspricht, daß in dem Buch »unterschiedliche Theorien zur Erklärung von 'Unterentwicklung'« skizziert werden, und die Bedeutung der NGOs diskutiert wird. Doch wer sich Debatten oder gar Kontroversen erhofft hat, wird enttäuscht. Die einzelnen Beiträge, unter ihnen einige aus der Feder von einschlägigen Vertretern der Fachwelt wie F. Nuscheler, U. Menzel und H. Elsenhans, stehen beziehungslos nebeneinander und wiederholen mit wenigen Ausnahmen die Positionen der Autoren, wie sie aus anderen Publikationen hinlänglich bekannt sind. Innovative Ansätze zur Neuorientierung der Entwicklungstheorien wie regulationstheoretische Ansätze oder das Konzept der systemischen Wettbewerbsfähigkeit werden kaum aufgegriffen. Nicht einmal die alten Großtheorien wie die Dependencia oder die Modernisierungstheorie, deren kritische Rezeption derzeit zum wiederholten Male eine Renaissance erlebt, werden auf ihre heutige Relevanz hin untersucht.

Stattdessen wundert man sich als Leser über Beiträge, die den Reinkarnationsglauben in den afrikanischen traditionellen Glaubensformen oder die österreichische Fremdengesetzgebung zum Thema haben. Des Rätsels Lösung ist einfach: Die Herausgeber haben, wie das Vorwort verrät, die »interessantesten Referate« der Entwicklungspolitischen Hochschulwochen an der Universität Linz zusammengewürfelt. Herausgekommen ist ein überflüssiges Sammelsurium, das wie so viele andere akademische Fingerübungen kaum mehr als gepflegte Langeweile hervorruft.

cst

▸ *Klaus Zapotoczky/ Petra C. Gruber (Hrsg.), Entwicklungstheorien im Widerspruch, Plädoyer für eine Streitkultur in der Entwicklungspolitik, Brandes & Apsel/ Südwind, Frankfurt a.M. 1997, 233 S., DM 29,80.*

Betr.: Um Gottes Willen, Islamismus als politische Utopie, iz3w Nr. 221

▸ Auf gerade einmal einer Seite fertigt Jochen Müller »islamistische« Utopievorstellungen – und das sind für ihn offenbar sämtliche aus dem Islam entwickelten sozialen und politischen Konzepte – als Spielarten totalitären und letzlich in den Faschismus führenden Denkens ab. Utopisches Denken scheint für ihn allerdings per se unter Totalitarismusverdacht zu stehen, worin er seit dem Zusammenbruch des Sozialismus mit vielen »bekehrten« ehemaligen Linken übereinstimmen dürfte. Durch die zur Zeit angesagte »realistische« oder »pragmatische« Haltung schimmern jedoch tiefsitzende Ressentiments gegenüber all jenen, die noch nicht in der utopieabstinenten »Moderne« angekommen sind, sondern weiterhin daran glauben, daß es z.B. so etwas wie eine gerechte Gesellschaft/Weltordnung und eine Alternative zum kapitalistischen System geben kann. Um derartige Ideen abzubügeln, insbesondere wenn sie aus dem Islam kommen, werden die elementarsten analytischen Standards außer Kraft gesetzt. (...)

Geärgert habe ich mich vor allem über Müllers Strategie, mittels einer ideologischen Aufladung von bestimmten Begriffen, z.B. »Gemeinschaft« oder »Führer«, Affinitäten zum Faschismus zu suggerieren. Und wie er die islamischen Prinzipien der Einheit und der Konsensfindung zu Leitideen des »gesunden Volksempfindens« und der »repressiven Gleichschaltung« uminterpretiert, läßt mich an seiner fachlichen Kompetenz ebenso wie an seiner Redlichkeit zweifeln. Einen Informationswert vermag ich in diesem Aufsatz nicht zu erkennen, noch weniger einen konstruktiven Beitrag zur Auseinandersetzung mit islamischen Bewegungen. Stattdessen steht er für mich in einer langen unseligen Tradition, das gesamte Weltgeschehen auf dem Erfahrungs- und Interessenhintergrund des Westens zu analysieren, zu kategorisieren und zu bewerten. Damit bewegt Müller sich auch heute noch im Mainstream des politischen und wissenschaftlichen Diskurses. Aber in der iz3w möchte ich eigentlich etwas anderes lesen.

Irmgard Pinn

Sehr geehrte Frau Pinn, natürlich besteht die Gefahr, mit Texten, die sich gegen Varianten des Islamismus als totalitäre politische Ideologie wenden, in das Fahrwasser des gängigen anti-islamischen Diskurses zu geraten. Ein Rezept dagegen gibt es nicht. Das kann ja aber sicher nicht heißen, nun jegliche Kritik an Islam, sogen. »islamischen« Gesellschaften oder dem Islamismus gleich ganz einzustellen. Der Text ist also zunächst anti-islamistisch und nicht anti-islamisch. Darüberhinaus sind natürlich alle politischen Konzepte und Argumentationsfiguren, von denen wer auch immer behauptet, sie seien aus »islamischen« Prinzipien abgeleitet oder bezögen sich auf diese, daraufhin zu betrachten, welche Formen sie jeweils im aktuellen sozio-ökonomischen und politischen Kontext annehmen. Dieser Formen sind viele, und unter ihnen sind totalitäre, die der Text allerdings komprimiert kritisiert. Jochen Müller / Red. im ***iz3w****.*

Betr.: Wahrheitskommission in Südafrika, iz3w Schwerpunkt 'Folter und Vergangenheitspolitik' Nr. 220

▸ »Auch mir scheint es jetzt nach vielem Nachdenken wichtiger, den Versöhnungspakt zu betonen, als harte Strafen für die Täter zu verhängen. Immerhin werden die Täter öffentlich gemacht (...) sie können nicht mehr ganz so unauffällig weiterleben wie bisher« (Peter Schröder in iz3w Nr. 220, S.25). (...) Es scheint uns, daß Peter Schröder es sich ein wenig zu leicht macht. In allen Gesprächen, die wir vor kurzem mit SüdafrikanerInnen auf einer Reise dort rund um das Thema Wahrheitskommission führten, haben wir Skepsis und Bedenken verspürt. Vielen wird zu schnell von Versöhnung gesprochen, wo noch kaum die Wahrheit bekannt ist, geschweige denn die Ursachen tiefer analysiert wurden. Und ob die Täter wirklich schlecht schlafen, wie Schröder behauptet, wagen wir zu bezweifeln. Der südafrikanische Jounalist Jacques Paux, der umfangreiche Recherchen zu seinem Dokumentarfilm »Prime Evil« über Eugene de Kock und die Killer der Vlaakplaas-Sondereinheit durchführte, sagte kürzlich in einer Diskussion: »Ich habe genug von diesen Leuten (...). Das einzige Bedauern, das diese Typen verspüren, ist, daß sie einen Krieg verloren haben. Das macht einem bewußt, wie schwierig Versöhnung ist.«

Auch den einzelnen Opfern von Gewalttaten und extremtraumatischen Erfahrungen ist mit einer vorschnellen Versöhnungsdiskussionen nicht geholfen. Als Experte müßte Peter Schröder wissen, daß ein Nichternstnehmen der verheerenden Dimension dieser Erfahrungen bei den Betroffenen massive Gefühle auslösen, gar zu Retraumatisierungen führen kann (s. dazu die Untersuchungen des Arztes und Psychotherapeuten Hans Keilson über den Einfluß des Nachkriegsgeschehens auf jüdische Waisen). »Ohne Haß keine Versöhnung« hat der Analytiker David Becker sein Buch betitelt, das von der psychotherapeutischen Arbeit mit Opfern der chilenischen Diktatur berichtet. Anders als Schröder verwerfen er und seine Kollegen am chilenischen Institut für Menschenrechte und psychische Gesundheit (ILAS) das amerikanische Psychatriekonzept des PTSD (Post Traumatic Stress Disorder), das Erfahrungen mit traumatischen Menschenrechtsverletzungen psychiatrisiert und aus dem politischen und sozialen Kontext reißt. Gerade das Reintegrieren der individuellen Erfahrung in die Geschichte von politischer Unterdrückung und Widerstand kann heilend wirken. Wenn Täter und politisch Verantwortliche benannt und zur Verantwortung gezogen werden, ermöglicht dies den Opfern, diffuse Gefühle von Haß und Destruktion nicht mehr gegen sich selbst zu richten, sondern gegen die Verursacher der traumatischen Erfahrung.

Natürlich wissen auch wir, daß die südafrikanische Wahrheitskommission als zweiten Auftrag »Reconciliation«-Versöhnung in ihrem Namen trägt und Amnestien vergeben wird. Aber ein (...) aufgrund der Machtverhältnisse erzwungener schlechter Kompromiß gegenüber dem alten Regime muß nicht im nachhinein positiv umgewertet, sondern sollte als schlechter Kompromiß auch so benannt werden.

Usche Merk, Regina Schleicher (medico international)

▸ *Eine Broschüre mit Beiträgen zu kritischen Ansätzen und Bedingungen für psychische Rehabilitation mit dem Titel »Schnelle Eingreiftruppe Seele – auf dem Weg in die therapeutische Weltgesellschaft« (96 S., 10 DM + Versand) kann über medico in Frankfurt bezogen werden. die redaktion*

Tagungen

▶ Eine kritische Analyse des Nachhaltigkeitskonzepts wird auf dem Kongreß **Nachhaltige Weltbilder** vom 18.-21.9. vorgenommen, der vom AStA der Uni Hannover in Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Gruppen organisiert wird. Nach einer Untersuchung der strukturellen Ursachen von Ausbeutung, Dominanz und Zerstörung soll nach emanzipatorischen Alternativen »von unten« gefahndet werden. *Asta Uni Hannover, Umweltpolitisches Referat, Theodor-Lessing-Haus, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel.: 0511/762-5061/2/3/4*

▶ In Nürnberg findet vom 24.-26.9. eine Tagung zu dem Ziel **Der Staatsmacht Grenzen setzen: Wege zur internationalen Durchsetzung der Menschenrechte** statt. Schwerpunkte werden die Stellung internationaler Strafjustiz, Möglichkeiten der Prävention sowie die Perspektive der Opfer sein. Anmeldung unter: *Evangelische Akademie Tutzing, Postfach 1227, 82324 Tutzing, Tel: 08158/251-124.*

▶ Gleich zwei Tagungen beschäftigen sich mit dem Komplex Medien, **Internet und der Süden**. Die Repräsentationspolitik in den elektronischen Medien sowie Fragen des Zugangs zu Medienstrukturen und globalen Datennetzen werden MedienproduzentInnen und -theoretikerInnen auf dem Syposium JUST WATCH vom 6.-7.9. in Zürich diskutieren. Besonders der Einfluß der Darstellung von Frauen aus dem Globalen Süden auf die öffentliche Meinung in Sachen Migration, Asyl und Rassismen soll anhand von Medienclips analysiert werden.Im Anschluß findet ein fünftägiger Medienworkshop für Migrantinnen in Europa statt. Weitere Informationen bei: *Ursula Biemann & Martine Anderfuhren, Shedhalle, Pf 771, CH-8038 Zürich, Tel.: 00411/481/5950.*

▶ Der Frage nach dem Nutzen des Internet für Entwicklungsländer wird bei einer Veranstaltung der ev. Akademie Arnoldshain vom 10.- 12.10. nachgegangen. Unter dem Titel Superhighway oder Schlaglochpfad wird die Vision eines »global village« kritisch auf ihre Tragfähigkeit für die Länder des Südens geprüft. Anmeldung bei: *Evangelische Akademie Arnoldshain, Tagungssekretariat, 61389 Schmitten, Tel.: 06084/944136.*

▶ »Sie säen, sie ernten, aber sie werden nicht satt«. Unter diesem Titel veranstaltet FIAN ein Seminar zum Thema **Frauen-Landfragen-Ernährungssicherung** vom 3. – 5.10. in Frankfurt/Main. Referentinnen werden zu den Themen 'Frauen und Landrechte in Zimbabwe' und 'Frauen und Ernährungssicherung in Honduras' sprechen und Möglichkeiten internationaler Unterstüzung erörtern. Nähere Informationen bei: *FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel.: 02323/490099.*

Bücher und Broschüren

▶ Ludger Weckel, Michael Ramminger, **Dritte-Welt-Gruppen auf der Suche nach Solidarität.** Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 150 S.

▶ Ingrid Wehr, **Zwischen Pinochet und Perestroika – Die chilenischen Kommunisten und Sozialisten 1973-1994.** Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg 1996, 370 S., 30,- DM

▶ Ngugi wa Thiong'o, **Der Fluß dazwischen**, Unionsverlag, Zürich 1997, 188 S., 16,80 DM

▶ Bildungswerk für Friedenserziehung und Jugendarbeit e.V. (Hrg.), **Kinder im Krieg**, Verlag Unverlegt, Jena 1997, 122 S., 10,- DM

▶ Jeanette Habel, Kuba – **Gesellschaft im Übergang** ISP-Verlag, Köln 1997, 166 S., 19,80 DM

Die Rubrik Soziokultur wird vom Fonds Soziokultur e.V. gefördert.

iz3w Nr. 224
Schwerpunkt: »Global Governance«

▶ Die Spanne der Vertreter von Global Governance als Idee und Institutionalisierung von Weltregierung reicht von konservativen Politikern und Ökonomen bis zu linksliberalen NGOs und Intellektuellen. Gemeinsam ist ihnen der Ausgangspunkt, daß die Globalisierung von Politik, Ökonomie und Kultur auch globaler Regulierungen bedarf, die vermeintlich universale Menschheitsinteressen weltumspannend durchsetzen sollen. Immer wieder wird dabei auf die Notwendigkeit internationaler Umweltregime, die Einhaltung von Menschenrechten und Waffenverboten, auf erforderliche militärische und humanitäre Interventionen, aber auch auf die Segnungen einer globalen Marktwirtschaft verwiesen. Gleich jedoch ob die Erhöhung ökonomischer Effizienz oder der Einbezug der Weltzivilgesellschaft das politische Ziel der einzelnen Vertreter von Global Governance ist, geht es ihnen offenbar vor allem um ein Managementproblem. Anhand einzelner Beispiele wie der Katastrophen-Intervention, der UNO und der WTO sowie der Perspektive von NGOs beschäftigen wir uns mit der Idee und den Konzepten von Weltregierung.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
▶ Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Silke Moschitz, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Claudia Oellers, Christine Parsdorfer, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Wegner, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 223:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 25.8.1997

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733